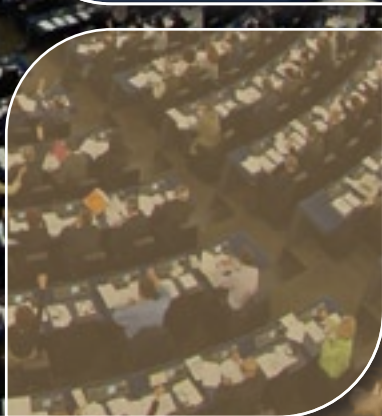




# Frauen in der europäischen Politik – Zeit zu handeln





# Frauen in der europäischen Politik – Zeit zu handeln

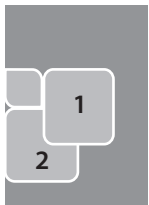
**Europäische Kommission**

Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit  
Referat G1

Manuskript abgeschlossen im Januar 2009

Dieser Bericht wurde für die Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, ausgearbeitet und von ihr finanziert. Er spiegelt nicht zwangsläufig die Meinung oder den Standpunkt der Europäischen Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, wider. Weder die Europäische Kommission noch irgendeine Person, die in ihrem Namen handelt, ist für die eventuelle Verwendung der in dieser Publikation enthaltenen Informationen verantwortlich.

Der Bericht wurde von einem Team unter der Leitung von Andy Fuller (Alphametrics Ltd., UK) ausgearbeitet. Die Forschung und die Datenzusammenstellung wurden von Nicole Fondeville-Gaoui mit Unterstützung durch Liesbeth Haagdorens (beide von Applica Sprl., Belgien) koordiniert.



© Foto 1: Belga picture  
© Foto 2: Europäische Gemeinschaften

Europe Direct soll Ihnen helfen,  
Antworten auf Ihre Fragen zur  
Europäischen Union zu finden

Gebührenfreie einheitliche  
Telefonnummer (\*):  
00 800 6 7 8 9 10 11

(\*): Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu  
00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet,  
Server Europa (<http://europa.eu>).

© Europäische Gemeinschaften, 2009  
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Bibliografische Daten und eine Inhaltsangabe befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2009

ISBN 978-92-79-11121-1  
doi 10.2767/11597

*Printed in Luxembourg*

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

## Vorwort

Obgleich in den letzten Jahren ein allgemeiner Anstieg der Zahl der Frauen in Entscheidungspositionen in Europa zu verzeichnen war, zeigt dieser Bericht, dessen Daten der Datenbank der Europäischen Kommission über Frauen und Männer in Entscheidungspositionen entnommen sind, dass Frauen in Politik und Wirtschaft nach wie vor sehr stark in der Minderheit sind. In Parlamenten, Regierungen und Ministerien sowie im privaten Sektor bleibt die Macht weiterhin fest in Männerhand.

Die Europäische Union ist bestrebt, die Gleichstellung der Geschlechter in Entscheidungspositionen zu fördern, das Bewusstsein für die Ungleichbehandlung von Frauen in diesem Bereich zu stärken und Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation zu ergreifen. Aus diesem Grund ist im Fahrplan der Kommission für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2006-2010) die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern in Entscheidungspositionen als Priorität aufgeführt.

2009 ist ein wichtiges Jahr für die Politik und für Frauen in Europa: Ein neues Europäisches Parlament wird gewählt, eine neue Europäische Kommission ernannt, und in den verschiedenen EU-Institutionen müssen verschiedene hochrangige Positionen besetzt werden. Daher ist dieses Jahr eine hervorragende Chance für Mitgliedstaaten und alle, die mit der Wahl oder Ernennung von Kandidaten und Kandidatinnen beauftragt sind, ihr Engagement für die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Erreichung eines Geschlechtergleichgewichts in Führungspositionen auf europäischer Ebene zu demonstrieren. Ich hoffe aufrichtig, dass dieses Engagement in die Realität umgesetzt wird und mehr Frauen als bisher hochrangige Positionen besetzen.

Eine stärkere Beteiligung von Frauen an der Entscheidungsfindung im Wirtschafts- und Finanzwesen trägt dazu bei, die Verwaltung von Unternehmen und Institutionen zu verbessern sowie eine bessere Gestaltung der Politik weltweit zu fördern. Diese kann sich außerdem sehr vorteilhaft auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage auswirken.

Ich bin fest davon überzeugt, dass ein Geschlechtergleichgewicht in Entscheidungspositionen die Voraussetzung für eine wirklich effektive und verantwortungsvolle Demokratie und dauerhaften wirtschaftlichen Wohlstand ist. Daher hoffe ich, dass dieser Bericht zur Diskussion dieser wichtigen Frage beitragen wird. Durch eine stärkere Einbeziehung von Frauen wird der Umfang der politischen Debatte erweitert und gewinnt für eine größere Anzahl von Menschen an Relevanz. Ich bin guter Hoffnung, dass diese Change genutzt wird.



**Vladimír Špidla**  
Mitglied der Europäischen Kommission,  
zuständig für Beschäftigung,  
soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit



# Zusammenfassung

## Zusammenfassung

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ist in der Europäischen Union ein Grundrecht und ein Grundwert, der seit dem Vertrag von Rom im Jahr 1957 in allen Politiken verankert ist. Mehr als 50 Jahre später sind jedoch in ganz Europa die Frauen in der Politik immer noch unterrepräsentiert. Jetzt, wo die Wahlen zum Europäischen Parlament von 2009 bevorstehen, ist es Zeit, sich dieses demokratischen Defizits bewusst zu werden und diesen Zustand zu verändern.

Im *Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006* hat die Europäische Kommission die Gleichstellung in Entscheidungsprozessen als einen der Aktionsschwerpunkte festgelegt <sup>(1)</sup>. Nach einem Jahr der Chancengleichheit soll dieser Bericht dazu beitragen, das Bewusstsein über das Ausmaß des noch bestehenden Geschlechterungleichgewichts zu wecken, indem er die heutige Situation analysiert und einige der Gründe für die schwierige Überwindung des anhaltenden Defizits beleuchtet.

Der Bericht besteht aus zwei Teilen. Zuerst befasst sich der Hauptteil mit der Geschlechterbilanz auf allen politischen Ebenen und untersucht die Situation von Frauen als gewählte Abgeordnete, ihre Benennung als Wahlkandidaten und wie diese mit ihrem Wahlerfolg in Zusammenhang steht und schließlich einige Gründe für den langsamen Fortschritt bis heute. Der zweite, kürzere Teil vermittelt eine knappe Situationsanalyse in einigen anderen Bereichen, darunter die Wirtschaft und der öffentliche Dienst.

Der Bericht basiert so weit wie möglich auf quantitativen Untersuchungen, wobei die meisten Daten der Kommissionsdatenbank „Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen“ entnommen wurden <sup>(2)</sup>. Diese Datenbank deckt Führungspositionen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene in 34 Ländern ab: die 27 EU-Mitgliedstaaten, die drei Beitrittsländer (Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, die Türkei), ein potenzielles Beitrittsland (die Republik Serbien) und die sonstigen Europäischen EWR-Länder (Island, Liechtenstein und Norwegen). Die Daten im politischen Bereich auf nationaler und europäischer Ebene werden vierteljährlich aktualisiert, alle anderen Daten auf Jahresbasis. Die in diesem Bericht verwendeten Daten wurden zwischen Mai und Oktober 2008 erhoben.

### Gewählte Abgeordnete: die Geschlechterbilanz in den Parlamenten

- Auf europäischer Ebene machen Frauen 31 % und Männer 69 % der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus. Das ist ein bessere Bilanz als in den nationalen Parlamenten, aber die positive Entwicklung hin zur Gleichstellung ist zum Stillstand gekommen, denn seit den Wahlen 1999 hat sich nur wenig geändert. Die Wahlen 2009 sind somit eine gute Gelegenheit, wieder neue Fortschritte zu erzielen.
- In den nationalen Parlamenten der Europäischen Union sind weniger als eins von vier Mitgliedern Frauen (24 %). Schweden, die Niederlande und Finnland sind die einzigen EU-Länder mit mehr als 40 % Frauen im Parlament.
- In regionalen und lokalen Versammlungen sind die Frauen je nach Staat sehr unterschiedlich vertreten. Im Allgemeinen ist dort die Situation der nationalen Ebene

<sup>(1)</sup> <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=422&langId=de>

<sup>(2)</sup> [http://ec.europa.eu/employment\\_social/women\\_men\\_stats/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/women_men_stats/index_de.htm)



ähnlich. Ausnahmen bilden Frankreich und Lettland, wo der Frauenanteil auf nationaler Ebene erheblich niedriger ist als auf regionaler/lokaler Ebene.

### **Kandidaten: Es ist Zeit, Frauen mehr Chancen zu geben**

- Ein ausgewogener Anteil von Frauen und Männern unter den Wahlkandidaten sollte zu einem gleich hohen Anteil beider Geschlechter unter den gewählten Abgeordneten führen. Daten aus ganz Europa zeigen, dass im Allgemeinen mehr weibliche Kandidaten zu einer größeren Anzahl gewählter Frauen führen, aber dass Männer immer noch größere Chancen haben, gewählt zu werden. Eine Extrapolation der neuesten nationalen Wahlergebnisse in Europa zeigt, dass eine Wahl mit 50 % weiblichen Kandidaten durchschnittlich zu einem Parlament mit gerade 39 % weiblichen Mitgliedern führen würde. Anders gesagt sind 63 % Kandidatinnen notwendig, um im Parlament Parität zu erlangen!
- Geschlechterquoten bei Wahlen können schnelle Änderungen herbeiführen, sind aber keine Garantie für Erfolg. So gab es in Slowenien bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung erstmals Geschlechterquoten für Kandidatinnen auf nationaler Ebene. Obwohl alle Parteien die Quoten berücksichtigt haben und ein Drittel der Kandidaten weiblichen Geschlechts war, sind nur 12 (13 %) von den 90 gewählten Mitgliedern Frauen gewesen.
- Die Art und Weise, wie die Parteien Direktmandate vergeben und Listenplätze zuteilen, hat maßgeblich zum bisherigen geringen Wahlerfolg der Frauen beigetragen. Manche Arten von Wahlsystemen sind dieser Form der Förderung bestimmter Kandidaten mehr ausgesetzt als andere, was zur Folge hat, dass Frauen häufig nur eine geringe Chance gegeben wird, gewählt zu werden.
- Die Wiederwahl von Amtsträgern schränkt die Fluktuation der Abgeordneten erheblich ein. Schätzungsweise werden durchschnittlich zwei Drittel der Mitglieder wiedergewählt. Dies bedeutet, dass es nur begrenzte Möglichkeiten für neue Gesichter und damit für eine Veränderung der Geschlechteranteile gibt.
- Während der letzten Europawahlen im Jahr 2004 waren unter den Kandidaten zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen. Wenn die Wahlen 2009 ein wirklicher Erfolg hinsichtlich der Chancengleichheit sein sollen, müssen mehr weibliche Kandidaten gefunden werden.

### **Die Wähler: Das Volk entscheidet ... wenn es sich betroffen fühlt**

- Letztlich entscheidet der Wähler, welche Kandidaten gewählt werden, wenn auch seine Wahlmöglichkeiten manchmal beschränkt sind. Je mehr Menschen wählen, desto repräsentativer sollte das gewählte Parlament sein. Die Wahlbeteiligung an den Europawahlen ist wesentlich niedriger als die an den nationalen Wahlen. Beschränkte sich die Wahlbeteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 in den Mitgliedstaaten auf durchschnittlich 47 %, so betrug sie mehr als 70 % bei den letzten nationalen Wahlen. Eine große Anstrengung ist erforderlich, um das Interesse für die Wahlen 2009 zu steigern.
- Obwohl viele Wähler angeben, mehr Frauen in gewählten Positionen sehen zu wollen, gibt es keine starken Hinweise dafür, dass sie tatsächlich aufgrund des Geschlechts wählen.

### **Ämter, die besetzt werden: eine Gelegenheit, das Profil der Frauen in der Politik zu stärken**

- Eine neue Europäische Kommission wird im Laufe des Jahres 2009 ernannt werden. Obwohl die Geschlechterbilanz in der heutigen Kommission die Beste ist seit jeher (17 Männer und zehn Frauen), haben manche Länder noch nie ein weibliches Kommissionsmitglied gehabt. Seit der ersten Hallstein-Kommission im Jahr 1958 haben insgesamt 142 verschiedene Personen das Amt eines Mitglieds der Europäischen Kommission innegehabt, aber nur 19 von ihnen (13%) waren Frauen.
- Auf nationaler Ebene ist die Geschlechterbilanz in den Nationalregierungen (75% Männer, 25% Frauen) jener in den gewählten Parlamenten, die sie vertreten, sehr ähnlich (76% Männer, 24% Frauen). Dies weist darauf hin, dass die Regierungen sich nicht besonders um die Förderung der Gleichstellung bemühen. Es gibt jedoch Ausnahmen, im Besonderen in Finnland, wo das Kabinett eine Mehrheit von Frauen aufweist, und in Spanien, wo Parität erzielt wurde.
- Auf regionaler Ebene leiten Männer in neun von zehn Regionen (91%) die Regierung und sind in ähnlichen Teilen Vorsitzende in den Gemeinderäten (88%).

### **Einfluss jenseits der Politik**

- Die Welt der Großunternehmen ist immer noch Männersache. In ganz Europa werden weniger als 3% der großen börsennotierten Unternehmen von Frauen geleitet, und die Führungsgremien dieser Unternehmen umfassen 89% Männer und nur 11% Frauen. Das Beispiel Norwegen, wo Frauen in den Gremien großer Unternehmen jetzt 43% der Mitglieder ausmachen, zeigt, wie schnell die gesetzliche Auferlegung der Chancengleichheit die Situation umkehren kann.
- In 38% der größten börsennotierten Unternehmen in den EU-Mitgliedsländern gibt es keine einzige Frau im Gremium, und nur in 28% gibt es mehr als eine Frau.
- In diesen Zeiten der Finanzkrise ist die Geldpolitik großteils in männlichen Händen. Die Präsidenten aller europäischen Zentralbanken sind Männer, und die höchsten Entscheidungsgremien umfassen 83% Männer und nur 17% Frauen.
- Unter den Beamten, die mit der Durchführung der Politik und öffentlichen Dienstleistungen beauftragt sind, ist die Geschlechterbilanz in Führungspositionen besser als in einigen anderen Bereichen. Derzeit besetzen Frauen ein Drittel der Ämter in den zwei höchsten Stufen der Hierarchie. In den Organen der Europäischen Union gibt es einen Frauenanteil von 22% in administrativen Schlüsselpositionen. Die Europäische Kommission hat Schritte unternommen, um diese Situation durch Zielsetzungen in Top-Positionen zu verbessern, doch der Fortschritt ist langsam.

## Inhalt

<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>5</b>
------------------------------	----------

<b>Einleitung.....</b>	<b>13</b>
------------------------	-----------

<b>Abschnitt I: Frauen in der europäischen Politik .....</b>	<b>17</b>
--	-----------

1	Einleitung .....	18
2	Gewählte Vertreter: Gleichstellung von Frauen und Männern in den Parlamenten.....	19
2.1	Auf europäischer Ebene: stagnierende Entwicklung zu einer Gleichstellung von Frauen und Männern .....	19
2.2	Auf nationaler Ebene: weiterhin weniger als eines von vier Parlamentsmitgliedern ist eine Frau .....	22
2.3	Auf regionaler und kommunaler Ebene: allgemeine Wechselbeziehung mit der Lage auf nationaler Ebene .....	24
3	Kandidaten: mehr Chancen für Frauen.....	28
3.1	Je mehr Kandidatinnen, desto mehr gewählte Frauen im Allgemeinen, die Chancen für einen Mann sind jedoch höher.....	29
3.2	Quoten können zu einer Gleichstellung von Frauen und Männern beitragen, sind jedoch keine Erfolgsgarantie .....	31
3.3	Haben Frauen durch Wahlsysteme und politische Parteien die gleiche Chance? ..	34
3.4	Wiederwahl von Mandatsträgern schränkt Besetzung durch neue Mitglieder ein .	36
3.5	Kandidaten für das Europäische Parlament: mehr Frauen erforderlich .....	38
4	Wähler: die Öffentlichkeit entscheidet ... wenn sie es will .....	43
4.1	Erhebliche Anstrengungen sind erforderlich, um das Interesse der Wähler an den Europawahlen zu erhöhen.....	43
4.2	Geschlechtsspezifische Wahlentscheidungen? Wahrscheinlich nicht .....	44
5	Nominierungspositionen: eine Chance, das Profil von Frauen in der Politik zu stärken ..	45
5.1	Auf europäischer Ebene: einige Fortschritte in der Europäischen Kommission ....	45
5.2	Auf nationaler Ebene: einige Frauen in bedeutenden Positionen .....	47
5.3	Auf regionaler und kommunaler Ebene: wenige Frauen mit Exekutivmacht.....	49

<b>Abschnitt II: Einflussnahme außerhalb der Politik.....</b>	<b>51</b>
---	-----------

1	Big Business – Frauen immer noch vom Zentrum der Macht ausgeschlossen.....	52
2	Hochfinanzwesen – ein ebenfalls für Frauen häufig verschlossener Bereich .....	56
3	Öffentliche Verwaltung – mehr Frauen packen mit an .....	58

<b>Statistischer Anhang.....</b>	<b>61</b>
----------------------------------	-----------

## Abbildungsverzeichnis

1	Geschlechterverteilung unter den Mitgliedern des Europäischen Parlaments, 1979-2008. ....	21
2	Frauenanteil im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten, 2008 (Ende September).....	22
3	Frauenanteil in den nationalen Parlamenten, 2008 (Ende September) .....	23
4	Frauenanteil in nationalen, regionalen und lokalen Versammlungen, 2008.....	25
5	Frauenanteil in regionalen und lokalen Versammlungen im Vergleich mit dem nationalen Parlament, 2008 .....	26
6	Frauenanteil in der Kommunalpolitik in Frankreich, 1947-2008 .....	27
7	Frauenanteil beim Bürgermeisteramt in EU-Städten, 2007 .....	28
8	Frauenanteil der Kandidaten und gewählter Mitglieder in den nationalen Parlamenten .....	30
9	Anteil gewählter Kandidaten in den nationalen Parlamenten nach Geschlecht: Verhältnis Frauen/Männer .....	31
10	Frauenanteil der Kandidaten und gewählten Mitglieder in den nationalen Parlamenten nach Art des Quotensystems.....	34
11	Frauenanteil an den Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament 1999 und 2004 .....	39
12	Kandidatinnen bei der Europawahl 2004 und bei den letzten nationalen Wahlen .....	40
13	Wahlbeteiligung bei den letzten nationalen und Europawahlen .....	44
14	Anzahl der Personen, die als Mitglied der Europäischen Kommission ernannt wurden (nach Land) .....	46
15	Frauenanteil in den nationalen Regierungen und Parlamenten, 2008 (Ende September).....	47
16	Geschlechterverteilung in nationalen Regierungen (Senior- und Junior-Minister), September 2008.....	48
17	Frauen als Vorsitzende in der regionalen Exekutive und regionalen Versammlungen (wo zutreffend), 2008.....	49
18	Geschlechterverteilung bei Mitgliedern der regionalen Exekutive, 2008 .....	50
19	Geschlechterverteilung im Vorstand großer Unternehmen, 2008 .....	54
20	Anzahl der Frauen im Vorstand großer Unternehmen, 2008 .....	55
21	Frauen im Vorstand großer Unternehmen in den EU-15-Ländern – Vergleich der Ergebnisse zweier unabhängiger, im Jahr 2008 durchgeführter Umfragen .....	56
22	Geschlechterverteilung in Entscheidungspositionen von Zentralbanken, 2008.....	57
23	Geschlechterverteilung in den beiden höchsten Ebenen im öffentlichen Dienst, 2008.....	58
24	Anteil der Beamtinnen in den beiden höchsten Verwaltungspositionen in den drei wichtigsten Organen der Europäischen Union, 2008 .....	60

## Tabellenverzeichnis

1	Einführung des vollen Wahlrechts für Frauen in Europa .....	20
2	Zum Staatsoberhaupt eines europäischen Landes gewählte Frauen seit 1945 .....	24
3	EU-Länder mit Bürgermeisterinnen großer Städte.....	28
4	Arten von Geschlechterquoten bei nationalen Wahlen in der EU.....	32
5	Frauen an der Spitze von Großunternehmen.....	53
6	Frauen als Führungskräfte europäischer Zentralbanken .....	56
7	Frauenanteil in Positionen der höchsten beiden Ebenen im öffentlichen Dienst, 2008.....	59
A.1	Anzahl weiblicher Mitglieder des Europäischen Parlaments seit 1979, nach Land, 1979-2008 .....	62
A.2	Geschlechtergleichgewicht in den nationalen Parlamenten, Regionalversammlungen und im Europäischen Parlament, 2008 .....	63
A.3	Geschlechtergleichgewicht bei den Kandidaten und gewählten Vertretern bei den letzten Wahlen zu den nationalen Parlamenten (einzige Kammer/Unterhaus).....	64
A.4	Geschlechtergleichgewicht bei den Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament, 1999 und 2004 .....	65



**„Ich möchte nicht, dass Sie glauben, ich als erste Frau im Parlament sei eine Fanatikerin oder Verrückte. Ich versuche einfach, für Hunderte von Frauen und Kindern im ganzen Land zu sprechen, die nicht für sich selbst sprechen können.“**

*Nancy Astor, 1919. Auszug aus ihrer Antrittsrede im House of Commons nach ihrer Wahl zum ersten weiblichen Parlamentsmitglied in Großbritannien*

# Einleitung

Als Nancy Astor als erste Frau in das britische Parlament gewählt wurde, brach sie die Tradition einer reinen Männerpolitik, die mindestens 600 Jahre angedauert hatte<sup>(3)</sup>. Wie sie in ihrer leidenschaftlichen Antrittsrede darlegte, war ihre Mitgliedschaft im House of Commons die erste Chance, bei der die Frauen im Land eine Vertreterin ihres eigenen Geschlechts hatten, die für sie sprach – ein Gefühl, das sich zweifelsohne in den Parlamenten in ganz Europa zu verschiedenen Zeitpunkten im 20. Jahrhundert wiederholte, als den Frauen schrittweise das volle Wahlrecht gewährt wurde. Neunzig Jahre später stellen Frauen immer noch weniger als ein Fünftel der Parlamentsmitglieder im Vereinigten Königreich, ebenso wie in weiteren zehn EU-Mitgliedstaaten. Angesichts der Tatsache, dass weltweit mehr als vier von fünf Mitgliedern der nationalen Parlamente Männer sind, ist dieses Maß an Ungleichgewicht keineswegs besonders bemerkenswert.

Vor fünfzig Jahren erkannte die Europäische Union in ihrem Gründungsvertrag den Wert der Gleichstellung der Geschlechter an, und sechs EU-Mitgliedstaaten gehören zu den nur elf Ländern weltweit, in denen der Frauenanteil im Parlament mindestens 35 % beträgt<sup>(4)</sup>. In jüngster Zeit hob der Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2006–2010) der Europäischen Kommission erneut die Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter als Grundrecht und gemeinsamer Wert der Europäischen Union hervor und stellte die Unterstützung der gleichberechtigten Vertretung von Frauen und Männern in Entscheidungspositionen als vorrangigen Aktionsbereich heraus. Es bleibt also noch viel zu tun, und das Jahr 2009 bietet wichtige Chancen, den Wandel auf europäischer Ebene voranzutreiben.

Im Juni 2009 stehen die Wahlen für ein neues Europäisches Parlament an. Bereits heute sind Frauen im Europäischen Parlament häufiger vertreten (31 %) als in vielen nationalen Parlamenten der EU (24 %). Da seit den Europawahlen 1999 der Frauenanteil bei den Abgeordneten jedoch weitgehend stagniert, ist es Zeit für den nächsten Schritt nach vorn. Im Laufe des Jahres werden die Mitgliedstaaten auch die Kandidaten für die neue Kommission nominieren. Einige Länder haben seit jeher immer nur männliche Kommissionsmitglieder entsendet, sodass sich hier eine gute Chance für Veränderungen bietet. Eine Reihe anderer hochrangiger Positionen in den EU-Institutionen wird ebenfalls neu besetzt. Dies bietet weitere Chancen zur Unterstützung von Frauen in Positionen mit Entscheidungsbefugnis auf europäischer Ebene.

Ein Jahr der Chancen liegt also vor uns, und dieser Bericht verfolgt das Ziel, ein entsprechendes Bewusstsein für die fehlende Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik zu schärfen. Zu diesem Zweck werden die aktuelle Situation und einige der Gründe analysiert, die dafür verantwortlich sind, warum diese anhaltende Benachteiligung so schwer zu beseitigen ist. Der Bericht besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil beschäftigt sich mit der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik auf allen Ebenen, der zweite Teil enthält eine kurze Analyse der aktuellen Lage in einigen anderen Bereichen, einschließlich Wirtschaft und öffentliche Verwaltung.

Der Bericht basiert weitestgehend auf quantitativen Analysen der aktuellen Lage, wobei der Großteil der Daten aus der Datenbank der Europäischen Kommission über Frauen und Männer in Entscheidungspositionen stammt<sup>(5)</sup>. Diese Datenbank ist Teil des Engagements der Kommission zur Erfassung und Pflege zuverlässiger und vergleichbarer Daten zur Gleichstellung von Frauen und Männern und online frei verfügbar. Daten zur politischen Tätigkeit werden vierteljährlich, Daten für andere Bereiche jährlich aktualisiert. Es wird außerdem empfohlen, den Kommissionsbericht *Frauen und Männer in Entscheidungspositionen; Analyse der Lage und*

<sup>(3)</sup> Als erste repräsentative Versammlung in Großbritannien wird im Allgemeinen das Modellparlament von 1295 betrachtet, das im 14. Jahrhundert in zwei getrennte Häuser weiterentwickelt wurde, das House of Commons (Unterhaus) und das House of Lords (Oberhaus).

<sup>(4)</sup> IPU: *Women in politics 2008*, situation on 1 January 2008. [http://www.ipu.org/pdf/publications/wmmmap08\\_en.pdf](http://www.ipu.org/pdf/publications/wmmmap08_en.pdf)

<sup>(5)</sup> [http://ec.europa.eu/employment\\_social/women\\_men\\_stats/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/women_men_stats/index_en.htm)



*Entwicklungen* <sup>(6)</sup> zu konsultieren, der Anfang 2008 veröffentlicht wurde und eine Analyse einiger Bereiche von Entscheidungspositionen umfasst, die in diesem Bericht nicht behandelt werden.

Im vorliegenden Bericht enthalten Abbildungen und Tabellen anstelle von Ländernamen die im Folgenden aufgeführten Standardcodes <sup>(7)</sup>. Die EU-Zahlen insgesamt sind gewichtete Durchschnitte auf Basis der gesamten Anzahl von Männern/Frauen aus den erfassten Mitgliedstaaten, sofern dies nicht anders angegeben wurde.

#### Ländercodes

BE	Belgien	LU	Luxemburg	HR	Kroatien
BG	Bulgarien	HU	Ungarn	MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
CZ	Tschechische Republik	MT	Malta		
DK	Dänemark	NL	Niederlande	TR	Türkei
DE	Deutschland	AT	Österreich		
EE	Estland	PL	Polen	RS	Republik Serbien
IE	Irland	PT	Portugal		
EL	Griechenland	RO	Rumänien	IS	Island
ES	Spanien	SI	Slowenien	LI	Liechtenstein
FR	Frankreich	SK	Slowakei	NO	Norwegen
IT	Italien	FI	Finnland		
CY	Zypern	SE	Schweden		
LV	Lettland	UK	Vereinigtes Königreich		
LT	Litauen				

<sup>(6)</sup> [http://ec.europa.eu/employment\\_social/publications/booklets/equality/pdf/ke8108186\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/publications/booklets/equality/pdf/ke8108186_en.pdf)

<sup>(7)</sup> Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Website <http://publications.europa.eu/code/pdf/370000en.htm#pays>.



# Abschnitt I: Frauen in der europäischen Politik

## 1 Einleitung

Als einziges direkt gewähltes Organ der Europäischen Union stellt das Europäische Parlament die demokratische Stimme der Bürger dar. Im Juni 2009 sind die Bürger der Mitgliedstaaten zur Wahl der nationalen Vertreter im Europaparlament aufgerufen, die für sie dort sprechen sollen.

Von den 495 Millionen Bürgern der Europäischen Union sind etwas mehr als die Hälfte (51 %) Frauen. Im September 2008 waren jedoch nur 245 der 785 Europaabgeordneten (31 %) Frauen. Selbstverständlich vertritt jedes Mitglied des Europäischen Parlaments alle seine Wähler, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität oder einem anderen Hintergrund. Frauen sind selbstverständlich in der Politik vertreten, aber der Zugang zur politischen Macht ist für Frauen nicht gleichermaßen frei und ungehindert. Mit anderen Worten, es besteht ein demokratisches Defizit.

Frauen haben keinen Rechtsanspruch darauf, gewählt zu werden, doch sie haben wie jedes andere Mitglied der Gesellschaft das Recht, die Chance dazu zu erhalten. Obwohl es heute als wichtig erachtet wird, das Vorankommen von Frauen in der Politik zu unterstützen, zeigt die Wirklichkeit, dass die Maßnahmen, die diese Entwicklung unterstützen, nicht den politischen Versprechungen entsprechen und der Wandel schmerzlich langsam vorangeht. 1990 legte die UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau einen prozentualen Frauenanteil von 30 % in Regierungen, politischen Parteien, Gewerkschaften, Fach- und sonstigen Vertretungsgruppen als Ziel für das Jahr 1995 fest. 1995 wurde jedoch bei der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking (China) festgestellt, dass der Frauenanteil weltweit in gesetzgebenden Körperschaften nur bei 10 % lag und der Anteil der Ministerpositionen sogar noch geringer war. Das Ergebnis dieser Konferenz – die Aktionsplattform von Peking – wurde seitdem zur Grundlage der Bemühungen weltweit, den Frauenanteil zu verbessern. Dennoch ist die Stimme der Politik auch 13 Jahre später immer noch vorherrschend männlich, und Frauen stellen weltweit nur einen Anteil von 18 % der Mitglieder nationaler Parlamente.

Eine der Schwierigkeiten, politische Veränderungen zu realisieren, besteht darin, dass Wahlen nicht so häufig stattfinden: im Fall des Europäischen Parlaments alle fünf Jahre. Daher bieten sich nur wenige Chancen, Parlamente oder Versammlungen neu zu besetzen. Darüber hinaus ist die Politik häufig eine Karriereentscheidung, und der hohe Anteil der Mandatsträger, die sich einer Wiederwahl stellen, schränkt diese Chancen weiter ein, insbesondere dann, wenn schon die Ausgangssituation ein hohes Maß an Ungleichgewicht aufweist. Die Einführung von Geschlechterquoten, ob per Gesetz oder auf freiwilliger Basis, kann zwar zu schnelleren Veränderungen beitragen, ist aber nicht unumstritten. (Es wird argumentiert, dass z. B. solche affirmativen Aktionen im Widerspruch zu den Grundsätzen der Chancengleichheit stehen.) Geschlechterquoten sind auch nicht immer die einfachste Lösung, wie es den Anschein hat. Quoten können die Anzahl der Kandidatinnen rasch erhöhen, garantieren aber nicht, dass diese Frauen so auf den Kandidatenlisten oder in den Wahlbezirken positioniert werden, dass sie eine aussichtsreiche Chance haben, gewählt zu werden. Weitere Maßnahmen können daher erforderlich sein, um damit eine höhere Anzahl von Frauen sicherzustellen, die tatsächlich gewählt werden.

Die Europawahlen 2009 stellen eine Chance für die Bürger und Bürgerinnen Europas dar, ihr Recht zur Wahl einer neuen repräsentativen Versammlung für die nächsten fünf Jahre auszuüben. In der Praxis gibt es im Europäischen Parlament bereits einen höheren Anteil an Vertreterinnen als in den meisten nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten, aber es ist noch ein langer Weg, bis die Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht ist. Als politische Stimme einer Europäischen Union, die seit 50 Jahren für die Chancengleichheit eintritt, ist es sicherlich für das Europäische Parlament angebracht, als Beispiel für die Unterstützung von Frauen in politischen Positionen mit Entscheidungsbefugnis voranzugehen. Der Anstoß

dafür kann nicht allein vom Parlament selbst oder von seinen Wählern kommen, vielmehr ist dazu auch ein Beitrag der politischen Parteien in allen Mitgliedstaaten erforderlich, die die Auswahl der Kandidaten bestimmen.

In diesem Abschnitt des Berichts werden die aktuelle Lage von Frauen als gewählte Abgeordnete, inwieweit sie als Kandidatinnen für Wahlen aufgestellt werden, wie dies im Verhältnis zum Wahlerfolg steht sowie einige der Gründe für den bisher eher mäßigen Erfolg beschrieben. Darüber hinaus wird das Wahlverhalten von Frauen analysiert sowie die Lage der Frauen näher betrachtet, die an die Spitze der Politik gelangt sind, indem sie durch ihre Kollegen für Schlüsselpositionen in Regierungen und anderen Exekutivorganen nominiert wurden.

Angesichts der Probleme, die die anhaltende Anzahl unterrepräsentierter Frauen in der Politik verursachen, liegt der Schwerpunkt des Berichts auf speziellen Problemen wie die Wiederwahl von Mandatsträgern, Wahlsysteme und die Rolle politischer Parteien. Das Problem des geringen Frauenanteils in der Politik hat jedoch viele Facetten, sodass die hier angegebenen Probleme nicht als die einzigen Gründe für die mangelhaften Fortschritte betrachtet werden dürfen. Kulturelle und andere Formen der gesellschaftlichen Diskriminierung sind immer noch verbreitet. Maßnahmen politischer Parteien, gleichberechtigte Wahlsysteme und Ähnliches sind daher nur ein Teil der Lösung, und die Gesellschaft als Ganzes hat noch viele Aufgaben vor sich.

## **2 Gewählte Vertreter: Gleichstellung von Frauen und Männern in den Parlamenten**

### *2.1 Auf europäischer Ebene: stagnierende Entwicklung zu einer Gleichstellung von Frauen und Männern*

Bevor Finnland zu Beginn des 20. Jahrhunderts (1906) als erstes europäisches Land das Wahlrecht für Frauen einführte, waren in ganz Europa die Parlamente eine reine Männerdomäne. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden in vielen Ländern den Frauen endlich das passive und das aktive Wahlrecht zugesprochen (Tabelle 1). Obwohl heute allgemein akzeptiert wird, dass die gewählten Vertreter in angemessener Weise die Zusammensetzung der von ihnen vertretenen Bevölkerung widerspiegeln sollen, muss angemerkt werden, dass in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern die Fortschritte bei der Erreichung dieses Ziels im Allgemeinen gering sind. In diesem Abschnitt des Berichts wird der aktuelle prozentuale Anteil der vertretenen Frauen in gewählten Organen auf verschiedenen Zuständigkeitsebenen betrachtet – von der europäischen bis hin zur kommunalen Ebene.

**Tabelle 1: Einführung des vollen Wahlrechts für Frauen in Europa**

1900er	Finnland
1910er	Norwegen, Dänemark, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Luxemburg, Niederlande
1920er	Tschechische Republik, Slowakei, Island, Schweden, Irland, Vereinigtes Königreich
1930er	Spanien, Türkei
1940er	Bulgarien, Frankreich, Italien, Slowenien, Kroatien, Serbien, Rumänien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Malta, Belgien
1950er	Griechenland, Ungarn
1960er	Zypern
1970er	Portugal
1980er	Liechtenstein

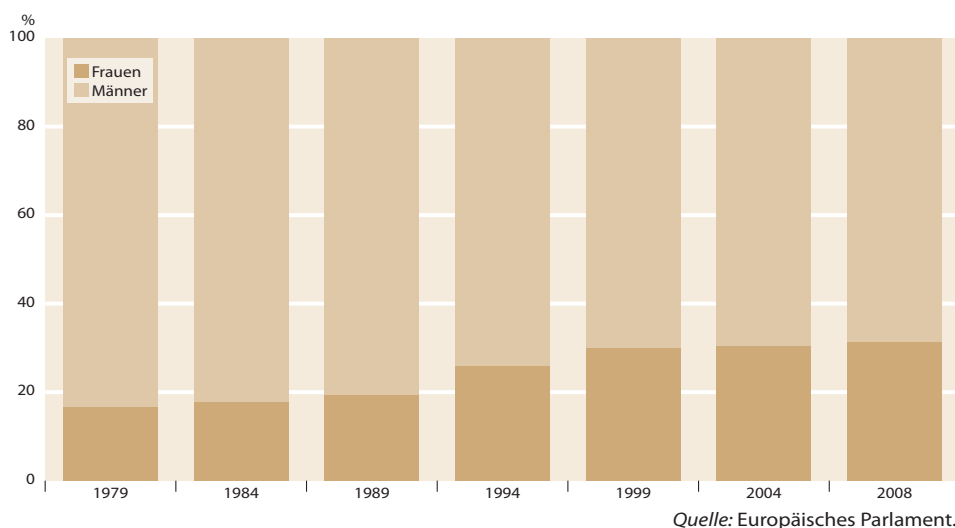
(In einigen Ländern war bereits zuvor ein partielles Wahlrecht eingeführt wurden. Die angegebenen Daten geben den Zeitpunkt an, an dem das Wahlrecht ohne Einschränkungen gewährt wurde.)

Quelle: IPU: <http://www.ipu.org/wmn-e/suffrage.htm>.

Im *Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern* von 2006 <sup>(8)</sup> legte die Europäische Kommission eine Strategie für eine schnellere Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union dar und hielt fest, dass das Europäische Parlament ein wichtiger Partner hinsichtlich der bisher erreichten Fortschritte war. Beim Europäischen Parlament trifft es sicherlich zu, dass immer mehr Frauen vertreten sind: von etwas unter 17 % zum Zeitpunkt der ersten direkten Wahlen 1979 auf den derzeitigen Anteil von knapp über 31 % (Abb. 1). Dies ist es dennoch ein langer Zeitraum ohne Erreichung einer Gleichstellung. Auch wurden die Fortschritte nicht stetig erzielt, sondern es waren zwei große Sprünge bei den Wahlen 1994 nach vorn zu verzeichnen, bei denen der Anteil von Frauen als Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) von etwa 20 % auf nahezu 26 % sprunghaft anstieg, sowie 1999, als zum ersten Mal die Schwelle von 30 % erreicht wurde. Seit diesem Zeitpunkt gab es jedoch kaum Änderungen. 2004 fanden zwar erneut Wahlen statt, aber obwohl seitdem gewählte Vertreter aus zwölf zusätzlichen Ländern dem Parlament angehören, ist der Frauenanteil mehr oder weniger stagniert. Die Wahlen 2009 stellen daher eine Chance für den nächsten Sprung nach vorn dar.

Im Allgemeinen hat sich die Gleichstellung bei Frauen und Männern bei den MdEP im Laufe der Zeit in allen Ländern verbessert (Tabelle A.1 im Anhang), auch wenn in einigen Fällen der Anteil von Frauen als MdEP im September 2008 unterhalb des Spitzenwerts liegt, insbesondere in Österreich (38% Frauen als MdEP nach den Wahlen 1999, heute jedoch nur noch 28%) und in Spanien (33 % und 26 % in denselben Zeiträumen). Da die Anzahl der Sitze der MdEP nach Ländern auf der Bevölkerungsgröße basiert und kleinere Länder somit weniger MdEP haben, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie extreme Zahlen hinsichtlich der Gleichstellung bei Frauen und Männern aufweisen. Dies wird an den Ländern Malta und Zypern deutlich, die nur fünf bzw. sechs MdEP stellen und die einzigen Länder sind, die im Europäischen Parlament ausschließlich durch Männer vertreten werden, während Luxemburg und Estland mit jeweils sechs MdEP die einzigen Länder sind, die eine Gleichstellung von Frauen und Männern erreichen. Bei den übrigen Ländern, die Niederlande, Frankreich und Schweden liegt der Frauenanteil bei MdEP bei 45 % und damit innerhalb der Werte, die als Geschlechterparität betrachtet werden können (sowohl Schweden als auch die Niederlande haben eine ungerade Anzahl von MdEP und nur einen Mann mehr als Frauen). Demgegenüber sind Polen und Italien die einzigen Länder, die weniger als 20 % Frauen als MdEP haben.

<sup>(8)</sup> Siehe [http://ec.europa.eu/employment\\_social/gender\\_equality/gender\\_mainstreaming/roadmap\\_en.html](http://ec.europa.eu/employment_social/gender_equality/gender_mainstreaming/roadmap_en.html).

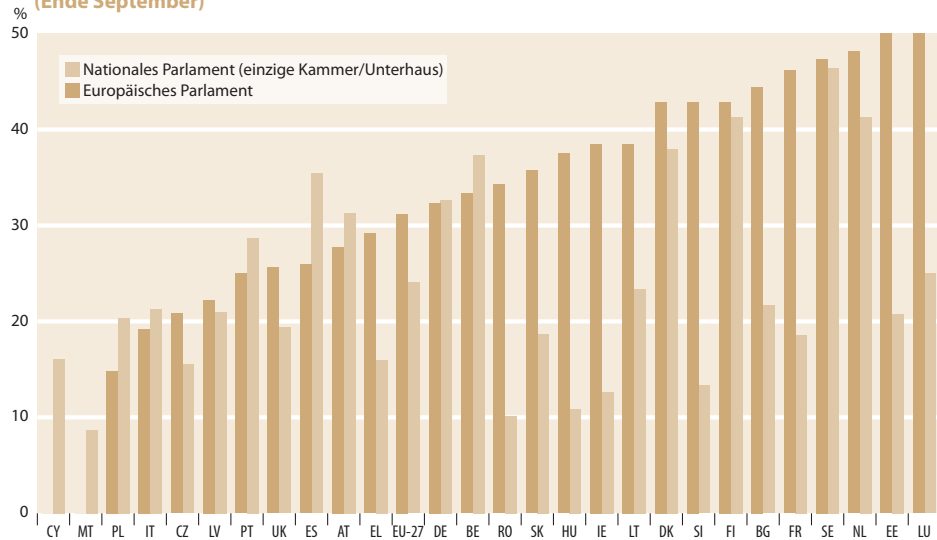
**Abbildung 1: Geschlechterverteilung unter den Mitgliedern des Europäischen Parlaments, 1979-2008**

In den meisten Ländern ist der Anteil der Vertreterinnen im Europäischen Parlament höher als in der einzigen Kammer/im Unterhaus des nationalen Parlaments (Abb. 2), mit einer Differenz von 25 Prozentpunkten oder mehr in Estland, Irland, Frankreich, Luxemburg, Ungarn und Slowenien. Es liegt kein einzelner Grund für diesen Unterschied, sondern eine Kombination von Faktoren vor, die sich auf jedes Land anders auswirken. In einigen Fällen kann das Wahlsystem ein beitragender Faktor sein. Es steht zwar jedem Mitgliedstaat frei, das System für die Wahl seiner MdEP festzulegen, aber es muss sich dabei um eine Form des Verhältniswahlrechts handeln. Es ist ausreichend belegt, dass bei Systemen, bei denen es mehrere siegreiche Kandidaten in jedem Wahlbezirk gibt, es für Frauen einfacher ist, gewählt zu werden, als bei Mehrheitswahlsystemen mit Einerwahlkreisen, die in einigen Ländern auf nationaler Ebene und darunter verwendet werden. Darüber hinaus können politische Parteien andere Verfahren für die Auswahl der Kandidaten für die Europawahl als für die nationalen Wahlen haben (siehe Kasten zur Fallstudie im Vereinigten Königreich), einschließlich der Verwendung von Gleichstellungsquoten.

Die Wahrnehmung des Europäischen Parlaments kann sich auch auf die Auswahl der Kandidaten und das Wählerverhalten auswirken. Obwohl sich das Europäische Parlament mit einer Reihe von Themen beschäftigt, zu denen Umweltschutz, Verbraucherrechte, Chancengleichheit, Transport und Mobilität von Arbeitnehmern sowie der freie Kapital-, Dienstleistungs- und Warenverkehr gehören, die alle direkten Einfluss auf das tägliche Leben der Bürger haben, zeigte eine vor kurzem durchgeführte Umfrage, dass 51% der Befragten kein Interesse an der Europawahl hätten<sup>(9)</sup>. Möglicherweise könnte dies dazu beitragen, dass mehr Frauen als Kandidatinnen für die Europawahlen im Vergleich zu nationalen Wahlen aufgestellt werden, bei denen Wähler dazu tendieren, bekannte Persönlichkeiten zu wählen – häufig etablierte und vor allem männliche Mandatsträger.

<sup>(9)</sup> Spezial-Eurobarometer Nr. 299: Die Europawahlen 2009. Befragung März bis Mai 2008, Veröffentlichung: September 2008. [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_299\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_299_de.pdf).

**Abbildung 2 : Frauenanteil im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten, 2008 (Ende September)**



Quellen: Europäisches Parlament; Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Datenbank „Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen“.

## 2.2 Auf nationaler Ebene: weiterhin weniger als eines von vier Parlamentsmitgliedern ist eine Frau

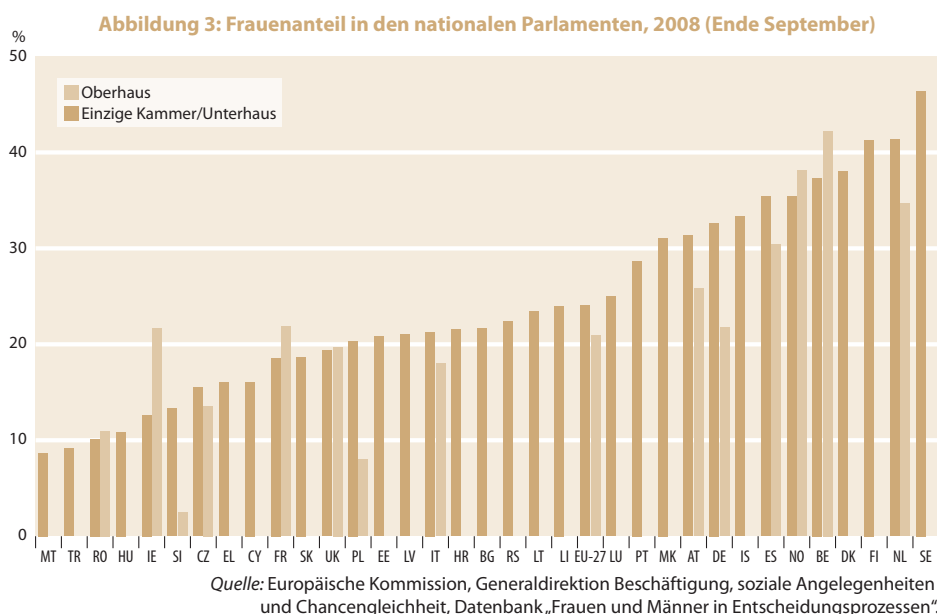
Auf nationaler Ebene hat sich der prozentuale Anteil vertretener Frauen in den einzigen Kammern/Unterhäusern der 27 EU-Mitgliedstaaten in den letzten zehn Jahren von 16% im Jahr 1997 auf 24% im Jahr 2008 verbessert – eine Erhöhung von weniger als einem Prozentpunkt pro Jahr. Das bedeutet, dass weiterhin drei von vier Mitgliedern der nationalen gesetzgebenden Versammlungen in Europa Männer sind. In den Oberhäusern der Parlamente (wenn zutreffend) ist ein höherer Anstieg des Einflusses von Frauen zu verzeichnen. Der Ausgangspunkt jedoch war ein höherer Männeranteil, sodass der Frauenanteil nun knapp unter 20% der Mitglieder liegt im Vergleich zu 8% im Jahr 1997.

Drei Länder haben mehr als 40% Frauen als Mitglieder in ihren einzigen Kammern/Unterhäusern: Schweden (46%), die Niederlande und Finnland (jeweils 41%). In den meisten EU-Mitgliedstaaten (17) liegt der Frauenanteil bei den Parlamentsmitgliedern immer noch unter 25%, in Malta sogar unter 10% (Abb. 3). Betrachtet man die Oberhäuser, so ist der belgische Senat die einzige Versammlung mit einem Frauenanteil von mehr als 40%, während Polen einen Frauenanteil von nur 8% aufweist und im Nationalrat von Slowenien (Državni svet) nur eins der 40 Mitglieder eine Frau ist (2,5%).



Indikatoren der Folgekonferenz Peking <sup>(10)</sup>

Der Frauenanteil in den einzigen Kammern/den Unterhäusern der Landes-/ Bundesparlamente der Mitgliedstaaten und im Europäischen Parlament					
	1984	1997	1999	2007	2008
Einzige Kammer/Unterhaus von Landes-/ Bundesparlamenten, Durchschnitt in der EU-27	:	16,3%	:	23,6%	24,0%
Europäisches Parlament	17,3%	:	29,6%	31,2%	31,2%



In Europa wurden während der ersten neun Monate des Jahres 2008 mehrere Parlamentswahlen abgehalten. Bei den Wahlen im Frühjahr in Spanien wurde ein deutlich höherer Frauenanteil im Senat (Oberhaus) – von 24% auf knapp über 30% – sowie ein geringerer Frauenanteil im Kongress (Unterhaus) erzielt, in dem Frauen zurzeit geringfügig über 35% der Mitglieder stellen. In Italien wurden bei den Wahlen im April mehr Frauen in beide Häuser gewählt, wodurch sich der prozentuale Frauenanteil auf 21% in der Abgeordnetenkammer (Unterhaus) und auf 18% im Senat erhöht hat. Die in anderen Ländern durchgeführten Wahlen hatten jedoch nur geringe Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern im Parlament: In Malta sind weiterhin weniger als 9% der Parlamentsabgeordneten Frauen, und es gab minimale Änderungen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und in der Republik Serbien (etwa 31% bzw. 22% Frauen). In Slowenien waren die Ende September durchgeführten Wahlen die ersten Wahlen auf nationaler Ebene seit dem Wahlgesetz für die Nationalversammlung 2006, das eine Quote für Kandidaten nach Geschlecht vorschreibt (mindestens 25% in der

<sup>(10)</sup> Bei der Vierten Weltfrauenkonferenz, die in Peking (China) im Jahr 1995 abgehalten wurde, verabschiedeten 189 Staaten die Peking-Aktionsplattform, die als Meilenstein für die Durchsetzung der Frauenrechte weltweit betrachtet wird. Die Aktionsplattform legt zwölf kritische Bereiche dar, in denen die Verletzung von Frauenrechten und geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung fortbestehen, und schlägt für jeden Bereich strategische Ziele und Aktionen vor. Einer der kritischen Bereiche, die in Peking ermittelt wurden, war der geringe Frauenanteil in Entscheidungspositionen. Als Reaktion darauf schlug der Europäische Rat eine regelmäßige Überwachung der Umsetzung der Peking-Aktionsplattform vor, und im Rahmen dieses Prozesses verabschiedete der Ministerrat in der Folge zwei Reihen von Indikatoren (1999 und 2003) bezüglich Frauen in Entscheidungspositionen.

Übergangsperiode, 35% im Anschluss daran). Aufgrund der Umsetzung der Quotenregelung stellten Frauen zwar mehr als ein Drittel der Kandidaten, doch im Endergebnis wurde nur eine Frau mehr im Vergleich zum vorherigen Parlament ohne Quotenvorschrift gewählt, sodass das Parlament insgesamt einen Frauenanteil von nur 13 % bei einem Männeranteil von 87 % aufweist (siehe Kasten zu Slowenien).

In einigen Ländern fanden 2008 auch Präsidentschaftswahlen statt. In keinem dieser Länder wurden Kandidatinnen aufgestellt, sodass die Bürger von Serbien und Zypern und das Parlament der Tschechischen Republik nur die Möglichkeit hatten, einen männlichen Präsidenten zu wählen oder wiederzuwählen. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden nur acht Frauen zum Staatsoberhaupt eines europäischen Landes gewählt oder ernannt (sogar temporär), zwei davon sind derzeit die Präsidentinnen von Irland und Finnland.

**Tabelle 2: Zum Staatsoberhaupt eines europäischen Landes gewählte Frauen seit 1945**

Land	Name	Funktion	Von	Bis
Island	Vigdís Finnbogadóttir	Präsidentin	1.8.1980	1.8.1996
Malta	Agatha Barbara	Präsidentin	15.2.1982	15.2.1987
Deutsche Demokratische Republik	Sabine Bergmann-Pohl	Präsidentin der Volkskammer	5.4.1990	2.10.1990
Irland	Mary Robinson	Präsidentin	3.12.1990	12.9.1997
	Mary McAleese	Präsidentin	11.11.1997	(derzeit im Amt)
Lettland	Vaira Vīķe-Freiberga	Präsidentin	8.7.1999	7.7.2007
Finnland	Tarja Halonen	Präsidentin	1.3.2000	(derzeit im Amt)
Serbien	Nataša Mičić	Geschäftsführende Präsidentin	30.12.2002	4.2.2004

Quelle: Wikipedia: [http://en.wikipedia.org/wiki/List\\_of\\_women\\_heads\\_of\\_state](http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_women_heads_of_state).

### 2.3 Auf regionaler und kommunaler Ebene: allgemeine Wechselbeziehung mit der Lage auf nationaler Ebene

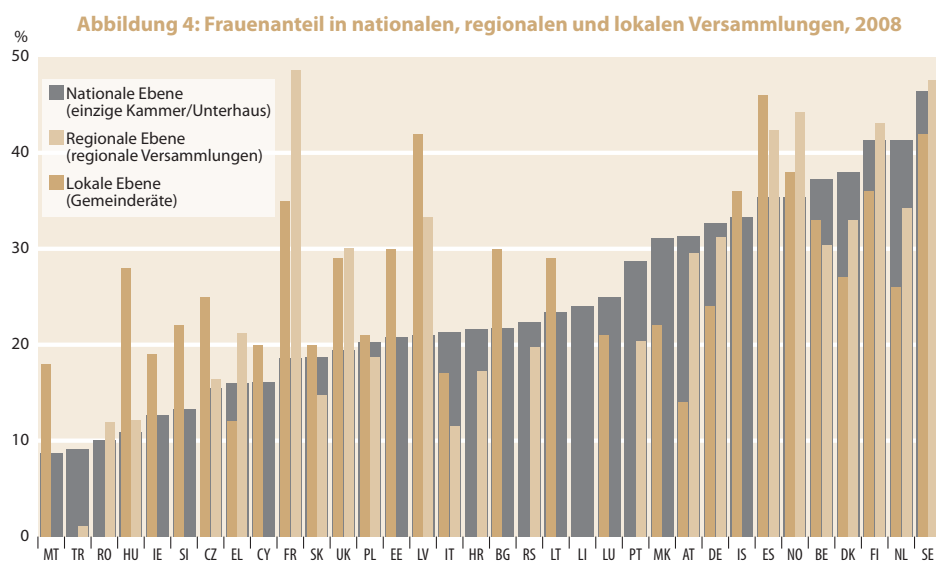
Unterhalb der nationalen Ebene unterscheiden sich die Umsetzung von öffentlicher Politik und die Entscheidungspositionen in den einzelnen Ländern im Hinblick auf die Anzahl der verschiedenen Organisationsebenen, den Zuständigkeitsbereich, den Grad der Autonomie von höheren Zuständigkeitsebenen usw. Ein Vergleich zwischen den Ländern ist daher nicht einfach, und einige dieser Ebenen sind nicht überall vorhanden. In der Datenbank der Europäischen Kommission über Frauen und Männer in Entscheidungspositionen werden regionale Gebietskörperschaften als Körperschaften betrachtet, die eine Ebene unterhalb der nationalen Ebene, jedoch über der kommunalen Ebene angesiedelt sind, mit einer Selbstverwaltung ausgestattet sind und über eine repräsentative Versammlung verfügen. Regionalräte sind in 23 der 34 erfassten Länder vorhanden (19 der 27 EU-Mitgliedstaaten). In der Datenbank werden Entscheidungspositionen auf kommunaler Ebene nicht erfasst, aber der Rat der Gemeinden und Regionen Europas verfügt über Daten zur Zusammensetzung der Gemeinderäte in den Mitgliedstaaten <sup>(1)</sup>.

<sup>(1)</sup> Rat der Gemeinden und Regionen Europas, *Women in local politics in Europe – Figures from 34 European countries of CEMR's membership*, Februar 2008.

## Indikatoren der Folgekonferenz Peking

Frauenanteil in den Regionalversammlungen der Mitgliedstaaten (wo zutreffend)			
	1999	2007	2008
EU-15-Durchschnitt (13 Länder mit qualifizierten Regionen)	27,4%	34,0%	35,1%
EU-27-Durchschnitt (19 Länder mit qualifizierten Regionen)	:	30,2%	30,1%

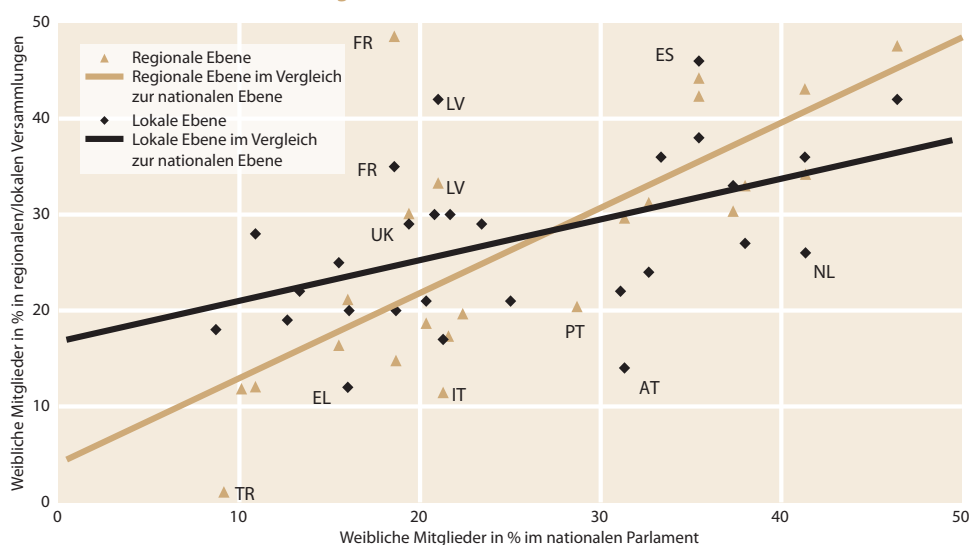
Im Allgemeinen weisen Länder, in denen mehr Frauen im nationalen Parlament vertreten sind, auch einen höheren Frauenanteil in den regionalen und kommunalen Versammlungen auf (Abb. 4 und Tabelle A.2 im Anhang). Es gibt jedoch auch eine Reihe von Ländern, die einen unterdurchschnittlich geringen Frauenanteil im nationalen Parlament haben, jedoch eine deutlich höhere Anzahl von Frauen in den regionalen und/oder kommunalen Versammlungen. Im Vereinigten Königreich werden die Regionalversammlungen von Wales, Schottland, Nordirland und Greater London unter Anwendung verschiedener Formen der proportionalen Vertretung gewählt und haben zusammen einen prozentualen Anteil von 30% an Frauen als Mitglieder, während das nationale Parlament weiterhin das relative Mehrheitswahlrecht verwendet und nur 19% Frauen als Mitglieder aufweist. Auch in Frankreich beträgt der Frauenanteil im nationalen Parlament etwa 19%, in den Regionalversammlungen liegt er jedoch bei 49% und auf kommunaler Ebene bei 35%. Auch dies ist wiederum zumindest teilweise in den unterschiedlichen Wahlsystemen begründet, die auf den einzelnen Ebenen angewendet werden – einem Mehrheitswahlrecht mit zwei Runden auf nationaler Ebene und einem hybriden System, das Aspekte der proportionalen Vertretung auf regionaler Ebene umfasst. Auch in Lettland ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in den kommunalen (42%) und regionalen Parlamenten (33%) deutlich besser als im nationalen Parlament (21%).



Trotz solcher Ausnahmen besteht eine allgemeine Wechselbeziehung zwischen dem Frauenanteil im nationalen Parlament und demjenigen in den regionalen und kommunalen Versammlungen, auch wenn dieser Trend auf kommunaler Ebene weniger eindeutig ist als auf der regionalen Ebene (Abb. 5). Wenn die Daten mit diesem Hintergrund betrachtet werden, können einige abweichende Ergebnisse hinsichtlich der Gesamttrends besser

hervorgehoben werden. Positiv zu verzeichnen ist, dass die französischen Regionen mit einer besseren Gleichstellung von Frauen und Männern als erwartet einen Erfolg darstellen, die kommunalen Körperschaften in Frankreich, Spanien und Lettland weisen ein ebenso gutes Ergebnis auf. Auf der anderen Seite gibt es in den türkischen Regionen nur 1 % Frauen als Abgeordnete, und die kommunalen Körperschaften in Griechenland, Österreich und den Niederlanden haben einen geringeren Frauenanteil, als aus dem allgemeinen Trend abzuleiten wäre.

**Abbildung 5: Frauenanteil in regionalen und lokalen Versammlungen im Vergleich mit dem nationalen Parlament, 2008**



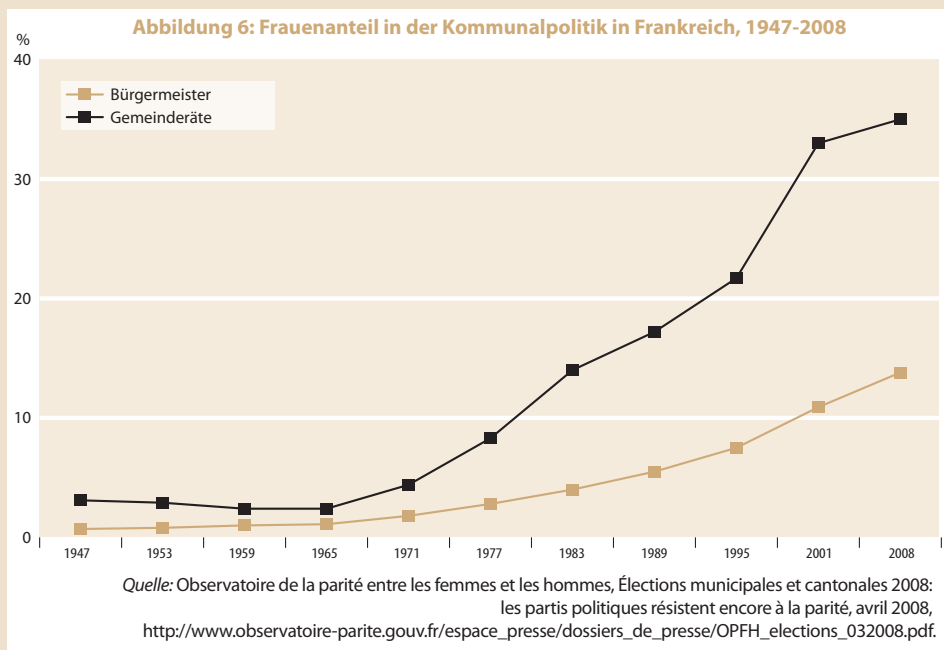
Erfahrungen auf kommunaler und regionaler Ebene werden häufig als wichtige Schritte für die politische Mitwirkung auf nationaler und europäischer Ebene betrachtet. Obwohl eine Verbesserung der Beteiligung von Frauen an der politischen Diskussion auf kommunaler Ebene festgestellt wird, stehen nur vereinzelte Frauen an der Spitze der lokalen Hierarchie. Eine langfristige Datenreihe aus Frankreich liefert ein gutes Beispiel dafür.

### Frankreich: Frauenanteil in der Kommunalpolitik

In Frankreich wurde den Frauen 1944 das passive und das aktive Wahlrecht eingeräumt, aber es dauerte bis in die 1980er Jahre, bis Frauen wesentlich in der Kommunalpolitik akzeptiert wurden und schließlich bei den Kommunalwahlen 1983 einen Anteil von über 10% erzielten (Abb. 6). Die Anzahl der gewählten Frauen stieg in den 1980er und den 1990er Jahren weiter an, aber der stärkste Sprung war bei den Wahlen 2001 im Anschluss an die Umsetzung des Paritätsgesetzes im Vorjahr zu verzeichnen, das eine gleich hohe Anzahl von Männern und Frauen bei den Kandidaten vorschrieb. Dadurch erhöhte sich der Frauenanteil in den Gemeinderäten auf 33%, aber trotz des Paritätsgesetzes änderte sich seither nur wenig, wie am Ergebnis der Wahlen von 2008 mit einem Frauenanteil von 35% in den Räten zu erkennen ist. Der Unterschied zwischen dem prozentualen Anteil von Kandidaten und dem der gewählten Repräsentanten kann teilweise mit der Platzierung der Kandidaten auf Listen zusammenhängen: Bei den letzten Wahlen stand auf 84% der von den verschiedenen Parteien vorgelegten Kandidatenlisten ein Mann an der Spitze<sup>(12)</sup>.

<sup>(12)</sup> Observatoire de la parité entre les femmes et les hommes, avril 2008. *Elections municipales et cantonales 2008: les partis politiques résistent encore à la parité*; [http://www.observatoire-parite.gouv.fr/espace\\_presse/dossiers\\_de\\_presse/OPFH\\_elections\\_032008.pdf](http://www.observatoire-parite.gouv.fr/espace_presse/dossiers_de_presse/OPFH_elections_032008.pdf)

Auch wenn der Frauenanteil in der Kommunalpolitik sich deutlich – wenn auch langsamer als erhofft – verbessert hat, besteht immer noch ein deutliches Defizit an der Spitze der Hierarchie. Bei einer 2001 im Anschluss an die Einführung des Paritätsgesetzes durchgeführten Umfrage sagten 65% der Befragten, dass sie gern eine Frau als Bürgermeisterin für ihre Stadt<sup>(13)</sup> hätten. Nach den Wahlen 2008 waren jedoch nur 14% der gewählten Bürgermeister in ganz Frankreich Frauen. Auch hier scheint wiederum eine klare Verbindung mit dem Kandidatenauswahlverfahren zu bestehen, da Männer auf 77% der Listen auf die Spitzenposition gesetzt wurden.



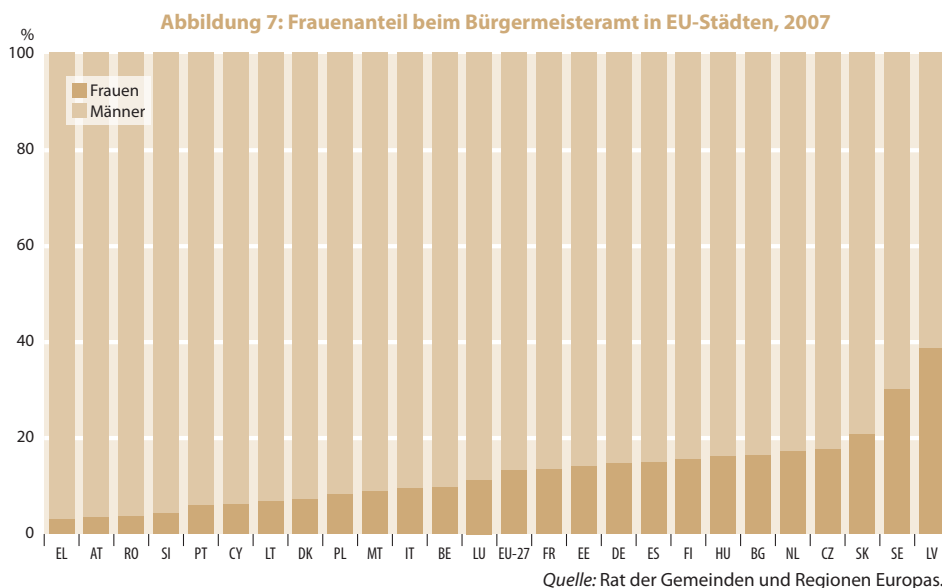
Das sich in Frankreich zeigende Bild ist keineswegs unüblich: In der gesamten EU waren 2007 etwa 87% der Bürgermeister Männer und nur 13% Frauen, und in vielen Ländern gab es weniger als 10% Frauen in Führungspositionen auf kommunaler Ebene (Abb. 7). Es gibt jedoch beachtenswerte Ausnahmen in Lettland und Schweden, wo 39% bzw. 30% der Bürgermeister Frauen sind. Eine detaillierte Aufschlüsselung der französischen Daten lässt erkennen, dass Frauen eher als Bürgermeisterinnen kleinerer Kommunen gewählt werden. In der Europäischen Union sieht die Lage so aus, dass die bedeutenden Führungspositionen in großen Städten auch weiterhin von Männern besetzt werden. In den meisten EU-Ländern werden keine großen Städte von einer Bürgermeisterin regiert (Tabelle 3). Nur in vier Hauptstädten der 27 EU-Mitgliedstaaten steht eine Frau an der Spitze (Kopenhagen, Dublin, Nicosia und Warschau).

<sup>(13)</sup> <http://feminist.org/news/newsbyte/uswirestory.asp?id=5254>.

**Tabelle 3: EU-Länder mit Bürgermeisterinnen großer Städte**

Mehr als eine <sup>(14)</sup>	Deutschland (5), Spanien (5), Frankreich (3), Italien (3)
Eine <sup>(15)</sup>	Dänemark, Irland, Zypern, Polen, Finnland
Keine	Belgien, Bulgarien, Estland, Griechenland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Ungarn, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Schweden, Vereinigtes Königreich

Quellen: City Mayors [http://www.citymayors.com/directories/eurocities\\_sites.html](http://www.citymayors.com/directories/eurocities_sites.html); Websites von Städten; Stand der Daten August 2008.



Die Analyse oben zeigt einige positive Trends im Hinblick auf die geringe Anzahl von Frauen auf allen politischen Ebenen, veranschaulicht jedoch auch, wie ein fehlender kohärenter Ansatz in einem Land – insbesondere der Einsatz verschiedener Wahlsysteme – zu unterschiedlichen Ergebnissen auf den einzelnen Ebenen führen kann.

### 3 Kandidaten: mehr Chancen für Frauen

Einer der Schlüssel zur Erreichung repräsentativer Versammlungen ist die gleichberechtigte Vertretung bei den Kandidaten und die Art und Weise, wie die Kandidaten den Wählern präsentiert werden. In diesem Abschnitt des Berichts wird untersucht, inwieweit Frauen als Kandidatinnen für Wahlen aufgestellt werden, wie gesetzliche und freiwillige Kandidatenquoten zur Unterstützung der Gleichstellung verwendet werden. Außerdem werden einige der Gründe erklärt, warum diese nicht so wirkungsvoll sind wie erhofft.

<sup>(14)</sup> Deutschland: Bochum, Bonn, Dortmund, Dresden, Frankfurt am Main; Spanien: Córdoba, La Laguna, Tenerife, Gijón, Valencia; Frankreich: Lille, Montpellier, Rouen; Italien: Genua, Mailand, Neapel.

<sup>(15)</sup> Kopenhagen, Dublin, Nicosia, Warschau, Espoo.

### 3.1 *Je mehr Kandidatinnen, desto mehr gewählte Frauen im Allgemeinen, die Chancen für einen Mann sind jedoch höher*

Es ist noch nicht so lange her, dass durch kulturelle Unterdrückung die Anzahl der Frauen, die in der Politik maßgeblich mitbestimmen wollten, gering war und die Politik als reine Männerdomäne betrachtet wurde. Im Europa des 21. Jahrhunderts jedoch, in dem eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, sexueller Veranlagungen oder andere Formen der Diskriminierung im Allgemeinen von der Gesellschaft als inakzeptabel betrachtet werden, kann dies heute nicht mehr der Hauptgrund für die weiterhin schwache politische Mitwirkung von Frauen sein. Es soll nicht geleugnet werden, dass immer noch Widerstand vorhanden ist, aber insbesondere bei der jüngeren Generation hat sich die Einstellung geändert. Dies erklärt nicht, warum in Europa Schlüsselentscheidungen, die das tägliche Leben für eine mehr oder weniger gleiche Anzahl von Bürger und Bürgerinnen beeinflussen, von Politikern getroffen werden, von denen 75% Männer sind.

Auf den ersten Blick scheint es einfach zu sein, den Frauenanteil in gewählten Versammlungen zu erhöhen: Es wird die gleiche Anzahl geeigneter Kandidaten und Kandidatinnen zur Wahl gestellt, und – sofern es keine einseitige Neigung bei der Abstimmung gibt – das Wahlergebnis ist eine ähnlich hohe Anzahl von Frauen und Männern bei den gewählten Vertretern. In der Realität sieht das jedoch anders aus. Eine Reihe von Faktoren hebt die Gleichstellung der Kandidaten auf. So wird eine geringere Anzahl gewählter Frauen erreicht:

- Die meisten Parlamente weisen derzeit ein Ungleichgewicht bei der Anzahl von Frauen und Männern auf und haben mehr männliche als weibliche Mitglieder.
- Die Politik ist häufig eine Karriereentscheidung, und viele männliche Mandatsträger bemühen sich um eine Wiederwahl.
- Die Mandatsträger werden mit höherer Wahrscheinlichkeit (wieder)gewählt als neue Kandidaten: Bei einer Auswahl von Kandidaten derselben politischen Partei neigen Wähler dazu, bekanntere Kandidaten (üblicherweise die Mandatsträger) zu wählen.
- Die meisten Wahlsysteme bieten nicht allen Kandidaten die gleiche Chance, gewählt zu werden.
- Politische Parteien möchten die bestmöglichen Ergebnisse für ihre Partei erreichen und neigen dazu, die Schwachpunkte der Wahlsysteme zum Vorteil der bevorzugten Kandidaten, insbesondere der Mandatsträger, zu nutzen.

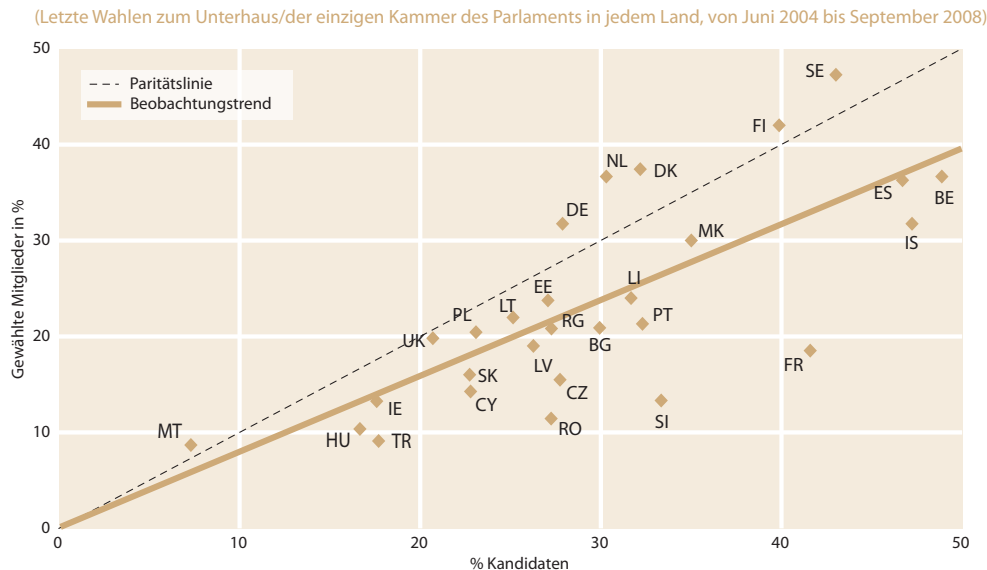
Mit anderen Worten: Die Sicherstellung einer besseren Gleichstellung zwischen den Kandidaten ist nur der erste Schritt. In der Praxis werden lediglich wenige der gewählten Mitglieder bei jeder Wahl ausgetauscht, das heißt, bei einem Parlament mit geringer Gleichstellung kann nur ein Teil des Problems gelöst werden. Es wird häufig behauptet, dass bestimmte Wahlsysteme die Wahl von Frauen stärker unterstützen. Das ist selbstverständlich nicht der Fall: Wahlsysteme begünstigen keine Person und kein Geschlecht. Einige Systeme sind jedoch offener für die Unterstützung von Kandidaten, die von der Partei als loyal bevorzugt werden. Sind die Mandatsträger und andere bevorzugte Kandidaten mehrheitlich Männer, sind die Chancen für Frauen, gewählt zu werden, deutlich geringer, auch wenn Frauen und Männer unter den Kandidaten gleich stark vertreten sind.

Dennoch wäre es ohne eine gleich hohe Anzahl von Frauen und Männern unter den Kandidaten unrealistisch, eine gleich hohe Anzahl von Frauen und Männern in der

gewählten Versammlung zu erwarten, sodass trotz der zusätzlichen Hindernisse der erste Schritt zur Unterstützung einer Frau in einem politischen Amt darin bestehen muss, mehr Kandidatinnen zu unterstützen. In Abbildung 8 wird die Beziehung zwischen der Anzahl der Kandidatinnen und der Anzahl der gewählten Frauen im Unterhaus/der einzigen Kammer der nationalen Parlamente bei den letzten Wahlen in jedem Land dargestellt (Stand Ende September 2008). Wie zu erwarten war, werden im Allgemeinen durch mehr Kandidatinnen mehr Frauen in politische Ämter gewählt, es ist aber auffällig, wie weit dieser Trend von einer Gleichstellung entfernt ist.

In der Tat lässt eine Hochrechnung des Trends den Schluss zu, dass eine Wahl mit 50% Kandidatinnen nur 39% Frauen als Abgeordnete zum Ergebnis hätte, oder anders gesagt, dass 63% Kandidatinnen erforderlich wären, um eine gleich hohe Anzahl an Frauen und Männern in der gewählten Versammlung zu erreichen! Interessanterweise führten sowohl die Wahlen 2007 in Belgien (49% Kandidatinnen, 37% gewählte Vertreterinnen) als auch die Wahlen 2008 in Spanien (47% Kandidatinnen, 36% gewählte Vertreterinnen) zu Ergebnissen, die dem geplanten Ergebnis von 50% Kandidatinnen recht nahe kamen. Es gibt jedoch natürlich auch Ausnahmen, die über und unter dem Trend liegen. So wurden bei den jüngsten Wahlen in Slowenien, Frankreich und Rumänien deutlich weniger Frauen gewählt als aufgrund der ziemlich hohen Anzahl von Kandidatinnen zu erwarten gewesen wäre, während in Deutschland, den Niederlanden, Dänemark, Finnland und Schweden im Vergleich mit dem allgemeinen Trend mehr Frauen gewählt wurden und die Endergebnisse sogar noch über der Gleichstellungsquote lagen.

**Abbildung 8: Frauenanteil der Kandidaten und gewählter Mitglieder in den nationalen Parlamenten**



Wie die Gleichstellung von Frauen und Männern bei den Kandidaten auch aussieht, wenn alle Kandidaten die gleiche Chance haben, gewählt zu werden, müsste das Wahlergebnis einer Versammlung aus der gleichen Anzahl von Frauen und Männern bestehen. Bei den letzten nationalen Wahlen in jedem der 28 europäischen Länder<sup>(16)</sup> standen insgesamt

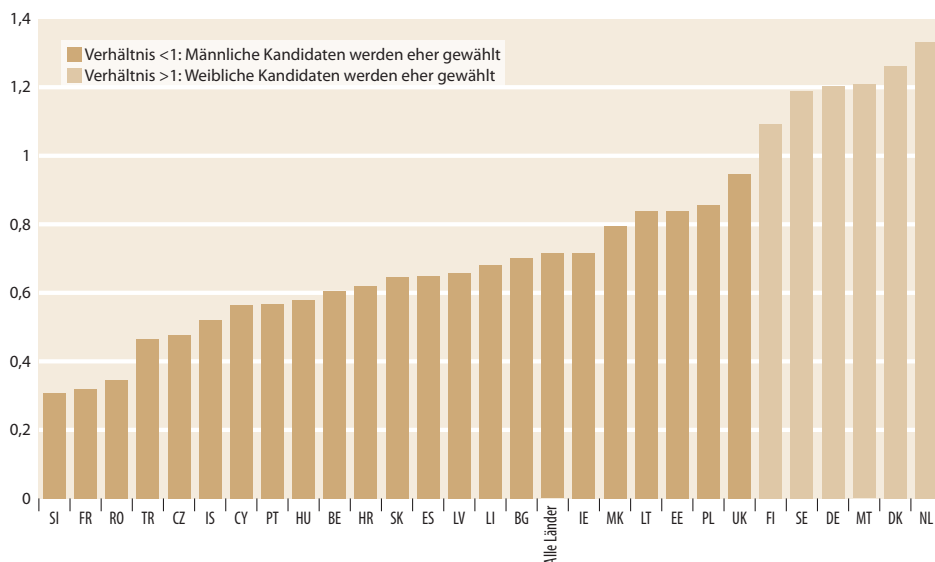
<sup>(16)</sup> Es wurden Daten zur Aufschlüsselung der für die Parlamentswahlen aufgestellten Kandidaten nach Geschlecht für alle in der Datenbank der Kommission erfassten 34 Länder gesucht. Für EL, IT, LU, AT, RS, NO wurden jedoch keine Daten gefunden.



über 96 000 Kandidaten zur Wahl, von denen rund 70 % Männer und 30 % Frauen waren. Diese Verteilung blieb jedoch unter den 6 850 erfolgreich gewählten Kandidaten aus 77 % Männern und 23 % Frauen nicht erhalten (Tabelle A.3 im Anhang). Insgesamt wurde jeder 13. Kandidat, jedoch nur jede 18. Kandidatin gewählt. Es gab also nicht nur weniger Kandidatinnen, sondern jede dieser Kandidatinnen hatte auch eine geringere Chance, gewählt zu werden. Die Chance einer Kandidatin entsprach der 72%igen Chance eines männlichen Kandidaten (Abb. 9). In 22 der 28 erfassten Länder wurden Kandidaten bevorzugt, die Benachteiligung der Kandidatinnen war in einigen Fällen sehr groß: Bei den jüngsten Wahlen in Slowenien, Frankreich, Rumänien, der Türkei und der Tschechischen Republik war es für einen Kandidaten mehr als doppelt so wahrscheinlich, gewählt zu werden, wie für eine Kandidatin. Andererseits wurden in Dänemark und den Niederlanden mehr als eine von vier Kandidatinnen im Vergleich zu einem Kandidaten von fünf Männern gewählt.

**Abbildung 9: Anteil gewählter Kandidaten in den nationalen Parlamenten nach Geschlecht: Verhältnis Frauen/Männer**

(Letzte Wahlen zum Unterhaus/der einzigen Kammer des Parlaments in jedem Land, von Juni 2004 bis September 2008)  
(Verhältnis = Anteil weiblicher gewählter Kandidaten/Anteil männlicher gewählter Kandidaten)



### 3.2 Quoten können zu einer Gleichstellung von Frauen und Männern beitragen, sind jedoch keine Erfolgsgarantie

Eine Möglichkeit, die Gleichstellung von Frauen und Männern unter den Kandidaten zu verbessern, besteht in gezielten Fördermaßnahmen in Form von Quoten, die eine Gleichstellung oder einen Mindestprozentsatz jedes Geschlechts auf der Kandidatenliste vorschreiben, die für die Wahl vorgelegt werden. Geschlechterquoten können durch das Gesetz (gesetzliche Quoten) angewendet oder freiwillig von politischen Parteien (freiwillige Quoten) angenommen werden. Sie werden momentan in nahezu der Hälfte aller Demokratien der Welt verwendet, auch wenn die Verwendung von Quoten noch immer sehr umstritten ist. Befürworter der Quoten neigen dazu, diese als schnelle Lösung zur Behebung der mangelnden Gleichstellung von Frauen und Männern sowie als einziges zuverlässiges Mittel zum Abbau von schwer zu durchbrechenden Barrieren für die Integration von Frauen zu sehen. Gegner betrachten die Quoten selbst gern als Form der Diskriminierung und sind der Meinung, dass alle Kandidaten nach ihren Verdiensten gewählt werden sollten, und glauben, dass im Laufe der Zeit jedes zurzeit bestehende Missverhältnis von Frauen und Männern im System von selbst beseitigt wird. In der Europäischen Union gibt es derzeit fünf Länder, in denen gesetzliche Quoten für

die Wahlen zum nationalen Parlament (einzige Kammer/Unterhaus) vorgeschrieben sind, 14 Länder mit parteiinternen Quoten und acht Länder ohne Quotensystem (Tabelle 4).

**Tabelle 4: Arten von Geschlechterquoten bei nationalen Wahlen in der EU**

Gesetzliche Quoten	Belgien, Spanien, Portugal, Frankreich, Slowenien
Parteiinterne Quoten	Schweden, Niederlande, Österreich, Deutschland, Italien, Litauen, Polen, Luxemburg, Vereinigtes Königreich, Tschechische Republik, Griechenland, Rumänien, Ungarn, Malta
Keine Quoten	Finnland, Dänemark, Estland, Bulgarien, Lettland, Slowakei, Zypern, Irland

NB: Länder mit parteiinternen Quoten sind Länder, in denen mindestens eine der drei größten politischen Parteien ein Geschlechterquotensystem in den Parteistatuten einsetzt.

Eine umfassende Analyse, wie Geschlechterquoten in Europa Anwendung finden, wurde 2008 vom Europäischen Parlament veröffentlicht. In diesem Bericht werden die Argumente für und gegen Quoten, eine Bewertung ihrer Auswirkungen und Empfehlungen für zukünftige Maßnahmen umfassend erörtert<sup>(17)</sup>. Eine der wichtigsten Beobachtungen ist, dass Quoten zwar in einigen Fällen zu bemerkenswert raschen Fortschritten bezüglich des Frauenanteils geführt haben, in anderen Fällen ihr Einfluss jedoch enttäuschend war (siehe Kasten).

### Slowenien: Quoten sind keine schnelle Lösung

Seit Anfang der 1990er Jahre das Land von einem sozialistischen Staat mit einer Einheitspartei in eine Demokratie mit mehreren Parteien umgewandelt wurde, wurde die Politik Sloweniens maßgeblich von Männern gestaltet. In der Nationalversammlung betrug der Frauenanteil nur zwischen 8% und 13%. In den letzten Jahren verabschiedete das Parlament jedoch Quoten, die einen Mindestprozentsatz für jedes Geschlecht unter den Kandidaten bei Wahlen auf allen Ebenen vorschreiben:

Jahr	Gesetzliche Quote
2004	40% für die Wahlen zum Europäischen Parlament
2005	40% für die Kommunalwahlen (20% für die erste Wahl nach der Übernahme: 2006)
2006	35% für die Wahlen zur Nationalversammlung (25% für die erste Wahl nach der Übernahme: 2008)

Bisher wurden die Quoten von allen Parteien bei allen Wahlen seit der Anwendung der einzelnen relevanten Gesetze durchgehend beachtet.

Jahr	Wahlebene	Umsetzung
2004	Europawahlen	Alle Parteien berücksichtigten die Quote von 40% – 42 der 91 Kandidaten (46%) waren Frauen.
2006	Kommunalwahlen	Alle Parteien berücksichtigten die Quote von 20% über die Vorschrift hinaus – knapp unter 33% der 26 721 Kandidaten waren Frauen, im Vergleich zu 21% bei den vorherigen Wahlen (vor der Quotenregelung) im Jahr 2002.
2008	Nationalversammlung	Alle Parteien berücksichtigten die Quote von 25% – rund ein Drittel (33%) der nahezu 1 200 Kandidaten waren Frauen, im Vergleich zu einem Viertel (25%) bei den Wahlen 2004.

<sup>(17)</sup> *Electoral gender quotas and their implementation in Europe (Geschlechterquoten bei Wahlsystemen und ihre Umsetzung in Europa)*, Europäisches Parlament, 2008.

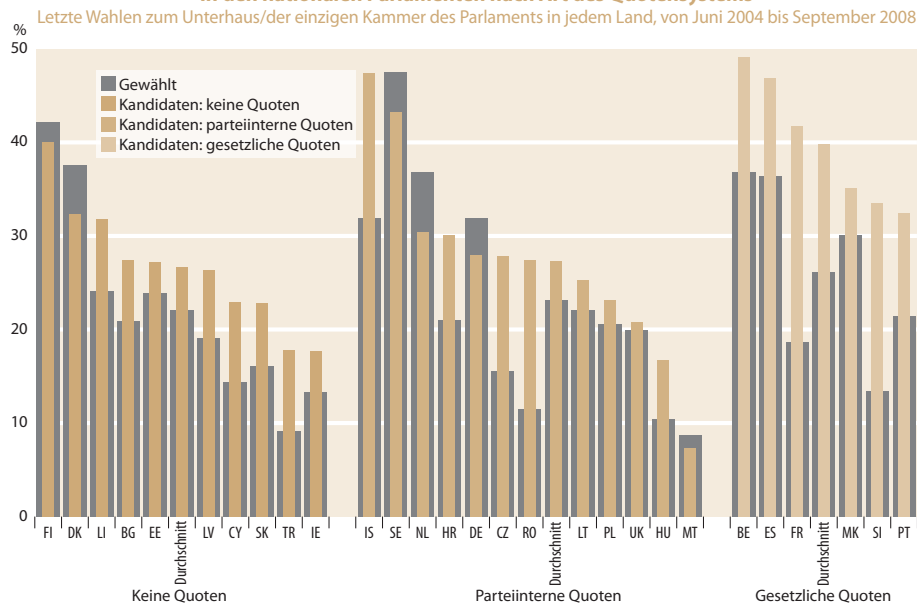
Diese Ergebnisse haben jedoch die Erwartungen nicht ganz erfüllt:

- Die ersten in Slowenien abgehaltenen Europawahlen im Jahr 2004 waren im Hinblick auf die Zahl der vorgeschlagenen und anschließend gewählten Kandidatinnen erfolgreich, sodass Slowenien zu den EU-Mitgliedstaaten gehört, die in Bezug auf den Anteil von Frauen als MdEP im Ranking im oberen Drittel liegen. Das Gesetz sieht vor, dass bei den Europawahlen mindestens jeweils ein Kandidat von jedem Geschlecht in der oberen Hälfte einer Liste aufgeführt sein muss (für sieben Sitze). Dennoch befand sich von den 13 Kandidatenlisten der Parteien nur bei drei Parteien eine Frau auf dem Spitzenplatz. Dabei handelte es sich stets um Listen kleinerer Parteien, die letztendlich keinen Sitz gewannen. Alle Frauen, die gewählt wurden, waren also für niedrigere Positionen in den Listen aufgeführt und hätten die Wahl verlieren können, wenn die Partei weniger Stimmen gewonnen hätte.
- Die ersten Kommunalwahlen, für die die gesetzliche Quote galt, führten im Vergleich zu vorher zu einer höheren Anzahl von gewählten Frauen in Räten, aber es kommen immer noch ungefähr vier Männer auf eine Frau in Räten. Auch hier fordert das Gesetz wiederum, dass mindestens ein Kandidat von jedem Geschlecht in der oberen Hälfte jeder Liste aufgeführt sein muss, aber die Tatsache, dass der Anteil der gewählten Frauen (22%) dem Anteil der Kandidatinnen (33%) nicht näher kam, gibt Anlass zur Vermutung, dass sie eher selten auf den obersten Plätzen aufgeführt waren.
- Schließlich wurde bei den letzten Nationalwahlen trotz einer erheblich höheren Anzahl von Kandidatinnen nur eine Frau zusätzlich in die Nationalversammlung gewählt, und mit einem Frauenanteil von 13% bleibt Slowenien deutlich im unteren Drittel der EU-Mitgliedstaaten (Platz 23 von 27). Der Grund war, wie allzu oft, dass die Kandidatinnen nicht in sicheren Wahlkreisen aufgestellt wurden.

Wahlebene	Letztes Ergebnis vor der Quoteneinführung	Erstes Ergebnis nach der Quoteneinführung
Europawahlen	–	42,9%
Kommunalwahlen	13,1%	21,5%
Nationalversammlung	12,2%	13,3%

In Abbildung 10 wird die Anzahl der Kandidatinnen und der gewählten Mitglieder der nationalen Parlamente in ganz Europa nach dem Typ des Quotensystems dargestellt. Es ist zu erkennen, dass gesetzliche Quoten durchschnittlich zu einem höheren Frauenanteil bei den Kandidaten führen, aber keine Erfolgsgarantie darstellen, und dass es Länder mit parteiinternen Quoten (Schweden und die Niederlande) oder keinem Quotensystem (Finnland und Dänemark) gibt, die bessere oder ebenso gute Endergebnisse erzielt haben wie die besten Länder mit gesetzlichen Quoten (Belgien und Spanien). Darüber hinaus gibt es durchschnittlich nahezu keinen Unterschied zwischen Ländern mit parteiinternen Quoten (27% Kandidaten, 23% gewählt) und denen ohne Quoten (27% Kandidaten, 22% gewählt). Es wird häufig behauptet, dass die meisten Länder mit dem höchsten Frauenanteil ein Quotensystem eingeführt haben. Die Gültigkeit dieser Aussage hängt allerdings sehr von der jeweiligen Betrachtungsweise ab. Denn tatsächlich verhält es sich so, dass zumindest in Europa die meisten Länder, die den niedrigsten Frauenanteil aufweisen, ebenfalls Quoten eingeführt haben.

**Abbildung 10: Frauenanteil der Kandidaten und gewählten Mitglieder in den nationalen Parlamenten nach Art des Quotensystems**



### 3.3 Haben Frauen durch Wahlsysteme und politische Parteien die gleiche Chance?

In der Realität scheinen die Quoten manchmal, jedoch nicht immer, zu funktionieren, und es sollte nicht vergessen werden, dass einige der besten Ergebnisse ohne jegliche Quoten erreicht wurden (auch wenn es viele Jahre gedauert haben mag und eine implizite Unterstützung durch die Regierung gegeben war). Was verhindert also, dass Quoten funktionieren?

Die wichtigsten Faktoren sind mit ziemlicher Gewissheit die Zuweisung von Kandidaten zu den Wahlbezirken und/oder die Auflistung jedes Kandidaten auf den Listen (wo relevant). Alle politischen Parteien möchten Wahlen gewinnen. Auch wenn einige Parteien Maßnahmen zur Verbesserung der Vertretung von Frauen versprechen, wird sich ihre Wahlstrategie vor allen anderen Themen letztlich immer auf eine Maximierung der Anzahl der gewählten Kandidaten konzentrieren.

Quoten sind am schwierigsten bei *Mehrheitswahlsystemen mit Einerwahlkreisen* anzuwenden, in denen jede Partei einen einzigen Kandidaten pro Wahlkreis nominiert, sodass es nicht möglich ist, einzelnen Wählern eine Auswahl nach Geschlecht anzubieten. Auch wenn eine Gesamtquote angewendet wird, steht es einer Partei frei, Kandidaten den einzelnen Wahlkreisen zuzuweisen und dabei bevorzugte Kandidaten aufzustellen, wo mit einem sicheren Wahlsieg der Partei gerechnet werden kann. Bei *Verhältnismwahlsystemen mit mehreren Gewinnern*, bei denen Kandidaten aus Parteilisten, in der Regel durch eine Form der proportionalen Vertretung, ausgewählt werden, hat die Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen einen beträchtlichen Einfluss darauf, wer gewählt wird. In vollständig geschlossenen Listen entscheiden die Wähler im Grunde darüber, welche Partei sie unterstützen möchten, und die Kandidaten werden auf der Basis ihres Listenplatzes und des Anteils der auf die Partei entfallenen Stimmen gewählt. Sogar bei den meisten offenen Listensystemen, in denen die Wähler einzelne Kandidaten auswählen, die rein auf der Basis der Gesamtanzahl der erhaltenen Stimmen gewählt werden, zeigt eine Analyse des Wählerverhaltens, dass die Kandidaten oben auf der Liste einen Vorteil gegenüber den Kandidaten haben, die im unteren Bereich der Liste stehen. Es gibt eine Vielzahl listenbasierter Wahlsysteme, die meisten liegen zwischen den beiden Extremen der komplett offenen oder komplett geschlossenen Liste. Dadurch

kann stark beeinflusst werden, wer von den Kandidaten gewählt wird. Kurz gesagt: Obwohl Quotensysteme die Gleichstellung von Frauen und Männern unter den Kandidaten deutlich verbessern können, müssen sie in einer Art und Weise angewendet werden, die sorgfältig die Feinheiten des Wahlsystems berücksichtigt, wenn mehr Frauen gewählt werden sollen.

Maßnahmen zur Steuerung der Finanzierung der politischen Parteien können ebenfalls dazu beitragen, die Vertretung von Frauen zu unterstützen. Es gibt Hinweise, die vermuten lassen, dass Frauen davon profitieren, wenn die Ausgaben politischer Parteien beschränkt werden und eine öffentliche Finanzierung vorhanden ist. In der Tat gilt: Wenn Parteien zumindest teilweise aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, ist es in der Praxis einfacher, Sanktionen oder Finanzierungskürzungen aufzuerlegen, falls Geschlechterquoten nicht gerecht angewendet werden.

### Politische Parteien: Schlüsselfaktoren für die Vertretung von Frauen in der Politik?

Die stufenweise Einführung der Gleichstellungs- und Gleichbehandlungsgesetze während der letzten zwei oder drei Jahrzehnte sollte Frauen und Männern heute einen gleichberechtigten Zugang zur Politik ermöglichen. In der Praxis finden sich jedoch immer noch schwer abbaubare Barrieren für eine volle Mitwirkung von Frauen im demokratischen Prozess. In der Analyse oben wird dargestellt, wie die historische Dominanz von Männern und die Wahlsysteme zusammenwirken, um den Umfang einzuschränken, in dem Frauen in das politische Leben integriert sind.

Es ist ein schwieriges Problem für Frauen und Männer, das Berufs- und Privatleben in allen Bereichen zu vereinbaren, aber die Gesetzgebung zwingt Arbeitgeber immer mehr, flexible Arbeitszeitvereinbarungen anzuwenden, die es ermöglichen, berufliche und familiäre Verpflichtungen miteinander in Einklang zu bringen. Dennoch erfordert die Arbeitsweise von Parlamenten und politischen Parteien immer noch, dass Politiker lange und zu unregelmäßigen Zeiten arbeiten – beispielsweise bei Parlamentsdebatten am späten Abend oder abendlichen gesellschaftlichen Anlässen, wenn mindestens ein Elternteil zu Hause sein muss, um sich um die Kinder zu kümmern. Bei den französischen Kommunalwahlen 2008 entschieden sich viele Gemeinderätinnen, nicht zur Wiederwahl anzutreten, und gaben als Grund an, dass es schwierig sei, ihr Berufs- und Familienleben mit den politischen Terminen zu vereinbaren<sup>(18)</sup>.

Der Zugang zu einer politischen Karriere wird häufig durch persönliche Kontakte und Netzwerke erleichtert. Aufgrund der bisher herrschenden männlichen Dominanz mangelt es Frauen manchmal an diesen Ressourcen. Gespräche mit deutschen Politikerinnen lassen vermuten, dass politische Parteien, die keine parteiinternen Quotenregeln haben, häufig nur Frauen anwerben, deren Familien seit langem politisch engagiert sind und die den Hintergrund einer sozialen Elite haben<sup>(19)</sup>. Es gibt auch Hinweise darauf, dass die Anwerbung von Kandidaten für die französischen Kommunalwahlen durch das Geschlecht beeinflusst wird: Männliche Kandidaten haben im Allgemeinen starke Verbindungen zu einer politischen Partei, während viele Kandidatinnen aus der Bürgergesellschaft herangezogen werden<sup>(20)</sup>.

<sup>(18)</sup> Charlotte Rotman, „Parité blues“, *Libération*, Freitag, 7. März 2008; <http://www.libeorleans.fr/libe/2008/03/socit-les-femme.html>.

<sup>(19)</sup> Brigitte Geissel, „Deutschland: Erfolgreiche Quotenregelungen in einer geschlechterdifferenzierten Gesellschaft“, in *Geschlechterquoten bei Wahlsystemen und ihre Umsetzung in Europa*, Europäisches Parlament, September 2008.

<sup>(20)</sup> Observatoire de la parité entre les femmes et les hommes, *2001 l'odyssée paritaire: rencontres avec des élus municipales*, Januar 2008.

Derzeit ist nur bei wenigen politischen Parteien (von denen, die im nationalen Parlament vertreten sind) eine Frau im Vorsitz. Es ist interessant festzustellen, dass Länder, in denen bei mehr als einer großen Partei eine Frau an der Spitze steht, auch tendenziell die Länder mit der besten Gleichstellung von Frauen und Männern im Parlament (einzige Kammer/Unterhaus) sind. In acht der Länder, die auf den zehn Spitzenplätzen der Rangliste liegen, werden mindestens zwei Parteien von Frauen geführt, während bei den Ländern, die auf den letzten zehn Plätzen liegen, nur Frankreich mehr als eine Parteichefin hat (siehe Tabelle unten und Abb. 2).

#### Frauen an der Spitze großer politischer Parteien in Europa

Zahl der von Frauen geführten Parteien	Länder
Keine	Tschechische Republik, Estland, Irland, Zypern, Malta, Polen, Slowakei, Vereinigtes Königreich, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien, Türkei
Eine	Bulgarien, Griechenland, Spanien, Ungarn, Litauen, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Slowenien, Kroatien, Island
Zwei	Deutschland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Österreich
Drei	Finnland, Schweden
Vier oder mehr	Belgien, Dänemark, Norwegen

Quelle: Wikipedia (verschiedene länderspezifische Seiten), September 2008.

#### 3.4 Wiederwahl von Mandatsträgern schränkt Besetzung durch neue Mitglieder ein

Politische Parteien spielen daher eine wichtige Rolle bei der Festlegung der Zusammensetzung von gewählten Organen und können sogar die Wirkung von Quoten außer Kraft setzen. Zum Zeitpunkt der Wahl neigen die Wähler immer dazu, Personen zu unterstützen, die ihnen bekannt sind, und dies ist in den meisten Fällen der bisherige Mandatsträger. Folglich werden Mandatsträger, die sich einer Wiederwahl stellen, üblicherweise von der Partei bevorzugt und profitieren von jeder Strategie, die den Wahlerfolg für die Partei sicherstellen soll.

Studien haben ergeben, dass in Europa bei Parlamentswahlen eine durchschnittliche Verbleibquote von 66% für Mandatsträger bei Parlamentswahlen besteht<sup>(21)</sup>. Anders ausgedrückt, zwei Drittel der Abgeordneten bleiben nach jeder Wahl in ihrer Position, und nur ein Drittel der Sitze wird von neuen Kandidaten übernommen. Das bedeutet, dass nur eine begrenzte Chance besteht, die Parlamentsmitglieder bei jeder Wahl auszutauschen. Da Parlamentswahlen selten durchgeführt werden (in der Regel alle vier oder fünf Jahre), könnte es, wenn die Verbleibquote der Mandatsträger so hoch wie in der jüngsten Vergangenheit bleibt, für Länder, in denen Frauen auch heute noch unterrepräsentiert sind, theoretisch 25 Jahre oder länger dauern, bis – selbst unter Annahme des Bestfall-Szenarios – eine Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht wird (siehe Kasten).

In Parlamenten und anderen gewählten Versammlungen gibt es nur von Zeit zu Zeit bei den Wahlen Chancen auf signifikante Änderungen bei der Zusammensetzung der Mitglieder, sei es im Hinblick auf die politische Zugehörigkeit oder das Geschlecht. Dies ist für sich selbst genommen ein Faktor für die Geschwindigkeit, mit der sich eine Veränderung vollziehen kann. Auch wenn eine zugrunde liegende Übereinstimmung bei dem Wunsch besteht, den

<sup>(21)</sup> Durchschnittliche Verbleibquote der Mandatsträger für das Unterhaus/die einzige Kammer des Parlaments in 18 europäischen Ländern, berechnet auf der Basis von Daten präsentiert in: Schwindt-Bayer, L.A., 2005, „The incumbency disadvantage and women's election to legislative office“, *Electoral Studies*: Vol. 24, Issue 2, Juni 2005.

Frauenanteil zu erhöhen, gilt letztlich, dass zum Zeitpunkt der Wahl das politische Gefühl ausschlaggebend ist. Wenn die politische Stimmung eine Partei favorisiert, die sich weniger stark für einen gleichberechtigten Anteil von Frauen und Männern einsetzt, kann es zu Rückschlägen bei der Gleichstellung von Frauen und Männern kommen.

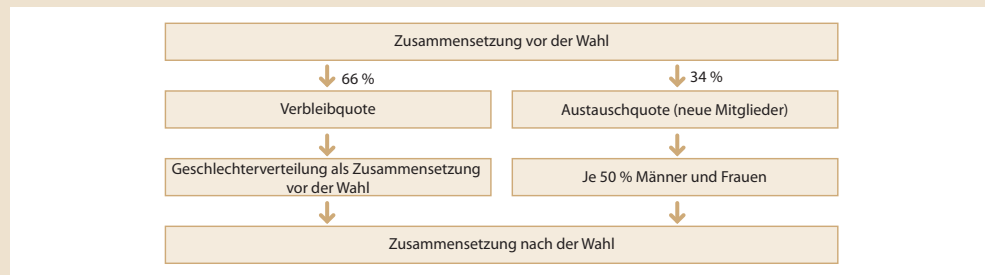
Eine Lösung für das Problem der Verbleibquote von Mandatsträgern bei selten durchgeführten Wahlen könnte darin bestehen, die Wahlperioden zu befristen, sodass gewählte Mitglieder nur für eine bestimmte Anzahl von Perioden wiedergewählt werden können, um so einen stärkeren Wechsel der gewählten Mitglieder zu unterstützen, oder gar die unmittelbare Wiederwahl zu verbieten, wodurch sofort eine Wiederwahlquote von 0% und einen Wechsel von 100% erzielt würde. Diese Art von Ansatz kann jedoch auch die Effektivität der Legislative herabsetzen, indem erfahrene politische Entscheidungsträger ausgeschlossen werden. Dieser Ansatz hat auch kaum Chancen, von den aktuellen Mandatsträgern beschlossen zu werden. Dennoch scheint klar, dass die Geschwindigkeit, mit der Frauen in politische Entscheidungspositionen integriert werden können, gering bleiben wird, wenn das Mandatsträgerproblem nicht gelöst wird. Sobald eine gute Gleichstellung von Frauen und Männern in einer gewählten Versammlung erreicht ist, kann die Beibehaltung von Mandatsträgern natürlich auch dazu beitragen, dieses Gleichgewicht zu erhalten, aber diese Situation ist in vielen Versammlungen noch nicht erreicht.

### Wiederwahl von Mandatsträgern: Modellierung des Problems

Politik ist häufig eine Karriereentscheidung, sodass sich bei jeder Wahl wahrscheinlich viele Mitglieder der bestehenden Versammlung erneut zur Wahl stellen. Da sie erfolgreiche Kandidaten waren und den Wählern bekannt sind, werden die Mandatsträger in der Regel auch von der Parteimaschinerie bevorzugt, wenn Wahlen bevorstehen. Eine Analyse der Wahlergebnisse vom Ende der 1970er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre hat ergeben, dass bei Wahlen des Europäischen Parlaments durchschnittlich 66% der Mandatsträger wiedergewählt wurden. Hohe Verbleibquoten von Mandatsträgern bedeuten eine geringere Austauschquote: Wenn zwei Drittel der Mitglieder wiedergewählt werden, bleibt nur noch Raum für ein Drittel neuer Gesichter. Da Wahlen selten stattfinden, ist die Quote stark eingeschränkt, mit der die Zusammensetzung der Versammlung verändert werden kann, insbesondere dann, wenn die Ausgangslage durch ein Ungleichgewicht gekennzeichnet ist.

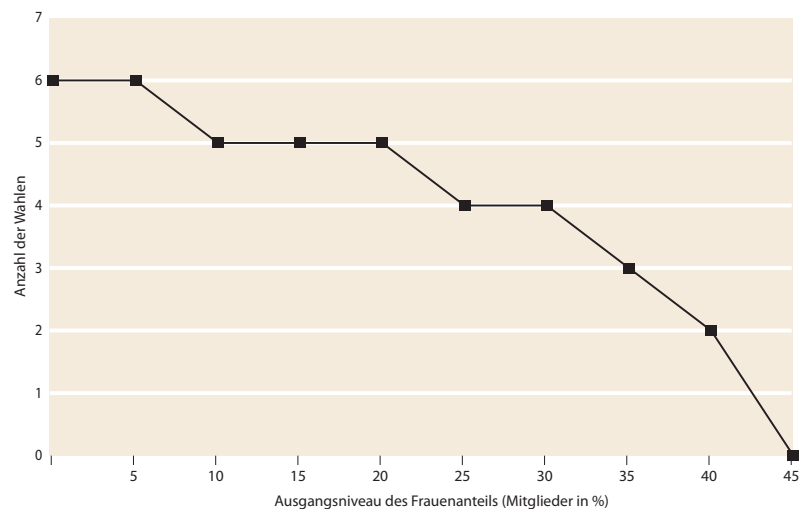
Auch im Bestfall-Szenario, wenn Kandidatinnen 50% aller verfügbaren Sitze gewinnen (d. h. ein Drittel, das nicht von Mandatsträgern eingenommen wird), bedeutet dieser begrenzte Austausch, dass es mehrere Wahlen – und somit viele Jahre – dauern kann, bis eine echte Veränderung erreicht wird. Gemäß diesem Modell (siehe Abbildung) würde es fünf Wahlen dauern (in der Regel 20 oder 25 Jahre), bis bei einer Versammlung mit 20% weiblichen Mitgliedern eine nahezu gleichgestellte Verteilung mit einem Frauenanteil von 45% erreicht wäre. Diese Entwicklung entspricht dem besten Fall – wenn das Geschlechtergleichgewicht zwischen den neuen Mitgliedern zugunsten der Männer bestehen bleibt, steigt die Anzahl der Wahlen, die nötig sind, um eine in der Nähe einer Gleichstellung liegende Vertretung zu erreichen, enorm an. Angesichts der Tatsache, dass bei den jüngsten nationalen Wahlen in 28 europäischen Ländern durchschnittlich nur rund 30% Kandidatinnen antraten, wird die Bedeutung dieses Problems noch offensichtlicher.





**Das Mandatsträgerproblem: Anzahl der benötigten Wahlen, um einen Frauenanteil von 45 % im Parlament zu erreichen**

(Annahme: 66%ige Verbleibquote von Mandatsträgern; 50 % Frauen unter den neuen Mitgliedern)

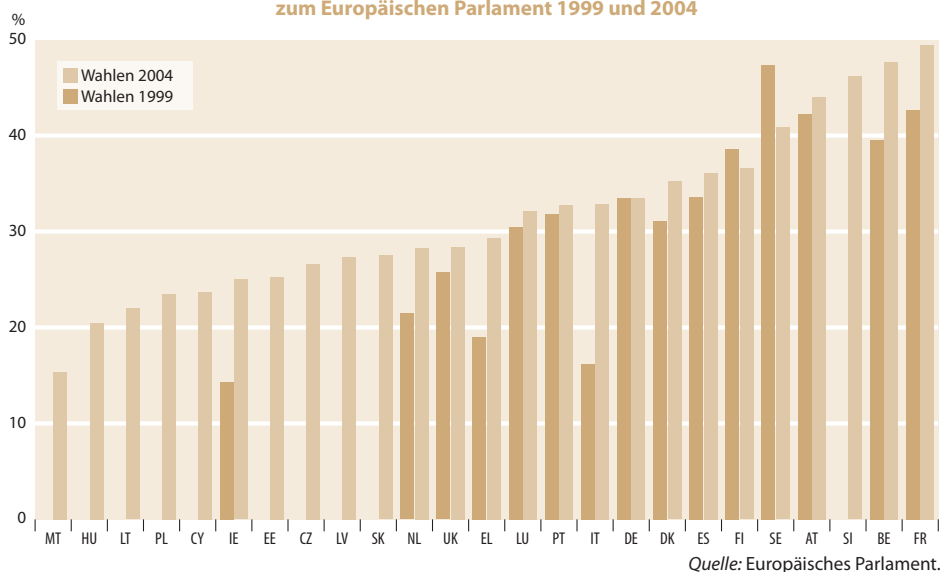


**3.5 Kandidaten für das Europäische Parlament: mehr Frauen erforderlich**

Bei den Europawahlen 2004 standen insgesamt fast 10 000 Kandidaten in den zu diesem Zeitpunkt 25 EU-Mitgliedstaaten zur Wahl. 66% dieser Kandidaten waren Männer, 34% Frauen – eine bessere Gleichstellung von Frauen und Männern als bei den vorausgehenden Wahlen 1999, als 71% Männer und 29% Frauen aus den zu diesem Zeitpunkt 15 Mitgliedstaaten kandidierten (Abb. 11 und Tabelle A.4 im Anhang). 2004 hatten fünf Länder mehr als 40% Kandidatinnen, aber gleichzeitig waren in fünf Ländern immer noch mehr als drei Viertel der Plätze auf den Kandidatenlisten Männer. Trotz der hohen Zahl an Kandidatinnen 2004 wies die Zusammensetzung des gewählten Parlaments nach der Wahl kaum Veränderungen auf, mit 70% Kandidaten und 30% Kandidatinnen. Es ist klar, dass mehr Frauen bei der Wahl 2009 kandidieren müssen, um eine Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Europäischen Parlament zu erreichen.



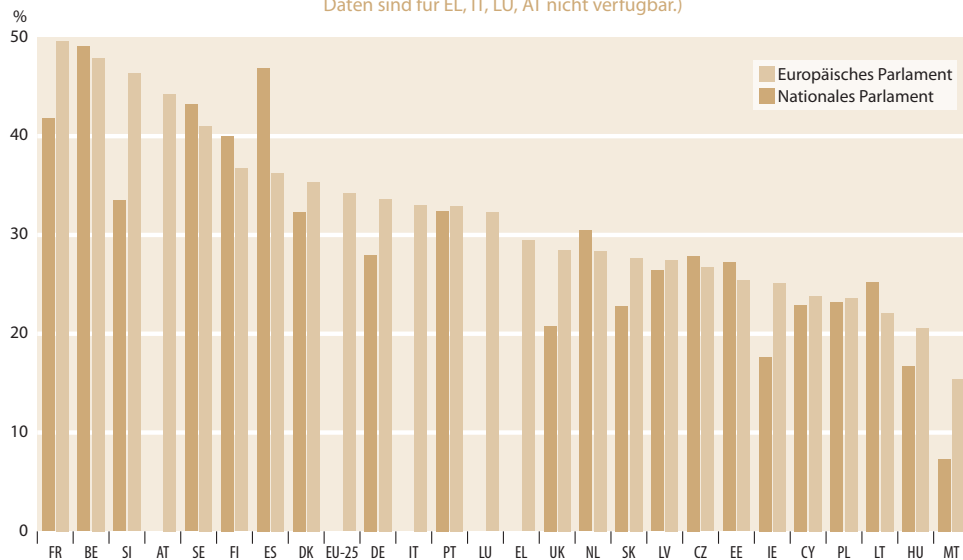
Abbildung 11: Frauenanteil an den Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament 1999 und 2004



Die aktuelle Gleichstellung von Frauen und Männern ist wie oben dargestellt (Abb. 2) bei den gewählten Vertretern im Europäischen Parlament (31 % Frauen und 69 % Männer) im Allgemeinen besser als in den einzigen Kammern/Unterhäusern der nationalen Parlamente (24 % Frauen und 76 % Männer in den 27 EU-Mitgliedstaaten insgesamt). Dieser Unterschied kommt jedoch kaum zum Tragen, wenn man die bei nationalen und europäischen Wahlen aufgestellten Kandidaten betrachtet. Werden nur die Länder berücksichtigt, für die sowohl nationale als auch europäische Daten vorliegen, gab es durchschnittlich 34 % Kandidatinnen bei den Europawahlen 2004 und 33 % bei den letzten nationalen Wahlen. Es gibt jedoch einige deutliche Unterschiede innerhalb einzelner Länder (Abb. 12), die die unterschiedlichen Methoden der Kandidatenauswahl und die unterschiedlichen Wahlsysteme für nationale und europäische Wahlen widerspiegeln können.

**Abbildung 12: Kandidatinnen bei der Europawahl 2004 und bei den letzten nationalen Wahlen**

(Für nationale Parlamente beziehen sich die Daten auf Kandidaten bei den letzten Wahlen zum Unterhaus/der einzigen Kammer des Parlaments in jedem Land, von Juni 2004 bis September 2008. Daten sind für EL, IT, LU, AT nicht verfügbar.)



Quellen: Europäisches Parlament, IPU und verschiedene nationale Websites.

### Fortschritte durch positive Maßnahmen: eine notwendige, aber nicht ausreichende Bedingung?

#### Betrachtung der jüngsten Erfahrungen im Vereinigten Königreich

Es ist erst etwas über zehn Jahre her, dass positive Maßnahmen einen großen Durchbruch bei der politischen Vertretung von Frauen im Vereinigten Königreich sicherzustellen schienen. Der Frauenanteil hatte sich bei den Wahlen zum nationalen Parlament 1997 mit 18% aller Parlamentsmitglieder (doppelt so hoch wie 1992) nicht nur deutlich erhöht, sondern 1999 wurde bei den ersten Wahlen zu den im Zuge der Devolution neu eingesetzten Versammlungen in Wales und Schottland ein beispielloser Frauenanteil von etwa 40% in jedem Organ erzielt. Für das Vereinigte Königreich, das daran gewöhnt war, ganz unten in den internationalen Ranglisten beim Frauenanteil aufgelistet zu werden, schien dieser deutliche Sprung den Durchbruch zu signalisieren, der für einen nachhaltigen und wirkungsvollen Wandel notwendig war.

Heute, 2008, sieht die Lage ganz anders aus. Es gab einige beachtenswerte weitere Fortschritte, insbesondere in Wales, wo Frauen kurzzeitig eine Mehrheit in der Versammlung und unter den Abgeordneten der Labour Party 2005 hatten, aber 2007 fiel der Frauenanteil bei den Wahlen zu den Regionalversammlungen, insbesondere im schottischen Parlament. Die Aufmerksamkeit gilt nun den nächsten allgemeinen Wahlen, für die die Prognosen einen deutlichen Rückgang des Frauenanteils, sogar in Bezug auf den derzeit niedrigen Stand, vorsehen.

Es ist in der Tat kein großes Geheimnis, wie diese deutlichen Veränderungen beim Frauenanteil zustande kamen. Die Erklärung liegt in einer Kombination von zwei Faktoren begründet: der Übernahme positiver Maßnahmen sowie ein positiver Trend des politischen Zyklus hin zu Parteien, die positive Maßnahmen übernehmen. (*Positive Maßnahmen* sind Maßnahmen, die eine positive Unterscheidung zugunsten der Frauen bewirken – nicht nur rein rhetorische Äußerungen für Kandidatinnen –, oder andere Maßnahmen zur Gleichstellung wie Auswahlkriterien, die weder Frauen noch Männer bevorzugen oder benachteiligen, oder

auch Auswahllisten mit gleicher Geschlechterverteilung.) Die positiven Maßnahmen, die zur Unterstützung der Auswahl oder Listenplatzierung der Kandidatinnen im Vereinigten Königreich eingeführt wurden, wurden nur von einigen der antretenden Parteien verwendet. Darüber hinaus entschied jede Partei selbst, wie Kandidatinnen für die unterschiedlichen Wahlen unterstützt werden sollten. Diese Maßnahmen konnten auch zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Wahlen unterschiedlich sein.

In der Praxis wurden drei Haupttypen positiver Maßnahmen für die Auswahl oder Listenplatzierung von Kandidatinnen übernommen: reine Frauenlisten, ein Verfahren, bei dem Parteimitglieder ihren (einzigen) Kandidaten aus einer **reinen Frauenliste** möglicher Kandidaten auswählen, **Twinning**, ein Verfahren, bei dem für jeden Wahlkreis, der einen Mann auswählt, in einem anderen Wahlkreis eine Frau ausgewählt wird, und das **Zippering**, ein Verfahren, bei dem Frauen und Männer abwechselnd auf einer regionalen Kandidatenliste aufgeführt werden.

Die Labour Party verwendete reine Frauenlisten für die Auswahl der Wahlkreiskandidaten für die allgemeinen Wahlen 1997. In der Folge verdoppelte sich der Frauenanteil bei den Parlamentsmitgliedern nahezu (Tabelle A), und 35 der 65 zusätzlichen neuen weiblichen Labour-Abgeordneten wurden aus reinen Frauenlisten ausgewählt<sup>(22)</sup>. 2001, als keine reinen Frauenlisten verwendet wurden, nachdem erfolgreich geltend gemacht wurde, dass diese gegen das Antidiskriminierungsgesetz verstießen, sank der Anteil weiblicher Labour-Abgeordneter geringfügig. Nachdem das Antidiskriminierungsgesetz (Wahlkandidaten) 2002 verabschiedet worden war, wurde die Politik der reinen Frauenlisten für die Wahl 2005 erneut übernommen und führte zu einer weiteren leichten Zunahme des Frauenanteils bei den Parlamentsmitgliedern.

**Tabelle A: Frauenanteil bei den Parlamentsmitgliedern im House of Commons nach Partei, 1983-2005**

%	1983	1987	1992	1997	2001	2005
Labour	4,8	9,2	13,7	24,2	23,1	27,5
Conservatives	3,3	4,5	6,0	7,8	8,4	8,6
Liberal Democrats	–	4,5	10,0	6,5	9,6	16,1
Sonstige	–	8,7	12,5	10,0	13,8	10,0
Insgesamt	3,5	6,3	9,2	18,2	17,9	19,8

Quelle: Fawcett Society (2006), die die Website [www.parliament.uk](http://www.parliament.uk) zitiert.

Die Twinning-Strategie, die zur Auswahl von Wahlkreiskandidaten für die Labour Party für die ersten Wahlen zum schottischen Parlament und der walisischen Nationalversammlung 1999 verwendet wurde, war besonders wirkungsvoll (Tabelle B). Der beträchtliche Erfolg ist auf das Fehlen von Mandatsträgern zurückzuführen, die eine Wiederwahl anstrebten.

Das Zippering-Verfahren hatte größere Auswirkungen auf die Wahlen zum Europäischen Parlament und führte dazu, dass die Liberal Democrats 1999 ihren Frauenanteil auf 50% erhöhten. Diese Politik wurde aufgrund des Widerstands innerhalb der Partei aufgegeben.

<sup>(22)</sup> Choose a winner: Selecting political candidates, Equal Opportunities Commission, Juni 2003.

**Tabelle B: Frauenanteil unter den gewählten Mitgliedern der Regionalparlamente des Vereinigten Königreichs**

%	1998	1999	2003	2007
Schottisches Parlament	–	37,2	39,5	34,1
Walisische Nationalversammlung	–	38,3	50,0	46,7
Nordirische Nationalversammlung	13,0	–	16,7	16,7

Quellen: ECHR 2008, Squires 2003, <http://www.ark.ac.uk/elections/>.

### *Warum bildete dieser Durchbruch keine Grundlage für weitere Verbesserungen?*

Es lassen sich vier Faktoren identifizieren, die weitere Fortschritte möglicherweise gebremst haben:

- Erstens nutzten die meisten politischen Parteien die positiven Maßnahmen nicht, die 2002 von der Gesetzgebung vorübergehend zugelassen wurden.
- Zweitens, Frauen als Kandidatinnen aufzustellen oder auf vorderen Plätzen der regionalen Listen zu positionieren ist nur ein Teil des Problems. Wenn Frauen unter den Kandidaten ungleich vertreten sind, ist es wichtig, dass sie sich in den richtigen Parteien und in den richtigen Wahlkreisen oder Regionen befinden, damit sie gewählt werden. Die Erhöhung des Frauenanteils bei den Wahlen 1997 kam teilweise dadurch zustande, dass Labour zum einen reine Frauenlisten hatte, und zum anderen aufgrund einer starken Wählerbewegung hin zur Labour Party.
- Das dritte Problem ist, dass Frauen bei der Vertretung auf kommunaler Ebene nicht sehr weit vorangekommen sind: Hier stagnierte der Frauenanteil bei 25% bis 30% aller Gemeinderäte. Erfahrungen in der Kommunalpolitik sind jedoch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Karriere auf regionaler oder nationaler Ebene, und in der Tat haben mehr Kandidatinnen Erfahrungen in der Kommunalpolitik als Männer (60% im Vergleich zu 54%)<sup>(23)</sup>. Die Labour Party verfolgt zwar eine Politik, die sicherstellt, dass Frauen für mindestens 50% aller frei werdenden Sitze kandidieren, aber Männer sind immer noch in der Überzahl. Ein weiterer wichtiger Punkt: die Anzahl frei werdender Sitze ist sehr gering. Das Centre for Women and Democracy hat unter Zugrundelegung des derzeitigen schnellen Fortschritts berechnet, dass eine zahlenmäßig gleiche Vertretung auf kommunaler Ebene bis 2026 erreicht wird<sup>(24)</sup>. Noch enttäuschender ist der geringe Frauenanteil an der Spitze von Gemeinderäten, 14% im Jahr 2007/2008, ein Rückgang im Vergleich zu 17% im Jahr 2004<sup>(25)</sup>.
- Viertens kann von einem langsamen Fortschritt ausgegangen werden, je länger es dauert, Arbeitsweisen zu reformieren, die Barrieren für Frauen schaffen oder in ihrem Berufs- und Familienleben Spannungen verursachen. Hinsichtlich des Frauenanteils in Kabinettspositionen wurden Fortschritte erzielt, aber nur wenige Frauen haben langfristig hohe Positionen inne. Die Bereitschaft oder Begeisterung von Frauen, eine Karriere in der Politik zu verfolgen, hängt teilweise davon ab, ob sie die Arbeitsbedingungen und Chancen als angemessen empfinden, sobald sie gewählt sind.

<sup>(23)</sup> Linsley et al. 2006, *Women in the Chamber; Barriers to female representation in local politics*. The New Politics Network.

<sup>(24)</sup> *Women in the 2007 Local Elections in the English Metropolitan Authorities*, Centre for Women & Democracy, November 2007.

<sup>(25)</sup> *Sex and Power 2008*. Equality and Human Rights Commission, 2008, [www.equalityhumanrights.com](http://www.equalityhumanrights.com).

### *Wachsendes Bewusstsein, dass Handlungsbedarf besteht*

Die verschiedenen Ansätze der Parteien spielen im Vereinigten Königreich eine wichtige Rolle bei der Integration von Frauen in die Politik. Der vielleicht positivste Punkt in der aktuellen politischen Landschaft: Die Conservative Party (derzeit die zweitgrößte Partei) hat nicht nur ihre Bemühungen verstärkt, Kandidatinnen auszuwählen, sondern diese auch auf Sitze mit Siegchancen gesetzt. Für die Europawahlen 2009 verwenden sowohl die Conservative Party als auch die Labour Party bestimmte Formen des „Reißverschluss“-Verfahrens (Zipping), insbesondere für Kandidaten, die keine Mandatsträger im bisherigen Europaparlament sind.

## **4 Wähler: die Öffentlichkeit entscheidet ... wenn sie es will**

### *4.1 Erhebliche Anstrengungen sind erforderlich, um das Interesse der Wähler an den Europawahlen zu erhöhen*

Es ist nicht immer einfach, Bürger zur Ausübung ihrer demokratischen Rechte und zur Beteiligung an Wahlen zu bewegen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament stellen eine einzigartige Chance für die Bürger Europas dar, die Richtung der Politik auf supranationaler Ebene zu beeinflussen, und trotzdem nehmen viele diese Chance nicht wahr. Bei den ersten Europawahlen 1979 lag die Wahlbeteiligung bei rund 63%, aber sie sank bei jeder nachfolgenden Wahl und erreichte bei den letzten Wahlen 2004 ihren Tiefstand von 45%. In den neuen Mitgliedstaaten lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung 2004 bei nur 26%, im Vergleich zu 49% in den alten 15 EU-Mitgliedstaaten. Dieses Muster setzte sich 2007 fort, als in Bulgarien und Rumänien die ersten Europawahlen nach dem Beitritt zur EU am 1. Januar 2007 abgehalten wurden.

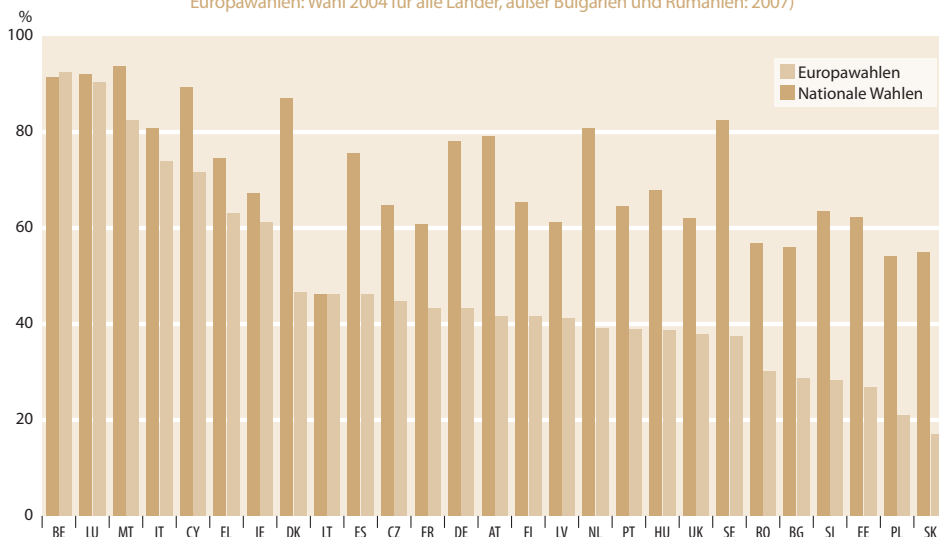
Die Wahlbeteiligung ist bei Europawahlen durchgehend niedriger als bei nationalen Wahlen und liegt durchschnittlich bei knapp über 47%, im Vergleich zu 70% bei den letzten nationalen Wahlen in den EU-Ländern (Stand September 2008) (Abb. 13). Auch wenn Umfragen im Vorfeld nicht immer ein verlässlicher Indikator für das Wählerverhalten am Wahltag sind, wurde bei einer im Frühjahr 2008 in allen EU-Ländern durchgeführten Eurobarometer-Umfrage ermittelt, dass nur 30% der Befragten definitiv bei den Wahlen 2009 zur Wahl gehen würden<sup>(26)</sup>. Weniger als die Hälfte der Befragten (46%) gab an, an den Wahlen „interessiert“ zu sein, während eine knappe Mehrheit (51%) sagte, dass sie „nicht interessiert“ sei. Interessanterweise wurde bei der Umfrage festgestellt, dass mehr Frauen (53%) als Männer (47%) kein Interesse an den Wahlen haben, und dieser Trend setzte sich bei der Frage nach der Wahrscheinlichkeit der tatsächlichen Beteiligung an der Wahl fort, auch wenn die Unterschiede gering sind und sich am Wahltag möglicherweise nicht bemerkbar machen. Auf die Frage, auf einer Skala von 1 bis 10 die Wahrscheinlichkeit anzugeben, mit der sie im Juni 2009 zur Urne gehen würden, war bei den äußersten Bewertungen eine leicht höhere Anzahl von Frauen vertreten, die antworteten, dass sie auf keinen Fall zur Wahl gehen würden (15% Frauen, 13% Männer), und geringfügig mehr Männer als Frauen sagten, dass sie auf jeden Fall zur Wahl gehen würden (31% Männer, 29% Frauen).

Die Eurobarometer-Umfrage stellt zusammenfassend fest, dass die Wahrnehmung des Europäischen Parlaments in der Öffentlichkeit durch eine verstärkte Kommunikation verbessert werden müsse, um mehr Bürger zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen und ein repräsentatives Parlament sicherzustellen.

<sup>(26)</sup> Spezial-Eurobarometer 299. *Die Europawahlen 2009*, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_299\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_299_de.pdf).

**Abbildung 13: Wahlbeteiligung bei den letzten nationalen und Europawahlen**

(Nationale Wahlen: letzte Wahl zur einzigen Kammer/zum Unterhaus in jedem Land, von Juni 2004 bis September 2008; Europawahlen: Wahl 2004 für alle Länder, außer Bulgarien und Rumänien: 2007)



Quellen: Daten für Europa: <http://www.euractiv.com>; nationale Wahlen: IPU Parline-Datenbank: <http://www.ipu.org/parline-e/parlinesearch.asp>.

#### 4.2 Geschlechtsspezifische Wahlentscheidungen? Wahrscheinlich nicht

Es gibt keine eindeutigen Beweise für die Vermutung, dass Wähler ihre Wahlentscheidung auf der Basis des Geschlechts treffen. Einige Anzeichen sprechen dafür, dass Frauen mit höherer Bildung sich eher dafür stark machen, mehr Frauen in Entscheidungspositionen zu bringen. Aber Faktoren zum Zeitpunkt der Wahl, wie die Treue zu einer Partei, ob der Kandidat dem Wähler bereits bekannt ist und die wahrgenommene Kompetenz des Kandidaten, sind letztlich doch wichtiger. Auch wenn viele nationale und paneuropäische Umfragen eine starke Unterstützung einer besseren Gleichstellung von Frauen und Männern in gewählten Versammlungen gezeigt haben, gibt es keinen Nachweis dafür, dass Wähler aktiv versuchen, diesen Wunsch zu unterstützen, indem sie eine geschlechtsspezifische Kandidatenwahl treffen.

2007 hatte Frankreich die Chance, zum ersten Mal eine Frau zur Präsidentin zu wählen. Die Chance, eine Frau in eine solche Machtposition zu bringen, hätte ein großer Anreiz für Wähler ohne starre politische Ansichten sein können, geschlechtsspezifisch zu wählen. Die Meinungsumfragen während der Kampagne zeigten jedoch, dass die üblichen politischen Themen und die Kompetenz in öffentlichen Angelegenheiten für die meisten Wähler das primäre Anliegen waren. Es gab keinen Nachweis dafür, dass Wählerinnen die Präsidentschaftskandidaten besonders stark unterstützten<sup>(27)</sup>.

Daten zur Wahlbeteiligung nach Geschlecht sind nur begrenzt verfügbar, aber IDEA International ist es gelungen, Daten für zwölf Länder weltweit zusammenzustellen<sup>(28)</sup>, zu denen Finnland, Island, Malta, Schweden und das Vereinigte Königreich gehören. Aus diesen Daten lässt sich ableiten, dass es in diesen europäischen Ländern sehr geringe Unterschiede (1 bis 2 Prozentpunkte) bei der Wahlbeteiligung nach Geschlecht gibt, auch wenn es bei den Parlamentswahlen in Finnland 2003 einen etwas größeren Abstand gab: Hier lag die Wahlbeteiligung bei den Frauen um 4 Prozentpunkte höher als bei den Männern.

<sup>(27)</sup> Cevipof, *Le baromètre politique français*, „Les femmes et l'élection présidentielle“, Hiver 2006. IFOP, *Les français et le second tour de l'élection présidentielle*, 28. April 2007.

<sup>(28)</sup> <http://www.idea.int/gender/vt.cfm>.

Das Problem der Mobilisierung von Wählern scheint also nicht mit dem Geschlecht verknüpft zu sein. Um die Gleichstellung von Frauen und Männern in gewählten Versammlungen zu verbessern, müssen nicht mehr Frauen zur Stimmabgabe gebracht werden, sondern es müssen mehr Kandidatinnen zur Wahl stehen, und es muss sichergestellt werden, dass die politischen Parteien ihnen eine bessere Chance geben, gewählt zu werden. Wenn sich die politischen Parteien für eine ausgewogene Vertretung engagieren und gleichzeitig konzertierte nationale und europäische Maßnahmen zur Unterstützung eines rascheren Abbaus von Geschlechterstereotypen ergriffen werden, besteht eine echte Chance für Veränderungen.

## 5 Nominierungspositionen: eine Chance, das Profil von Frauen in der Politik zu stärken

Die Betrauung von Frauen mit Regierungsämtern und anderen politischen Führungspositionen bietet die Chance, das in vielen gewählten Versammlungen immer noch bestehende Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern zu überwinden. Die Präsenz von Frauen in hochrangigen Positionen kann in der Öffentlichkeit als Katalysator wirken, der mehr Frauen zu einer Beteiligung an der Politik ermutigt. Derartige Besetzungen werden von der Öffentlichkeit und den Medien manchmal als symbolisch betrachtet. Wenn politische Führungskräfte jedoch zeigen möchten, dass Frauen in die Regierung gehören, müssen sie eine derartige Kritik ignorieren und positive Maßnahmen ergreifen, um mehr Frauen in Schlüsselpositionen zu bringen. In ganz Europa sind bei Positionsbesetzungen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene bis heute unterschiedliche Bemühungen zu erkennen.

### 5.1 Auf europäischer Ebene: einige Fortschritte in der Europäischen Kommission

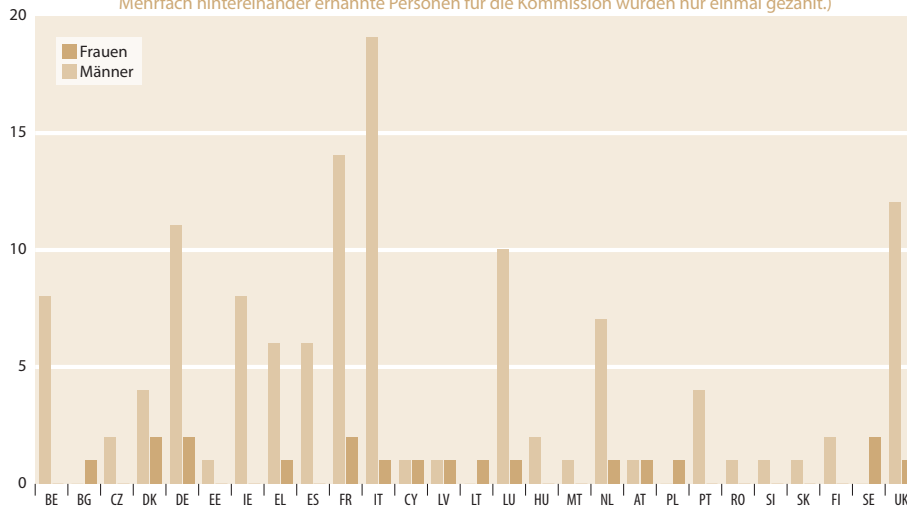
Die Exekutivmacht liegt bei der Europäischen Kommission, die eine Art Kabinettsregierung mit je einem Mitglied (Kommissar) aus jedem EU-Mitgliedstaat darstellt. In der Anfangszeit stellten die größeren Länder noch zwei Mitglieder. Seit der ersten Hallstein-Kommission im Jahr 1958 haben insgesamt 142 Personen eine Position als Mitglied der Europäischen Kommission bekleidet, nachdem sie von ihrer jeweiligen nationalen Regierung nominiert worden waren. Darunter waren lediglich 19 Frauen (13 %).

Das erste weibliche Kommissionsmitglied wurde unter der zweiten Delors-Kommission im Jahr 1998 ernannt, 30 Jahre nachdem die Kommission ihre aktuelle Form angenommen hatte. Die Santer-Kommission im Jahr 1995 war die erste, in der es eine signifikante Zahl von Kommissarinnen gab (fünf von 20 Mitgliedern). Aktuell besteht die Kommission – nach zwei Änderungen während der Legislaturperiode im Jahr 2008 – aus zehn Frauen (37 %) und 17 Männern (63 %). Dies ist das bislang ausgewogenste Geschlechterverhältnis in der Kommission.

Die nachstehende Abbildung 14 zeigt die Anzahl der Mitglieder der Europäischen Kommission aus den einzelnen Ländern. Dabei fällt auf, dass in manchen Mitgliedstaaten noch keine Gleichstellung von Frauen und Männern bei den Nominierungen erfolgt ist.

**Abbildung 14: Anzahl der Personen, die als Mitglied der Europäischen Kommission ernannt wurden (nach Land)**

(Zahlen beziehen sich auf die Anzahl der Personen, die als Mitglied der Europäischen Kommission seit der ersten Hallstein-Kommission 1958 ernannt wurden, einschließlich Wechsel während der Amtsperiode. Mehrfach hintereinander ernannte Personen für die Kommission wurden nur einmal gezählt.)



Quelle: [http://en.wikipedia.org/wiki/List\\_of\\_European\\_Commissioners\\_by\\_nationality](http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_European_Commissioners_by_nationality)

Auf allerhöchster Ebene gab es zwölf Männer als Präsidenten in der Europäischen Kommission, aber nicht eine einzige Frau. Unter den immerhin 36 verschiedenen Vizepräsidenten war bis zur Berufung der aktuellen ersten Vizepräsidentin Margot Wallström aus Schweden im Jahr 2004 nicht eine einzige Frau<sup>(29)</sup>. Im Jahr 2009 werden die Positionen der Kommissare und des Präsidenten neu besetzt. Besonders für Länder, die sich vorher anders verhalten haben, bietet sich hier eine neue Chance, Frauen für die Kommission zu nominieren. Wenn der Lissabon-Vertrag ratifiziert wird, müssen zudem zwei neue hochrangige Positionen besetzt werden: die des EU-Außenministers und die des ständigen Präsidenten des Europäischen Rates.

Der Präsident (oder Sprecher) des Europäischen Parlaments leitet eines der mächtigsten Parlamente der Welt, sodass er ein äußerst hochrangiges politisches Amt bekleidet. Die Form des Parlaments und seine Befugnisse haben sich mit der Zeit verändert, jedoch gab es seit der ersten Sitzung im Jahr 1958 insgesamt 26 verschiedene Präsidenten, darunter nur zwei Frauen. Die erste Frau im Präsidentenamt war Simone Veil, die dem ersten vollständig gewählten Parlament von 1979 bis 1982 vorsah. Zwanzig Jahre später wurde Nicole Fontaine (1999 bis 2002) als zweite Frau von ihren Kollegen zur Präsidentin gewählt<sup>(30)</sup>.

**Indikatoren der Folgekonferenz Peking**

Der Frauenanteil bei den Mitgliedern in den nationalen Regierungen und der Frauenanteil bei den Mitgliedern in der Europäischen Kommission [Zu den Mitgliedern der nationalen Regierungen zählen auch Minister unterhalb der Kabinettsebene (Junior-Minister)]

	1994/1995	1999	2004	2007	2008
Nationale Regierungen (EU-15, Durchschnitt)	16,2%	24,2%	23,1%	27,2%	28,8%
Nationale Regierungen (EU-27, Durchschnitt)	:	:	20,4%	24,1%	24,8%
Europäische Kommission	5,6%	25,0%	28,0%	29,6%	37,0%

<sup>(29)</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Vice\\_President\\_of\\_the\\_European\\_Commission](http://en.wikipedia.org/wiki/Vice_President_of_the_European_Commission).

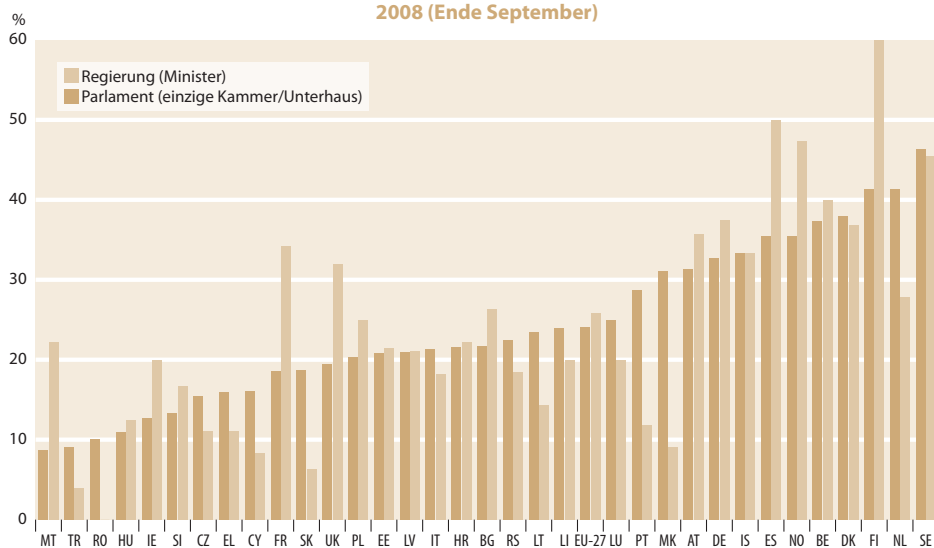
<sup>(30)</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/President\\_of\\_the\\_European\\_Parliament](http://en.wikipedia.org/wiki/President_of_the_European_Parliament).



## 5.2 Auf nationaler Ebene: einige Frauen in bedeutenden Positionen

In Europa ist die Gleichstellung von Frauen und Männern unter allen ernannten Mitgliedern der nationalen Regierungen (75 % Männer, 25 % Frauen) der Gleichstellung in den gewählten Parlamenten, die sie vertreten, sehr ähnlich (76 % Männer, 24 % Frauen). Im Allgemeinen weisen Länder mit der besten Gleichstellungsquote von Frauen und Männern im Parlament auch im Kabinett eine gute Gleichstellungsquote von Frauen und Männern auf. Von den elf europäischen Ländern mit einem Frauenanteil von mindestens 30 % im Parlament verfügen neun auch bei den Kabinettsmitgliedern über einen Frauenanteil von mindestens 30 %. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Niederlande bilden dabei die einzigen Ausnahmen (Abb. 15). In Finnland gibt es momentan eine weibliche Mehrheit (60 %) in der Regierung, in Spanien und Norwegen ist das Verhältnis (nahezu) ausgewogen. In den Regierungen (Kabinettsminister) des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und Maltas gibt es ebenfalls einen deutlich höheren Frauenanteil als im Parlament. Im Gegensatz dazu setzt sich das rumänische Kabinett ausschließlich aus Männern zusammen. In den Ländern Türkei, Zypern, Slowakei, Litauen, Portugal und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sind Frauen unterrepräsentiert.

Abbildung 15: Frauenanteil in nationalen Regierungen und Parlamenten, 2008 (Ende September)



Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Datenbank „Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen“.

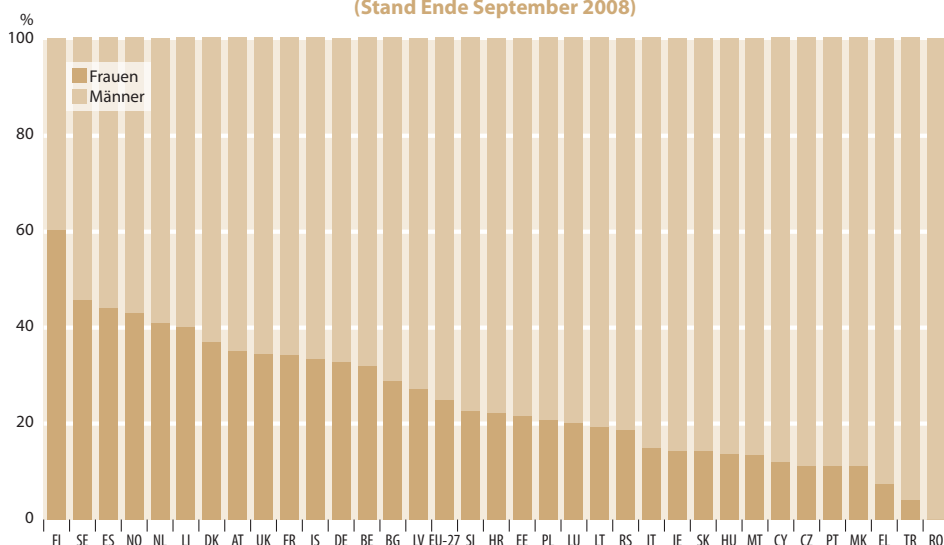
Im Jahr 2008 gab es eine Reihe von Regierungsumbildungen, die zu einer leichten Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern aller EU-Regierungen im Vergleich zu 2007 beitrugen. Der Frauenanteil der Kabinettsmitglieder an der im März ernannten neuen belgischen Regierung erhöhte sich auf 40 %. Das ist nahezu doppelt so hoch wie zuvor (21 %). Das im April ernannte spanische Kabinett erreichte sogar zum ersten Mal ein ausgeglichenes Verhältnis an männlichen und weiblichen Regierungsmitgliedern. Nach diesen Veränderungen gehören Belgien und Spanien zusammen mit Finnland (60 %), Norwegen (47 %) und Schweden (45 %) einer kleinen Gruppe von Ländern an, in denen der Anteil von Kabinettsministerinnen mindestens 40 % beträgt. Wenn man jedoch auch Minister unterhalb der Kabinettssebene (Junior Ministers)<sup>(31)</sup> berücksichtigt (nicht in allen Ländern vorhanden), ergibt sich eine leichte Veränderung des Bilds (Abb. 16).

<sup>(31)</sup> Junior-Minister sind Regierungsmitglieder ohne Sitz im Kabinett.

Im Gegensatz zu diesen positiven Entwicklungen gab es im Jahr 2008 auch einige rückläufige Veränderungen, insbesondere in Italien, wo der neuen Regierung weniger Frauen (15%) angehören als zuvor (21%). Auf Malta wurde mit den März-Wahlen die Dominanz der Männer im Parlament (91% der Mitglieder) und unter den Ministern der Regierung (87%) fortgesetzt, auch wenn bei den nominierten Positionen im Kabinett mit zwei Ministerinnen von neun Ministern (22%) ein geringfügig besseres Verhältnis zu verzeichnen ist. Wahlen in Serbien sowie eine Regierungsumbildung in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien haben nur zu einer sehr geringen Veränderung des Geschlechterverhältnisses geführt.

In den 27 Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten gibt es 24 Männer als Präsidenten (89%) und nur drei (11%) Präsidentinnen (Estland, Ungarn und Österreich). Lediglich in zwei (15%) der 13 EU-Länder mit zwei Parlamentskammern fungiert eine Frau als Präsidentin/Sprecherin des Oberhauses: in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich. Außerhalb der EU-Grenzen wird das norwegische Odelsting (Unterhaus des Zweikammerparlaments „Storting“) von einer Frau geführt. Seit den Wahlen im Mai 2008 verfügt die serbische Nationalversammlung über einen großen Frauenanteil in Führungspositionen: Das Präsidentenamt und drei der sechs Vizepräsidentenämter werden von Frauen wahrgenommen.

**Abbildung 16: Geschlechterverteilung in nationalen Regierungen (Senior- und Junior-Minister) (Stand Ende September 2008)**

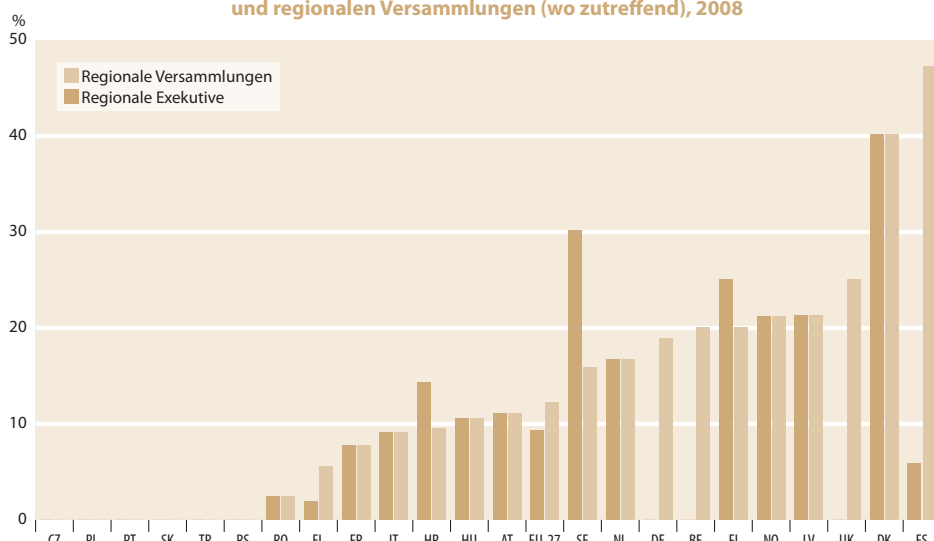


Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Datenbank „Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen“.

### 5.3 Auf regionaler und kommunaler Ebene: wenige Frauen mit Exekutivmacht

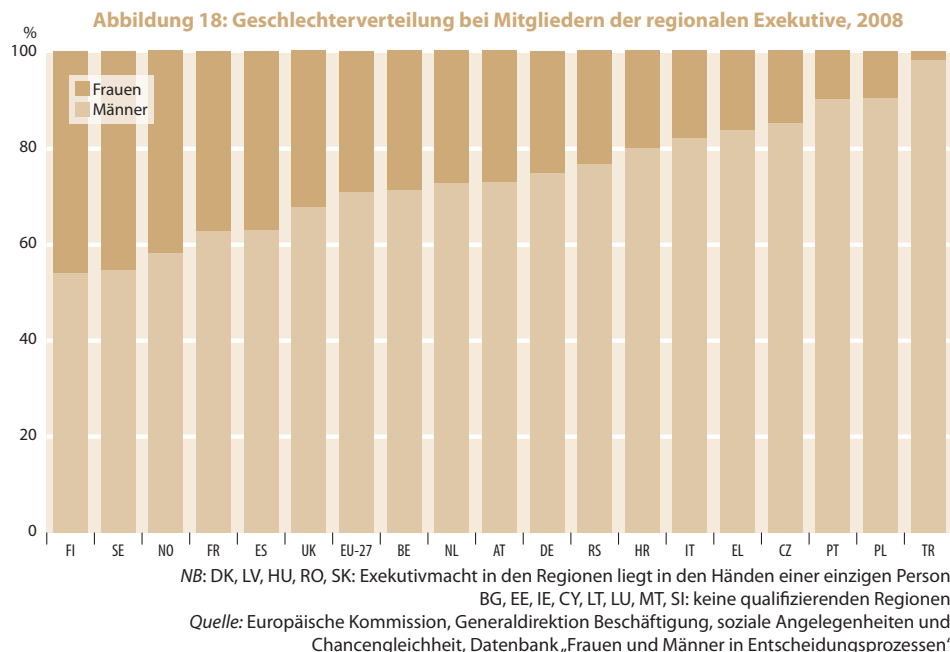
Auf regionaler Ebene der EU wird der Exekutivzweig der Regierung in weniger als einer von zehn Regionen (9%) von Frauen geführt. In sieben der 19 Mitgliedstaaten, die über Regionalbehörden mit Selbstverwaltung verfügen, werden alle regionalen Exekutivorgane von Männern geführt (Abb. 17). Männer haben auch in den meisten Regionalversammlungen der EU (88%) den Vorsitz inne, Frauen hingegen nur in 12% der Fälle. Spanien (47% – acht von 17 Regionalversammlungen mit einer Frau im Vorsitz) und Dänemark (40% – zwei von fünf Regionen) stellen beachtenswerte Ausnahmen dar.

**Abbildung 17: Frauen als Vorsitzende in der regionalen Exekutive und regionalen Versammlungen (wo zutreffend), 2008**



NB: Leerstellen sind echte Nullen: CZ, PL, PT, SK, TR, RS: keine Präsidentin für die Exekutive oder für Versammlungen; DE, BE, UK: keine Präsidentin von Versammlungen BG, EE, IE, CY, LT, LU, MT, SI: keine qualifizierenden Regionen.  
 Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Datenbank „Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen“.

Wenngleich das Geschlechterverhältnis bei regionalen Führungskräften schlecht ist, sieht die Lage geringfügig besser aus, wenn alle Mitglieder regionaler Exekutivorgane gezählt werden. Dann ergibt sich ein EU-weites Männer-Frauen-Verhältnis von 70:30 (Abb. 18). In Finnland, Schweden und Norwegen ist das Verhältnis mit 60:40 besser, in den regionalen Exekutivorganen von Polen und Portugal liegt das Verhältnis jedoch bei 90:10 zugunsten der Männer. In der Türkei befinden sich unter 891 Personen mit Exekutivmacht auf regionaler Ebene 18 Frauen (2%).



Die Informationen über die Verteilung der Exekutivmacht auf lokaler Ebene sind lückenhaft, aber auch die verfügbaren Zahlen geben nur ein ziemlich ungleichmäßiges Bild wieder. In der Slowakei und in Bulgarien sind mehr als 60 % der Mitglieder kommunaler Exekutivorgane Frauen, während diese Zahl in Italien, Luxemburg, Malta, den Niederlanden und Polen nur bei 12-18 % liegt und in Dänemark lediglich 4 % beträgt<sup>(32)</sup>. In Frankreich hat sich die Schockwelle der „Revolution der Gleichstellung“ auf bestimmte lokale Exekutivfunktionen ausgeweitet, namentlich auf stellvertretende Bürgermeister (2001 betrug der Frauenanteil 26,4 %) und stellvertretende Vorsitzende der Regionalräte (2004 betrug der Frauenanteil 34,6 %) <sup>(33)</sup>.

Insgesamt gesehen gibt es einige isolierte Fälle, bei denen Frauen in Positionen politischer Macht gut repräsentiert sind. Grundsätzlich jedoch dauert die Vorherrschaft der Männer an. Ein deutliches Geschlechterungleichgewicht ist in Regierungen auf allen Ebenen und am deutlichsten wahrnehmbar in Führungspositionen zu verzeichnen. Bis mehr Frauen für diese Schlüsselrollen nominiert werden, ist die Wahrscheinlichkeit begrenzt, dass sich Veränderungen nach unten durch das System fortsetzen und die Beteiligung von Frauen an der Politik zunimmt.

<sup>(32)</sup> Rat der Gemeinden und Regionen Europas, *Women in local politics in Europe – Figures from 34 European countries of CEMR's membership*, Februar 2008, [http://www.ccre.org/docs/pisa\\_women\\_in\\_local\\_politics\\_figures.pdf](http://www.ccre.org/docs/pisa_women_in_local_politics_figures.pdf).

<sup>(33)</sup> Mariette Sineau, „Frankreich: „Parité“ nach dem Gesetz“, in *Geschlechterquoten bei Wahlsystemen und ihre Umsetzung in Europa*, Europäisches Parlament, September 2008.

# Abschnitt II: Einflussnahme außerhalb der Politik

Der Hauptschwerpunkt dieses Berichts besteht darin, das Bewusstsein für das anhaltende Geschlechterungleichgewicht unter Politikern aller Ebenen und das Bedürfnis nach entsprechenden Maßnahmen zu erhöhen. Aber die Politik ist nur ein gesellschaftlicher Aspekt, bei dem Frauen in einflussreichen Positionen unterrepräsentiert bleiben. Aus diesem Grund wird in diesem Abschnitt ein kurzer Blick auf das Geschlechterungleichgewicht zwischen Entscheidungsträgern in einigen anderen Schlüsselbereichen geworfen, besonders im Geschäftsleben und in der öffentlichen Verwaltung. Informationen zur Situation in weiteren Bereichen sind auf der Website der Kommissionsdatenbank über Frauen und Männer in Entscheidungspositionen<sup>(34)</sup> und im Kommissionsbericht *Frauen und Männer in Entscheidungspositionen 2007 – Situations- und Trendanalyse*<sup>(35)</sup> zu finden.

## 1 Big Business – Frauen immer noch vom Zentrum der Macht ausgeschlossen

Große, an den Börsen in ganz Europa notierte Unternehmen spielen im internationalen Geschäftsleben und in den Volkswirtschaften der Länder, in denen sie registriert und tätig sind, eine wesentliche Rolle. Die Kontrolle dieser Unternehmen liegt in den Händen exklusiver Gruppen ausgewählter Einzelpersonen. In diesem Abschnitt wird untersucht, inwieweit es Frauen gelungen ist, in dieses traditionell von Männern dominierte Machtzentrum der Geschäftswelt vorzudringen.

### Indikatoren der Folgekonferenz Peking

Frauenanteil unter den Präsidenten/Vorsitzenden des höchsten Entscheidungsgremiums der größten an der nationalen Börse notierten Unternehmen			
	2003*	2007	2008
EU-15, Durchschnitt	1,0%	1,0%	1,1%
EU-27, Durchschnitt	2,2%	2,9%	2,9%
Frauenanteil unter den Mitgliedern des höchsten Entscheidungsgremiums der größten an der nationalen Börse notierten Unternehmen			
EU-15, Durchschnitt	7,0%	8,9%	9,4%
EU-27, Durchschnitt	7,8%	10,3%	10,8%

\* Die EU-27-Durchschnittswerte für 2003 beinhalten für CZ, LT, MT und PL Daten von 2004.

Die Kommissionsdatenbank über Männer und Frauen in Entscheidungspositionen sammelt Daten über den Vorsitzenden und die Mitglieder der Unternehmensführung bzw. des höchsten Entscheidungsgremiums<sup>(36)</sup> der größten Unternehmen und stellt eine bislang einmalige Stichprobe von 740 Unternehmen (mindestens zehn pro Land) zur Verfügung<sup>(37)</sup>.

<sup>(34)</sup> [http://ec.europa.eu/employment\\_social/women\\_men\\_stats/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/women_men_stats/index_en.htm)

<sup>(35)</sup> [http://ec.europa.eu/employment\\_social/emplweb/gender\\_equality/publications\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/gender_equality/publications_en.cfm)

<sup>(36)</sup> Unternehmensführungssysteme sind länderspezifisch. In Ländern mit einem eingliedrigem System wird das *Board of Directors* gezählt (beinhaltet Executive- und Non-Executive-Directors). In Ländern mit einem zweigliedrigem System wird nur der Aufsichts- oder Verwaltungsrat gezählt.

<sup>(37)</sup> Die Kommissionsdatenbank umfasst 34 Länder (EU-27 sowie HR, MK, TR, RS, IS, LI und NO) und sammelt Daten über Unternehmen, die den inländischen Anteil des *Blue-Chip-Index* darstellen (nationale Registrierung nach ISIN-Code), der von den Börsen der jeweiligen Länder geführt wird. Blue-Chip-Index bezieht sich hier auf einen Index der Aktien der größten Unternehmen (nach Börsenkapitalisierung) und/oder der meistgehandelten Aktien der Börse. In jedem Land werden mindestens zehn und maximal 50 Unternehmen erfasst. Für den Fall, dass der Blue-Chip-Index weniger als zehn inländische Unternehmen aufweist, wird die Liste um die nächstgrößeren Unternehmen der Börse erweitert. Unternehmen aus Liechtenstein werden meist an der Schweizer Börse notiert, jedoch gehört keines von ihnen dem SLI-Blue-Chip-Index an, sodass auch keines von ihnen in die Stichprobe aufgenommen wurde. Die gesamte Stichprobe umfasst folglich 33 Länder und 791 Unternehmen. Für 51 Unternehmen waren jedoch keine Einzelheiten zur geschlechtlichen Zusammensetzung der Unternehmensführung verfügbar.

Im Oktober 2008 gesammelte Daten zeigen, dass Frauen von der Führungsspitze der Geschäftswelt immer noch weitgehend ausgeschlossen sind.

Innerhalb der Europäischen Union wird bei 97 % der Großunternehmen der Vorsitz durch einen Mann und bei nur 3 % von einer Frau ausgeübt. In den untersuchten Ländern außerhalb der EU (Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Türkei, Island und Norwegen) ist das Bild mit 94 % Männern und 6 % Frauen geringfügig besser, sodass insgesamt in Europa weniger als 4 % der Großunternehmen von einer Frau geführt werden. Zudem besetzen Männer immer noch neun von zehn Plätzen in den Unternehmensführungen, wobei Frauen etwas weniger als 11 % der Unternehmensführungsmitglieder in der EU ausmachen. Wenn alle untersuchten Länder berücksichtigt werden, erhöht sich dieser Anteil nur geringfügig. Verglichen mit der Situation im Jahr 2003 stellt dies eine Verbesserung dar. Wenn man jedoch berücksichtigt, dass Frauen etwa 44 %<sup>(38)</sup> der Beschäftigten in der EU ausmachen, wird sehr deutlich, dass die Großunternehmen in den meisten Ländern eine vollständige Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz versäumt haben.

Natürlich gibt es signifikante Abweichungen zwischen den untersuchten Ländern. In den 15 EU-Mitgliedstaaten wird keines der von der Stichprobe abgedeckten Unternehmen von einer Frau geführt (Tabelle 5). Darunter befinden sich auch Länder, in denen der Frauenanteil in anderen Gebieten gewöhnlich über dem Durchschnitt liegt (Schweden und die Niederlande). Die neueren Mitgliedstaaten schneiden im Allgemeinen besser ab als die älteren: Zwölf der EU-15-Länder zählen zu den Ländern, in denen kein großes Unternehmen von einer Frau geleitet wird. Am besten sind Frauen als unternehmerische Führungskräfte in Bulgarien (17 %) und der Tschechischen Republik (15 %) repräsentiert.

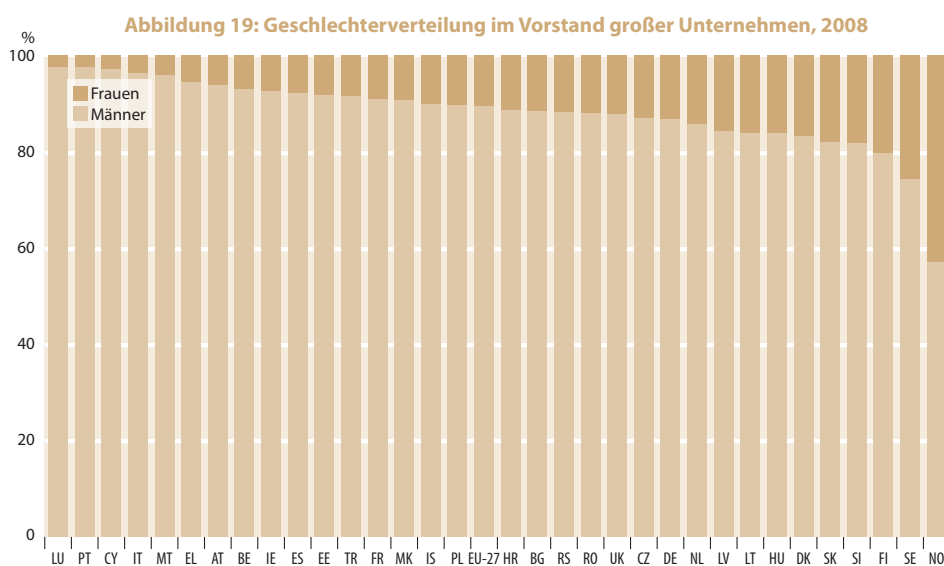
**Tabelle 5: Frauen an der Spitze von Großunternehmen**

Großunternehmen in %	Länder
Mehr als 10 %	Slowakei, Polen, Tschechische Republik, Bulgarien, Island, Norwegen
5 % bis 10 %	Italien, Estland, Malta, Rumänien, Türkei
Unter 5 %	Lettland, Litauen, Finnland, Ungarn, Irland
Keine	Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Zypern, Luxemburg, Ungarn, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Schweden, Vereinigtes Königreich, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien

Ein ähnliches Muster tritt auf, wenn alle Unternehmensführungsmitglieder betrachtet werden. Das durchschnittliche Niveau des Frauenanteils ist in den EU-15-Ländern niedriger als in den neuen Mitgliedstaaten. Die Unternehmensführungsgremien werden in Luxemburg, Portugal, Zypern, Italien und Malta nach wie vor nahezu ausschließlich von Männern dominiert (> 95 % der Mitglieder; Abb. 19). Jedoch gibt es Belege für Fortschritte im Norden Europas, wo Frauen in Finnland 20 %, in Schweden 26 % und in Norwegen bemerkenswerte 43 % der Unternehmensführungsgremien ausmachen. Hier wurden die Unternehmen durch eine gesetzliche Quote zu Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf Unternehmensführungsebene gezwungen. In Norwegen ist es gesetzlich vorgeschrieben, dass sich die Unternehmensführung einer Aktiengesellschaft (ASA) zu mindestens 40 % aus Mitgliedern beider Geschlechter zusammensetzt. Andernfalls können Sanktionen verhängt werden, die bis zur Schließung des Unternehmens reichen können. Etwa 500 Unternehmen

<sup>(38)</sup> Quelle: Labour Force Survey der EU (Daten von 2007).

unterliegen diesem Gesetz, und trotz des aus der Stichprobe ablesbaren Erfolgs der Quote ist es interessant festzustellen, dass sich seit Inkrafttreten der Quotenvorschriften Anfang 2006 nahezu 200 Unternehmen als nichtbörsennotierte Gesellschaften (AS) haben neu registrieren lassen. Natürlich ist ein gelegentlicher Wechsel zwischen den Unternehmenskategorien normal, und etwa 140 Unternehmen haben im selben Zeitraum einen entgegengesetzten Schritt unternommen. Allerdings vermuten manche Beobachter, dass kleinere, eigentümergeführte Unternehmen den Wechsel nur deshalb vornehmen, um zu vermeiden, dass sie Außenstehende in die Unternehmensführung aufnehmen müssen, nur um die Gleichstellungskriterien zu erfüllen<sup>(39)</sup>.

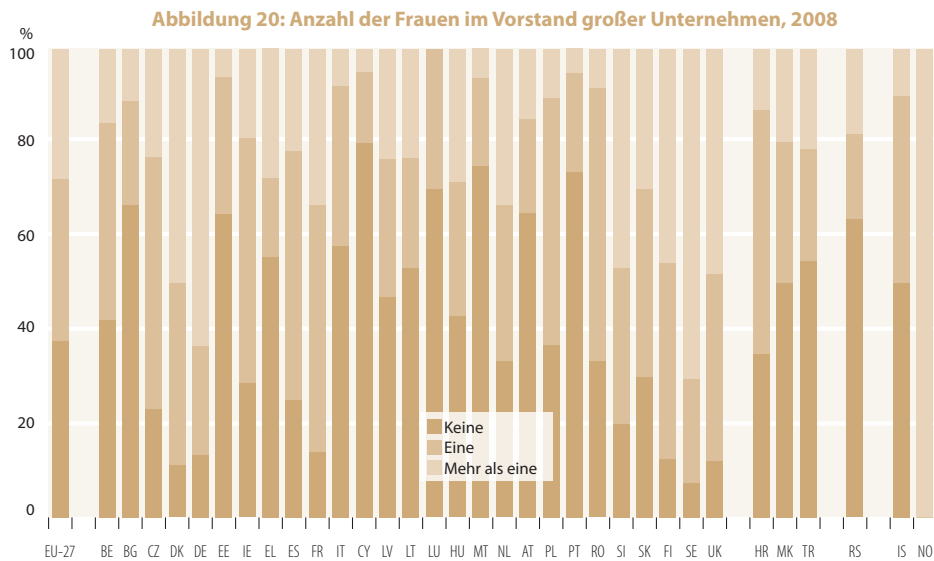


Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Datenbank „Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen“.

Laut Kommissionsdaten von 2008 zu 33 Ländern bestand die durchschnittliche Unternehmensführung eines Großunternehmens in Europa aus zehn Mitgliedern, und allzu oft war keine oder nur eine einzige Frau in einer Entscheidungsposition. Fast vier von zehn in den EU-Ländern untersuchten Unternehmen (38%) beschäftigten keine Frauen in der Unternehmensführung, was bedeutet, dass die verbleibenden sechs Unternehmen zumindest eine Frau als Mitglied in der Unternehmensführung (62%) hatten. Mehr als eine Frau in der Unternehmensführung war allerdings in weniger als einem Drittel der Unternehmen (28%) anzutreffen. Nur in Dänemark (50%), Deutschland (63%) und Schweden (70%) verfügte mindestens die Hälfte der untersuchten Unternehmen über mehr als eine Frau in der Unternehmensführung (Abb. 20). Außerhalb der EU hingegen hatten dank dem Gleichstellungsgesetz alle 19 durch die Stichprobe abgedeckten norwegischen Unternehmen mindestens zwei Frauen in der Unternehmensführung.

<sup>(39)</sup> Siehe <http://www.aftenposten.no/english/business/article2587146.ece>.





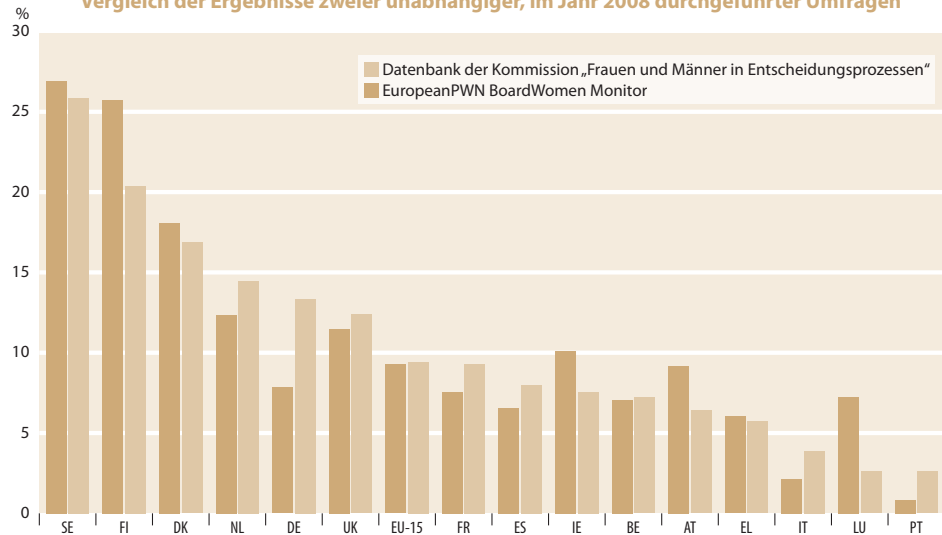
Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Datenbank „Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen“.

Es ist interessant, die Ergebnisse aus der Kommissionsdatenbank mit einer anderen Studie zum selben Thema zu vergleichen: mit dem EuropeanPWN BoardWomen Monitor 2008, veröffentlicht vom European Professional Women's Network (EPWN)<sup>(40)</sup>. Die zweijährliche EPWN-Studie basiert auf Unternehmen, die Mitglieder im FTSEurofirst 300 Index<sup>(41)</sup> sind, und deckt insgesamt 340 Unternehmen aus 17 Ländern ab. Das Gesamtergebnis weist darauf hin, dass Frauen 9,7% der Unternehmensführungsmitglieder ausmachen, im Vergleich zu 11,5% laut Kommissionsdaten. Aufgrund der unterschiedlichen Unternehmensbasis können diese Zahlen jedoch nicht direkt miteinander verglichen werden. Wenn man zur besseren Vergleichbarkeit nur die EU-15-Länder betrachtet, liegen die Zahlen mit 9,3% in den EPWN-Daten (311 Unternehmen) und 9,4% in den Kommissionsdaten (384 Unternehmen) beruhigend nahe beieinander. Allerdings sind gewisse Unterschiede in einzelnen Ländern (Abb. 21) nicht zu vermeiden. Diese sind vermutlich auf die unterschiedliche Anzahl von Unternehmen zurückzuführen, die in den einzelnen Fällen zugrunde gelegt wurden.

<sup>(40)</sup> [http://www.europeanpwn.net/files/3rd\\_bwm\\_2008\\_press\\_release\\_1.pdf](http://www.europeanpwn.net/files/3rd_bwm_2008_press_release_1.pdf).

<sup>(41)</sup> Der FTSEurofirst 300 Index ist aus dem FTSE Developed Europe Index abgeleitet und umfasst die 300 größten Unternehmen der EU-15-Länder zuzüglich der Schweiz und Norwegen. Durch die EPWN-Stichprobe wird diese Liste nach Bedarf ergänzt, um sicherzustellen, dass mindestens sechs Unternehmen pro Land erfasst werden. Zu beachten ist, dass die Großunternehmen aus dem Vereinigten Königreich, Deutschland und Frankreich durch ihre große Zahl zusammen 50% der Gesamtstichprobe ausmachen und dadurch einen wesentlichen Anteil an den Gesamtergebnissen haben.

**Abbildung 21: Frauen im Vorstand großer Unternehmen in den EU-15-Ländern – Vergleich der Ergebnisse zweier unabhängiger, im Jahr 2008 durchgeführter Umfragen**



## 2 Hochfinanzwesen – ein ebenfalls für Frauen häufig verschlossener Bereich

In Krisenzeiten wie diesen spielen die Zentralbanken mit ihren Interventionen in den weltweiten Finanzsystemen eine gewichtige Rolle. Sie bestimmen die Geldpolitik, kontrollieren das Finanzwesen der einzelnen Länder und sind damit für alle Bürger von größtem Interesse und höchster Relevanz. In den vergangenen drei Jahren standen sämtliche Zentralbanken Europas unter männlicher Führung. Als letztes Land konnte Dänemark eine weibliche Führung seiner Zentralbank vorweisen. Bodil Nyboe Andersen (von 1995 bis 2005) ist im Übrigen eine von nur sechs Frauen, die jemals eine solche Position in Europa innehatten (Tabelle 6).

**Tabelle 6: Frauen als Führungskräfte europäischer Zentralbanken**

Zeitraum	Position	Name	Land
1995-2005	Direktorin der Nationalbank	Bodil Nyboe Andersen	Dänemark
1993-1994	Präsidentin der staatlichen Bankenaufsicht	Katalin Botos	Ungarn
1992-2000	Direktorin der Nationalbank	Hanna Gronkiewicz-Waltz	Polen
1990-1995	Direktorin der Nationalbank	Maria Schaumayer	Österreich
1967	Präsidentin der Staatsbank	Grete Wittkowski	Deutsche Demokratische Republik
1950-1958	Präsidentin der Staatsbank	Greta Kuckhoff	Deutsche Demokratische Republik

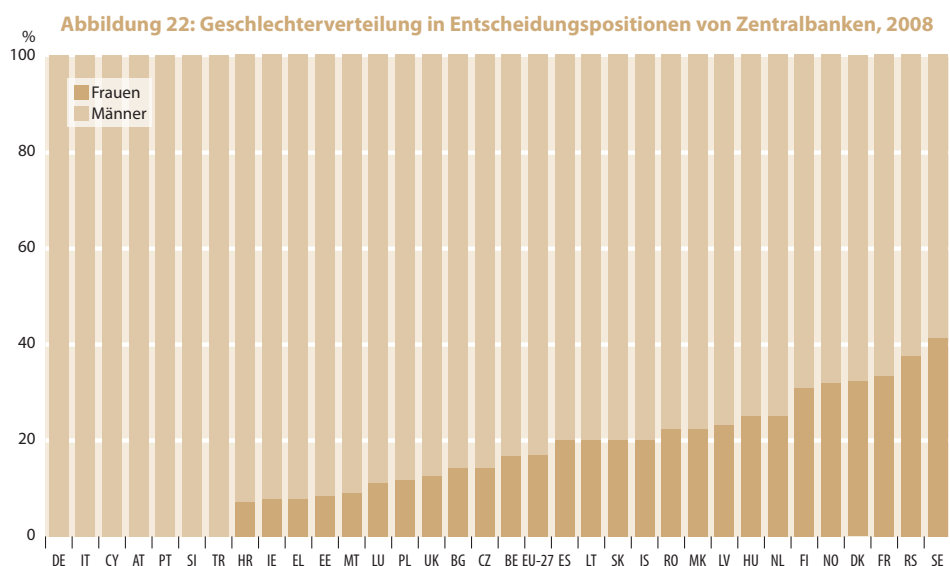
Quelle: Worldwide Guide to Women in Leadership (<http://www.guide2womenleaders.com/>).

## Indikatoren der Folgekonferenz Peking

Prozentualer Frauenanteil in leitenden Positionen bei Zentralbanken (*)			
	2003	2007	2008
Nationalbanken (EU-15, Durchschnitt)	6,7%	0,0%	0,0%
Nationalbanken (EU-27, Durchschnitt)	:	0,0%	0,0%
Prozentualer Frauenanteil in entscheidungstragenden Gremien der Zentralbanken			
Nationalbanken (EU-15, Durchschnitt)	17,6%	16,7%	18,2%
Nationalbanken (EU-27, Durchschnitt)	15,6%	16,0%	16,9%

(\*) Im Jahr 2007 und in vorhergehenden Jahren wurde jeweils nur das „höchste“ entscheidungstragende Gremium jeder Zentralbank einbezogen. Da die Verantwortlichkeiten der verschiedenen entscheidungstragenden Gremien von Zentralbank zu Zentralbank variieren, bilden die Daten die Wirklichkeit nicht in letzter Konsequenz ab. In der Datenerhebung von 2008 sind sämtliche entscheidungstragenden Gremien erfasst, die in den Statuten der Banken formell konstituiert sind und Entscheidungen unabhängig von höheren Autoritäten treffen können, die Einfluss auf die nationale Politik haben, die politische/strategische Ausrichtung der Bank oder den Handlungsrahmen der Bank (Statuten) mitbestimmen oder die Gesamtfunktion der Organisation (tägliches Management/Verwaltung) steuern. Personen, die Mitglieder mehrerer dieser Gremien sind, werden nur einmal gezählt.

Nicht nur die Top-Positionen werden von Männern dominiert. Frauen sind auch in den wichtigsten entscheidungstragenden Gremien der Zentralbanken stark unterrepräsentiert. In der gesamten EU stellen Männer 83% der Mitglieder in Bankvorständen und vergleichbaren Gremien. Frauen kommen gerade einmal auf 17%. Dies mag verglichen mit 2007 als leichte Verbesserung erscheinen, allerdings muss die Angabe relativiert werden, da die der Erfassung entscheidungstragender Gremien zugrunde liegenden Daten jedes Jahr verschieden sind (siehe obige Tabelle). In sechs EU-Mitgliedstaaten – Deutschland, Italien, Zypern, Österreich, Portugal und Slowenien – sowie in der Türkei findet sich in den entscheidungstragenden Gremien der Zentralbanken nicht eine Frau. Am anderen Ende des Spektrums liegen die Zentralbanken der drei Mitgliedstaaten Finnland, Dänemark und Frankreich mit einer Frauenquote von 30% oder mehr in entscheidungstragenden Positionen. Damit gleichauf liegen Norwegen und die Republik Serbien. Allein Schweden kann einen Frauenanteil von über 40% vorweisen (Abb. 22).



Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Datenbank „Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen“.

### 3 Öffentliche Verwaltung – mehr Frauen packen mit an

Beamte in Regierungsbehörden steuern die Erbringung öffentlicher Dienste in ihren jeweiligen Ländern. Indem sie praktische Verantwortung für die Durchsetzung von Gesetzen und anderen politischen Entscheidungen übernehmen, üben Beamte im gehobenen Dienst beträchtlichen Einfluss darauf aus, wie sich Regierungspolitiken auf das Leben der einzelnen Bürger auswirken.

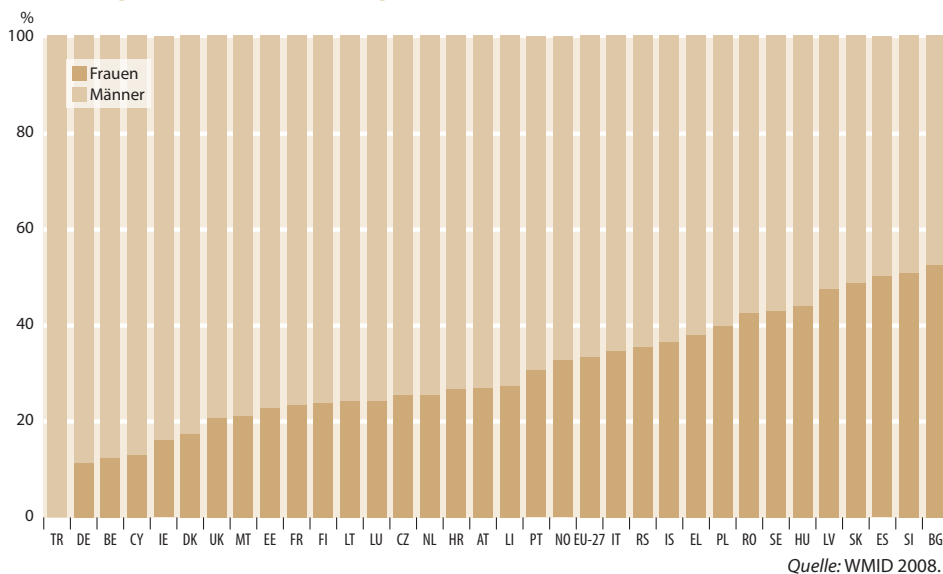
#### Indikatoren der Folgekonferenz Peking

Prozentualer Frauenanteil in höchsten Ämtern (Stufen 1 und 2 kombiniert)			
	2003	2007	2008
EU-15, Durchschnitt	20,7%	30,5%	30,5%
EU-27, Durchschnitt (*)	24,8%	32,9%	33,2%
Organe und Einrichtungen der Europäischen Union	13,9%	19,5%	21,8%

(\*) In die Zahl für 2003 fließen für die Länder CZ, EL, MT und PL Daten aus 2004 ein. Die Angabe für 2007 beinhaltet Daten aus 2006 für die NL.

Im Jahr 2008 besetzten Frauen jede dritte Position auf den obersten beiden Ebenen des öffentlichen Dienstes in den EU-Mitgliedstaaten – 2003 besetzten sie noch lediglich jede vierte Position. Dennoch fällt die Frauenquote in den höchsten Ämtern je nach Land weiterhin höchst unterschiedlich aus (Abb. 23). In fünf EU-Staaten sind Frauen mittlerweile so gut in den Führungsetagen des öffentlichen Dienstes angekommen, dass das Ziel der Gleichstellung als erreicht betrachtet werden kann: Lettland, die Slowakei, Spanien, Slowenien und Bulgarien verzeichnen einen Frauenanteil von 47-52% in den Top-Positionen. Rumänien, Schweden und Ungarn folgen mit einer Frauenquote von 42-44% in leitenden Positionen in Ministerien. Auf der anderen Seite stehen Dänemark, Irland, Zypern, Belgien und Deutschland: Hier bekleiden Männer noch immer 83-89% der leitenden Positionen. Die Türkei beschäftigt in den obersten beiden Hierarchieebenen des öffentlichen Dienstes keine Frau.

Abbildung 23: Geschlechterverteilung in den beiden höchsten Ebenen im öffentlichen Dienst, 2008



Betrachtet man die höchsten beiden Ebenen der öffentlichen Verwaltung getrennt, so zeigt sich, dass Frauen in der obersten Ebene nach wie vor unterrepräsentiert sind. 2008 waren EU-weit etwas mehr als 34% der Positionen auf der zweiten Hierarchieebene von Frauen besetzt, aber lediglich 29% auf der höchsten Ebene. In einigen Ländern sind die Diskrepanzen noch stärker: So ist der Frauenanteil auf höchster Ebene in der Slowakei mit gerade einmal 13% deutlich zu niedrig, während die nächsttiefere Ebene von Frauen dominiert wird (75%). In Deutschland wie in den Niederlanden sind alle Top-Positionen von Männern besetzt. Dieses Muster ist aber nicht in allen Ländern anzutreffen. In Spanien, Irland, Belgien, Estland, Rumänien, Slowenien und Finnland sind Frauen auf den Führungsebenen vergleichsweise besser vertreten.

**Tabelle 7: Frauenanteil in Positionen der höchsten beiden Ebenen im öffentlichen Dienst, 2008**

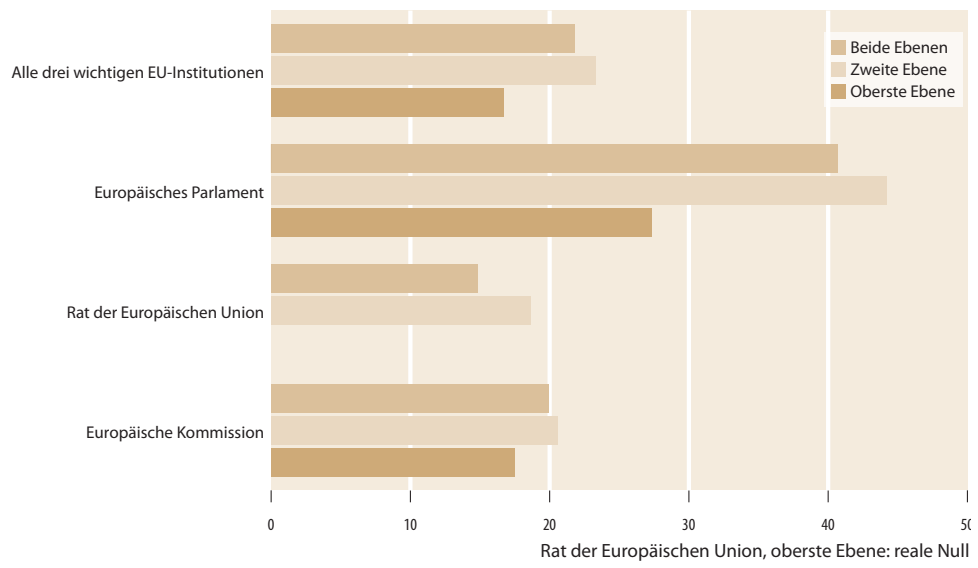
	Ebene 1	Ebene 2
> 50%	Spanien, Slowenien	Lettland, Bulgarien, Slowakei
40-50%	Island, Rumänien	Liechtenstein, Polen, Rumänien, Schweden, Ungarn, Slowenien
30-40%	Lettland, Norwegen, Schweden, Polen, Ungarn	Serbien, Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Island, Niederlande, Norwegen
20-30%	Litauen, Luxemburg, Italien, Bulgarien, Irland, Kroatien, Estland, Finnland, Serbien, Griechenland	Malta, Estland, Vereinigtes Königreich, Finnland, Litauen, Luxemburg, Frankreich, Tschechische Republik, Ungarn, Österreich
10-20%	Portugal, Belgien, Österreich, Frankreich, Tschechische Republik, Slowakei, Dänemark	Dänemark, Irland, Zypern, Deutschland, Belgien
< 10%	Malta, Zypern, Vereinigtes Königreich	
Keine	Liechtenstein, Niederlande, Deutschland, Türkei	Türkei

*Hinweis:* Die Länder in jeder Gruppe sind absteigend nach ihrem jeweiligen Frauenanteil aufgelistet. Bei genau auf einem Grenzwert liegenden Anteilen wurden Länder der jeweils höheren Gruppe zugeordnet.

In den drei wichtigsten Organen der EU – der Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament – stellen Frauen weniger als 22% der Mitarbeiter auf der oberen Führungsebene. Damit ist ihr Anteil im Vergleich zu 2007 um zwei Prozentpunkte gestiegen. Von einer wirklich konsistenten Verbesserung kann dennoch nicht die Rede sein, denn der Frauenanteil an der Belegschaft im Rat der Europäischen Union ist auf 15% gefallen. In der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament ist dieser Wert auf 20% bzw. 41% gestiegen. Da die Europäische Kommission im Vergleich zu anderen Institutionen deutlich mehr Mitarbeiter beschäftigt, schlägt sich ihr Wert auch am deutlichsten auf die Gesamtberechnung nieder.

Wie schon in den höchsten Ämtern auf nationaler Ebene spielen Frauen auch in der obersten Hierarchieebene der EU seltener eine Rolle als in der Ebene darunter (Abb. 24). Insgesamt haben Frauen weniger als 17% der Führungspositionen auf höchster Ebene inne, verglichen mit 23% in der nächsttieferen Ebene. Dieses Gefälle tritt im Rat der Europäischen Union am deutlichsten zutage: Keine der elf hier vergebenen Top-Positionen ist von einer Frau besetzt. Die Zahlen für das Europäische Parlament sind besser. Nichtsdestoweniger gibt es weiterhin Diskrepanzen zwischen den beiden höchsten Ebenen. So stellen Frauen nur gut jede vierte Top-Position (27%), verglichen mit knapp der Hälfte (44%) bei Positionen auf der zweiten Ebene.

**Abbildung 24: Anteil der Beamtinnen in den beiden höchsten  
Verwaltungspositionen in den drei wichtigsten Organen der Europäischen Union, 2008**



# Statistischer Anhang

Der größte Teil der in diesem Bericht verwendeten Daten entstammt der Datenbank der Kommission zu Frauen und Männern in Entscheidungspositionen. Die den Diagrammen und Abbildungen zugrunde liegenden Daten können daher online unter [http://ec.europa.eu/employment\\_social/women\\_men\\_stats/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/women_men_stats/index_de.htm) eingesehen werden.

In diesem Anhang sind Tabellen enthalten, die entweder Daten präsentieren, die nicht in der Datenbank der Kommission enthalten sind, oder zusätzliche Details zu den dort enthaltenen Daten bereitstellen.

**Tabelle A.1. Anteil weiblicher Mitglieder des Europäischen Parlaments seit 1979, nach Land, 1979-2008 (%)**

	Juni 1979	Juni 1984	Juni 1989	Juni 1994	Mai 2000	Januar 2006	September 2008
BE	25,0	16,7	20,8	32,0	32,0	29,2	33,3
BG	–	–	–	–	–	–	44,4
CZ	–	–	–	–	–	20,8	20,8
DK	25,0	43,8	37,5	43,8	37,5	37,5	42,8
DE	14,8	19,8	33,3	35,3	28,4	32,3	32,3
EE	–	–	–	–	–	33,3	50,0
IE	6,7	6,7	6,7	26,7	33,3	38,5	38,5
EL	–	8,3	0,0	16,0	20,0	29,2	29,2
ES	–	10,0	15,0	8,0	32,8	33,3	25,9
FR	22,2	19,8	22,2	29,9	42,5	42,3	46,0
IT	12,3	9,9	13,6	12,6	11,5	17,9	19,2
CY	–	–	–	–	–	0,0	0,0
LV	–	–	–	–	–	22,2	22,2
LT	–	–	–	–	–	38,5	38,5
LU	33,3	33,3	50,0	33,3	33,3	50,0	50,0
HU	–	–	–	–	–	37,5	37,5
MT	–	–	–	–	–	0,0	0,0
NL	20,0	28,0	28,0	32,2	35,5	44,4	48,2
AT	–	–	–	33,3	38,1	33,3	27,8
PL	–	–	–	–	–	13,0	14,8
PT	–	8,3	16,7	8,0	20,0	25,0	25,0
RO	–	–	–	–	–	–	34,3
SI	–	–	–	–	–	42,9	42,9
SK	–	–	–	–	–	35,7	35,7
FI	–	–	–	62,5	43,8	35,7	42,8
SE	–	–	–	45,4	45,5	57,9	47,3
UK	13,6	14,8	14,8	18,4	24,1	25,6	25,6

Quellen: Interparlamentarische Union (IPU), *Women in Politics, 60 years in retrospect*; Europäische Kommission, GD Beschäftigung, Datenbank über Frauen und Männer in Entscheidungspositionen.



Tabelle A.2. Geschlechtergleichgewicht in den nationalen Parlamenten, Regionalversammlungen und im Europäischen Parlament, 2008

	Nationale Parlamente										Regionalversammlungen (sofern zutreffend)						Europäisches Parlament			
	Einziges Kammer/Unterhaus					Oberhaus					Regionalversammlungen			Europäisches Parlament						
	Mitgliederzahl		Mitglieder in %		Mitgliederzahl	Mitglieder in %		Mitgliederzahl	Mitglieder in %		Mitgliederzahl		Mitglieder in %		Mitgliederzahl		Mitglieder in %			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen		
EU-27	5 379	1 704	75,9	24,1	1 874	495	79,1	20,9	17 158	5 167	76,9	23,1	540	245	68,8	31,2				
BE	94	56	62,7	37,3	41	30	57,7	42,3	405	123	76,7	23,3	16	8	66,7	33,3				
BG	188	52	78,3	21,7	-	-	-	-	-	-	-	-	10	8	55,6	44,4				
CZ	169	31	84,5	15,5	70	11	86,4	13,6	751	123	85,9	14,1	19	5	79,2	20,8				
DK	111	68	62,0	38,0	-	-	-	-	206	68	75,2	24,8	8	6	57,1	42,9				
DE	400	194	67,3	32,7	54	15	78,3	21,7	1 822	569	76,2	23,8	67	32	67,7	32,3				
EE	80	21	79,2	20,8	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	50,0	50,0				
IE	145	21	87,3	12,7	47	13	78,3	21,7	-	-	-	-	8	5	61,5	38,5				
EL	252	48	84,0	16,0	-	-	-	-	1 478	313	82,5	17,5	17	7	70,8	29,2				
ES	226	124	64,6	35,4	183	80	69,6	30,4	1 197	507	70,2	29,8	40	14	74,1	25,9				
FR	469	107	81,4	18,6	268	75	78,1	21,9	1 877	912	67,3	32,7	42	36	53,8	46,2				
IT	496	134	78,7	21,3	264	58	82,0	18,0	1 187	136	89,7	10,3	63	15	80,8	19,2				
CY	47	9	83,9	16,1	-	-	-	-	-	-	-	-	6	0	100,0	0,0				
LV	79	21	79,0	21,0	-	-	-	-	667	222	75,0	25,0	7	2	77,8	22,2				
LT	108	33	76,6	23,4	-	-	-	-	-	-	-	-	8	5	61,5	38,5				
LU	45	15	75,0	25,0	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	50,0	50,0				
HU	344	42	89,1	10,9	-	-	-	-	862	104	89,2	10,8	15	9	62,5	37,5				
MT	63	6	91,3	8,7	-	-	-	-	-	-	-	-	5	0	100,0	0,0				
NL	88	62	58,7	41,3	49	26	65,3	34,7	573	196	74,5	25,5	14	13	51,9	48,1				
AT	125	57	68,7	31,3	46	16	74,2	25,8	452	134	77,1	22,9	13	5	72,2	27,8				
PL	368	94	79,7	20,3	92	8	92,0	8,0	562	105	84,3	15,7	46	8	85,2	14,8				
PT	164	66	71,3	28,7	-	-	-	-	98	20	83,1	16,9	18	6	75,0	25,0				
RO	293	33	89,9	10,1	122	15	89,1	10,9	1 425	169	89,4	10,6	23	12	65,7	34,3				
SI	78	12	86,7	13,3	39	1	97,5	2,5	-	-	-	-	4	3	57,1	42,9				
SK	122	28	81,3	18,7	-	-	-	-	412	61	87,1	12,9	9	5	64,3	35,7				
FI	118	83	58,7	41,3	-	-	-	-	1 209	521	69,9	30,1	8	6	57,1	42,9				
SE	187	162	53,6	46,4	-	-	-	-	1 653	787	67,7	32,3	10	9	52,6	47,4				
UK	520	125	80,6	19,4	599	147	80,3	19,7	322	97	76,8	23,2	58	20	74,4	25,6				
HR	120	33	78,4	21,6	-	-	-	-	917	159	85,2	14,8								
MK	82	37	68,9	31,1	-	-	-	-	-	-	-	-								
TR	497	50	90,9	9,1	-	-	-	-	3 192	35	98,9	1,1								
RS	191	55	77,6	22,4	-	-	-	-	117	23	83,6	16,4								
IS	42	21	66,7	33,3	-	-	-	-	-	-	-	-								
LI	19	6	76,0	24,0	-	-	-	-	-	-	-	-								
NO	82	45	64,6	35,4	26	16	61,9	38,1	787	348	69,3	30,7								
Alle Länder	6 412	1 951	76,7	23,3	1 900	511	78,8	21,2	22 171	5 732	79,5	20,5								

Referenzzeitraum: Nationale Parlamente – August bis September 2008; Regionalversammlungen Juli bis September 2008; Europäisches Parlament 29. August 2008.  
 Datenquellen: Websites der nationalen Parlamente und Regionen; direkte Kontakte mit nationalen/regionalen Behörden; Europäisches Parlament.

Tabelle A.3. Geschlechtergleichgewicht bei den Kandidaten und gewählten Vertretern bei den letzten Wahlen zu den nationalen Parlamenten (einzige Kammer/Unterhaus)

Parlamentskammer	Datum der letzten Wahl	Kandidaten				Gewählt				Quoten- typ	
		Summe	Männer	Frauen	Männer (%)	Frauen (%)	Summe	Männer	Frauen		Männer (%)
EU-27	(Die Summen beinhalten nur Länder mit Daten zu Kandidaten und Gewählten.)	71 997	48 860	23 137	67,9	32,1	5 936	4 505	1 431	75,9	24,1
BE	Repräsentantenhaus	1 776	908	868	51,1	48,9	150	95	55	63,3	36,7
BG	Nationalversammlung	3 121	2 270	851	72,7	27,3	240	190	50	79,2	20,8
CZ	Abgeordnetenhauses (Poslanecká sněmovna)	4 985	3 602	1 383	72,3	27,7	200	169	31	84,5	15,5
DK	Parlament (Folketing)	808	548	260	67,8	32,2	179	112	67	62,6	37,4
DE	Bundestag	3 648	2 631	1 017	72,1	27,9	614	419	195	68,2	31,8
EE	Staatsrat (Riigikogu)	975	711	264	72,9	27,1	101	77	24	76,2	23,8
IE	Dáil Éireann	466	384	82	82,4	17,6	166	144	22	86,7	13,3
EL	Hellenisches Parlament (Voili ton Ellinon)	:	:	:	:	:	300	252	48	84,0	16,0
ES	Kongress der Abgeordneten (Congreso de los Diputados)	8 448	4 503	3 945	53,3	46,7	350	223	127	63,7	36,3
FR	Nationalversammlung (Assemblée nationale)	7 639	4 462	3 177	58,4	41,6	577	470	107	81,5	18,5
IT	Abgeordnetenhauses (Camera dei Deputati)	:	:	:	:	:	630	496	134	78,7	21,3
CY	Nationalversammlung (Vouli Antiprosópon/Temsiliciler Meclisi)	487	376	111	77,2	22,8	56	48	8	85,7	14,3
LV	Parlament (Saeima)	1 024	755	269	73,7	26,3	100	81	19	81,0	19,0
LT	Parlament (Seimas)	1 193	893	300	74,9	25,1	141	110	31	78,0	22,0
LU	Abgeordnetenhauses (Chambre des Députés/Chamber vun den Deputéierten)	413	:	:	:	:	60	48	12	80,0	20,0
HU	Nationalversammlung (Országgyűlés)	2 804	2 337	467	83,3	16,7	386	346	40	89,6	10,4
MT	Repräsentantenhaus (Il-Kamra tar-Represzentanti)	260	241	19	92,7	7,3	69	63	6	91,3	8,7
NL	Zweite Kammer (Tweede Kamer)	683	476	207	69,7	30,3	150	95	55	63,3	36,7
AT	Nationalrat	:	:	:	:	:	183	133	50	72,7	27,3
PL	Parlament (Sejm)	6 187	4 759	1 428	76,9	23,1	460	366	94	79,6	20,4
PT	Versammlung der Republik (Assembleia da República)	2 931	1 984	947	67,7	32,3	230	181	49	78,7	21,3
RO	Abgeordnetenhauses (Camera Deputatilor)	9 997	7 273	2 724	72,8	27,2	332	294	38	88,6	11,4
SI	Nationalversammlung (Državni zbor)	1 200	800	400	66,7	33,3	90	78	12	86,7	13,3
SK	Nationalrat (Národná rada)	2 340	1 808	532	77,3	22,7	150	126	24	84,0	16,0
FI	Parlament (Eduskunta)	2 004	1 205	799	60,1	39,9	200	116	84	58,0	42,0
SE	Reichstag (Riksdag)	5 469	3 117	2 352	57,0	43,0	349	184	165	52,7	47,3
UK	House of Commons	3 552	2 817	735	79,3	20,7	646	518	128	80,2	19,8
HR	Kroatische Versammlung (Hrvatski Sabor)	3 585	2 512	1 073	70,1	29,9	153	121	32	79,1	20,9
MK	Versammlung der Republik Mazedonien (Sobranie)	1 540	1 001	539	65,0	35,0	120	84	36	70,0	30,0
TR	Große Nationalversammlung der Türkei (Türkiye Büyük Millet Meclisi)	18 265	15 032	3 233	82,3	17,7	550	500	50	90,9	9,1
RS	Nationalversammlung (Narodna skupština)	:	:	:	:	:	250	196	54	78,4	21,6
IS	Parlament (Althingi)	756	399	357	52,8	47,2	63	43	20	68,3	31,7
LI	Landtag	60	41	19	68,3	31,7	25	19	6	76,0	24,0
NO	Große Versammlung (Storting)	:	:	:	:	:	169	105	64	62,1	37,9
Alle Länder	(Die Summen beinhalten nur Länder mit Daten zu Kandidaten und Gewählten.)	96 203	67 845	28 358	70,5	29,5	8 439	6 502	1 937	77,0	23,0

Die Daten beziehen sich auf die letzte Wahl in dem jeweiligen Land (bis Ende September 2008). Aufgrund von Änderungen während der Legislaturperiode kann die Zahl der Gewählten von der aktuellen, in Tabelle A.2 dargestellten Situation abweichen.

Datenquellen: IPU Parline-Datenbank; verschiedene nationale Websites

Quotentypen: L = gesetzliche Quote; N = keine

Tabelle A.4. Geschlechtergleichgewicht bei den Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament, 1999 und 2004

	1999					2004				
	Summe	Männer	Frauen	Männer (%)	Frauen (%)	Summe	Männer	Frauen	Männer (%)	Frauen (%)
EU-25	–	–	–	–	–	9 958	6 568	3 390	66,0	34,0
EU-15	6 445	4 606	1 839	71,5	28,5	6 907	4 268	2 639	61,8	38,2
BE	187	113	74	60,4	39,6	193	101	92	52,3	47,7
CZ	–	–	–	–	–	267	196	71	73,4	26,6
DK	206	142	64	68,9	31,1	142	92	50	64,8	35,2
DE	526	350	176	66,5	33,5	537	357	180	66,5	33,5
EE	–	–	–	–	–	95	71	24	74,7	25,3
IE	42	36	6	85,7	14,3	44	33	11	75,0	25,0
EL	290	235	55	81,0	19,0	133	94	39	70,7	29,3
ES	675	448	227	66,4	33,6	399	255	144	63,9	36,1
FR	802	460	342	57,4	42,6	1 906	964	942	50,6	49,4
IT	1 819	1 524	295	83,8	16,2	1 615	1 084	531	67,1	32,9
CY	–	–	–	–	–	59	45	14	76,3	23,7
LV	–	–	–	–	–	245	178	67	72,7	27,3
LT	–	–	–	–	–	241	188	53	78,0	22,0
LU	82	57	25	69,5	30,5	84	57	27	67,9	32,1
HU	–	–	–	–	–	254	202	52	79,5	20,5
MT	–	–	–	–	–	26	22	4	84,6	15,4
NL	191	150	41	78,5	21,5	276	198	78	71,7	28,3
AT	225	130	95	57,8	42,2	168	94	74	56,0	44,0
PL	–	–	–	–	–	1 584	1 212	372	76,5	23,5
PT	135	92	43	68,1	31,9	122	82	40	67,2	32,8
SI	–	–	–	–	–	91	49	42	53,8	46,2
SK	–	–	–	–	–	189	137	52	72,5	27,5
FI	140	86	54	61,4	38,6	227	144	83	63,4	36,6
SE	243	128	115	52,7	47,3	377	223	154	59,2	40,8
UK	882	655	227	74,3	25,7	684	490	194	71,6	28,4

Quellen: Europäisches Parlament;  
<http://www.europarl.europa.eu/election/listcand/cceu01.htm>,  
<http://www.europarl.europa.eu/elections2004/ep-election/sites/en/yourvoice/>;  
 IPU, *Women in Parliament in 2007: the year in perspective*.



Europäische Kommission

**Frauen in der europäischen Politik – Zeit zu handeln**

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2009 — 65 S. — 21 x 29,7 cm

ISBN 978-92-79-11121-1

doi 10.2767/11597

Dieser Bericht wurde für die Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit erstellt und verfolgt das Ziel, ein entsprechendes Bewusstsein für das Ausmaß der Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Politik zu schaffen. Zu diesem Zweck wird die aktuelle Situation analysiert, und es werden einige der Gründe erforscht, warum diese anhaltende Benachteiligung so schwer aus der Welt zu schaffen ist. Der Bericht besteht aus zwei Teilen: Der Hauptteil behandelt das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Geschlechtern auf allen Ebenen der Politik und untersucht die aktuelle Situation von Frauen als gewählte Abgeordnete, in welchem Ausmaß sie als Kandidatinnen für Wahlen aufgestellt werden, wie dies im Verhältnis zum Wahlerfolg steht sowie einige der Gründe, die hinter der Tatsache stehen, dass der Erfolg bisher eher mäßig war. Im zweiten Abschnitt wird die Situation in einigen anderen Bereichen, z. B. in der Wirtschaft und der Verwaltung, kurz analysiert. Der Bericht richtet sich an die Interessengruppen zum Thema Gleichstellung der Geschlechter, die Mitgliedstaaten, Organe der EU und andere internationale Institutionen, die Sozialpartner, die Medien, Nichtregierungsorganisationen, die Wissenschaft und Unternehmen.

Die Druckausgabe dieser Veröffentlichung ist in Englisch, Französisch und Deutsch erhältlich.



## Wo erhalte ich EU-Veröffentlichungen?

### **Kostenpflichtige Veröffentlichungen:**

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- über die Buchhandlung mit Angabe des Titels, des Verlags und/oder der ISBN-Nummer;
- direkt über eine unserer Verkaufsstellen. Die Kontaktangaben erhalten Sie über die Internetadresse <http://bookshop.europa.eu> oder durch eine Anfrage per Fax unter der Nummer +352 2929-42758.

### **Kostenlose Veröffentlichungen:**

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- bei den Vertretungen und Delegationen der Europäischen Kommission.  
Die Kontaktangaben erhalten Sie über die Internetadresse <http://ec.europa.eu> oder durch eine Anfrage per Fax unter der Nummer +352 2929-42758.

Falls Sie an den **Veröffentlichungen** der Generaldirektion Beschäftigung,  
Soziales und Chancengleichheit interessiert sind,

können Sie sie unter folgender Adresse herunterladen:

**<http://ec.europa.eu/social/publications>**

oder sich unter folgender Adresse kostenlos online registrieren:

**[http://ec.europa.eu/employment\\_social/publications/register/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/publications/register/index_de.htm)**

**ESmail** ist der elektronische Informationsbrief  
der Generaldirektion Beschäftigung,  
Soziales und Chancengleichheit.

Registrieren Sie sich online unter:

**[http://ec.europa.eu/employment\\_social/emplweb/news/esmail\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/news/esmail_en.cfm)**

<http://ec.europa.eu/social>